

DIE ENTWICKLUNG DES
UNGARISCHEN WIRTSCHAFTSMECHANISMUS
SEIT EINFÜHRUNG DER PLANWIRTSCHAFT

Dissertation

vorgelegt der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.)

von

Dipl.-Volkswirt
Gyözö Keszegh

1969

1968

DIE ENTWICKLUNG DES
UNGARISCHEN WIRTSCHAFTSMECHANISMUS
SEIT EINFÜHRUNG DER PLANWIRTSCHAFT

D i s s e r t a t i o n

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften (Dr.rer.pol.)

von

Dipl.-Volkswirt
Gyözö Keszegh

1969



Erstberichterstatter: Prof. Dr. Rudolf Meimberg

Zweitberichterstatter: Prof. Dr. Werner Bosch

Tag der mündlichen Prüfung: 20.12.1968

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Einleitung	1
I. Kapitel: <u>DAS PLANUNGSSYSTEM</u>	4
1. Modelltheorie der sozialistischen Planwirtschaft	4
A) <u>Das traditionelle Planungssystem</u>	6
1. Einzelne Abschnitte des zentralistischen Planungsmodells in Ungarn	6
2. Die institutionelle Gliederung des zentralistischen Planungssystems in Ungarn	9
3. Entstehung und Durchführung des Volkswirtschaftsplanes	11
4. Die Verteilungswege im zentralistischen System	15
5. Das Kontrollsystem der Planerfüllung und der Planmäßigkeit	16
6. Der Produktionsbetrieb im zentralistischen Modell	16
7. Mängel und Fehler im zentralistischen System	17
a) Veränderungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur	18
b) Informationsbereich	18
c) Bereich der Investitionen	19
d) Technischer Fortschritt	21
e) Bereich der Produktion	22
f) Bereich der material-technischen Versorgung	22
g) Bereich der Konsumgüterversorgung	23
B) <u>Das reformierte System der Planung</u>	24
1. Grundzüge des neuen Wirtschaftsmechanismus	24

a) Kritik am Grundkonzept der Reform	25
2. Aufstellung und Inhalt der Volkswirtschafts-pläne	27
a) Der langfristige Plan	27
b) Inhalt des langfristigen Planes	33
c) Der mittelfristige Plan	34
d) Der kurzfristige Plan (Jahresplan)	37
e) Systemhaftigkeit der Volkswirtschafts-pläne	37
3. Das Nebeneinander von Plan und Markt im neuen ungarischen Wirtschaftsmechanismus	38
4. Das System der volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel der Planung	40
a) Budgetpolitik	42
b) Geld-, Bank- und Kreditpolitik	43
c) Investitionspolitik	49
d) Das Vertragssystem	55
e) Das Kontrollsystem	58
5. Exkurs: Die Rechtsstellung der Betriebe nach der Reform	60

II. Kapitel: DAS PREISSYSTEM 63

A) <u>Das traditionelle Preissystem</u>	63
1. "Theoretische" Grundlagen der Preisbildung	63
2. Die Preisfunktionen im zentralistischen Modell	66
3. Die Preisebenen	67
4. Preiskorrekturen im traditionellen System	69
5. Festsetzung der Preise, Preiskalkulation	70
6. Die Rolle der Umsatzsteuer und der Preis-subventionen im traditionellen Preissystem	72

7. Preise und Planung	74
a) Der unveränderte Preis (im engeren Sinne)	75
b) Der Planpreis	75
c) Der Verrechnungspreis	76
8. Preise und Wirtschaftlichkeitsrechnung	76
B) <u>Das reformierte Preissystem</u>	77
1. Eine grundsätzliche Schwierigkeit, die den Preismechanismus hemmt	77
2. Annäherung an ein einheitliches Preissystem auf der Grundlage des Produktionspreises	78
3. Die gesellschaftlichen Kosten in der Preisbildung	80
4. Die Marktbedingungen als Faktor der Preisbildung	82
5. Gesellschaftliche Präferenzen als Preisbildungsfaktor	82
6. Die Preiskategorien im neuen System	83
7. Exkurs: Ein konkretes Kalkulationsschema für die Bildung des Produzentenpreises	84
8. Reform des Umsatzsteuer- und Subventions-systems	86
9. Droht die Gefahr einer Inflation?	88
III. Kapitel: <u>DAS SYSTEM DES MATERIELLEN ANREIZES</u>	91
A) <u>Das traditionelle System des materiellen Anreizes</u>	91
1. Der Platz der materiellen Interessiertheit im Wirtschaftsmechanismus	91
2. Anreizmittel, die auf den Betrieb wirkten	92
a) Direkte Stimulierungsmethoden	92
a1) Die Gewinnbeteiligung	92
a11) Kritik an der Gewinnbeteiligungs-praxis	94

a111) Beteiligung am Mehrgegninn	94
a112) Widerspruch in den Plankennziffern	95
a113) Gewinnbeteiligung und Preise	95
a2) Der betriebliche Entwicklungsfonds	96
b) Indirekte Stimulierungsmethoden	96
b1) Der Zins	96
b2) Die Lohnsteuer	96
b3) Fonds für die technische Entwicklung	97
b4) Der Garantiefonds	97
3. Anreizmittel, die auf die Betriebsangehörigen wirkten	98
a) Der Lohn	98
a1) Die Bedeutung des Lohnes als Mittel des materiellen Anreizes	98
a2) Die Entwicklung in der Lohnpolitik	99
a3) Lohnformen	100
a4) Lohnstruktur	101
b) Die Prämie	103
c) Der Direktorenfonds	104
<u>B) Das neue System des materiellen Ansporns</u>	104
1. Der Gewinn als Grundlage des neuen Systems	104
2. Aufteilung des Gewinns zwischen Staat und Betrieb	106
a) Die Gewinnsteuer	106
a1) Besteuerung des Gewinnanteils, der auf den Entwicklungsfonds fällt	109
a2) Besteuerung des Gewinnanteils, der auf den Beteiligungsfonds fällt	109
3. Bildung und Verwendung der betrieblichen Fonds	111
a) Der Reservefonds	111

b) Der Entwicklungsfonds	111
c) Der Beteiligungsfonds	111
c1) Betriebliche Lohnpolitik	112
c2) Die sozialen Zuwendungen aus dem Beteiligungsfonds	114
c3) Gewinnbeteiligung	115
 IV. Kapitel: <u>DER AUßENHANDELSMECHANISMUS</u>	119
 A) <u>Der Außenhandel im zentralistischen Modell</u>	119
1. Die Planung im Außenhandel	119
2. Die Preise im Außenhandel	121
a) Der Wechselkurs	121
b) Die Zahlungsabkommen	123
c) Die Zölle	124
3. Materieller Anreiz und Außenhandel	124
 B) <u>Der Außenhandel nach der Reform</u>	125
1. Planung und Lenkung des Außenhandels	125
2. Der Wechselkurs	126
3. Das Export- und Importrecht (Erweiterung des Kreises der am Außenhandel beteiligten Unternehmen)	128
4. Export- und Importgenehmigungen	129
5. Devisenbewirtschaftung	130
a) Devisenbewirtschaftung bei der Ausfuhr	130
b) Devisenbewirtschaftung bei der Einfuhr	131
6. Die Preisstützung (Subvention) im Export	132
7. Das Zollsystem	133
8. Neuartige Beziehungen zwischen den Produktionsbetrieben und den Außenhandelsgesellschaften	134
a) Die Kommission	135

VI

b) Die Vereinigung	136
c) Die Vermittlung	136
d) An- und Verkauf in eigenem Namen und auf eigene Rechnung	136

V. Kapitel: BEURTEILUNG DER VERÄNDERUNGEN IM WIRTSCHAFTSMECHANISMUS UNGARNS IM HINBLICK AUF EINE ANNÄHERUNG DER WIRTSCHAFTSSYSTEME ZWISCHEN OST UND WEST

1. Beurteilung der Reform aufgrund der Tinbergen'schen Kriterien	137
2. Beurteilung der Reform aufgrund der Thalheim-Thesen	139
a) Die Eigentumsverfassung	139
b) Wer ist Träger der Initiative im Wirtschaftsleben?	140
c) Das Lenkungssystem der Wirtschaft	141
d) Existenz und Bedeutung des Wettbewerbs in der Wirtschaft	142
e) Welche Ziele sind dem Wirtschaften gesetzt und wer setzt diese Ziele?	146
3. Beurteilung der Reform aufgrund der Meimberg-Thesen	147
4. Einige offen gebliebenen Fragen der Wirtschaftsreform	149

Abkürzungen und Erklärungen	152
Literaturverzeichnis	153

EINLEITUNG

Das politische und wirtschaftliche Leben in den sozialistischen Staaten Osteuropas ist in Bewegung geraten. Der eigenwillige außenpolitische Kurs Rumäniens, der Demokratisierungsprozeß in der Innenpolitik der Tschechoslowakei und sein jehes Ende nach der Okkupation sowie die umfassenden Reformen in den Wirtschaftssystemen der CSSR und Ungarns¹⁾ lassen eine wachsende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik für die Geschehnisse in diesen Ländern erkennen.

Notwendige Voraussetzung der Verständigung und der Annäherung zu den Staaten Osteuropas sind Kennenlernen und Verstehen der dortigen Verhältnisse und Probleme auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet. Hierzu soll diese Arbeit einen Beitrag leisten.

In jüngster Zeit erregt Ungarn viel Aufsehen mit den weitreichenden Reformen seines bisher auf zentraler Planwirtschaft beruhenden Wirtschaftssystems. In diesem Zusammenhang wird in Ungarn von der Einführung eines neuen Wirtschaftsmechanismus²⁾ gesprochen. Der Verfasser stellt sich die Aufgabe, an einem Vergleich des alten mit dem neuen System die Unterschiede in den Wirtschaftsmechanismen der Vergangenheit und der Gegenwart

1) Vgl. hierzu, Nawrocki, Joachim: Orthodoxe gegen Reformer; Die wirtschaftspolitische Diskussion im Ostblock, in: F.A.Z., 7.9.1968

2) Unter Wirtschaftsmechanismus versteht man in Ungarn die verwirklichte konkrete Form der Wirtschaftslenkung und ihre Institutionen. Er enthält den Katalog derjenigen volkswirtschaftlichen Größen, die der Gegenstand wirtschaftspolitischer Maßnahmen sind und die den arbeitsteiligen Wirtschaftsprozess eines Landes gestalten (Geld, Kredit, Zins, Löhne, Gewinn, Subventionen usw.). Die einzelnen Elemente des Wirtschaftsmechanismus stehen in gegenseitiger Abhängigkeit zueinander; welches Gewicht ihnen jeweils zufällt, hängt von den Zielen und Vorstellungen der Wirtschaftsführung, von dem Entwicklungsstand der Volkswirtschaft sowie von den erwarteten Reaktionen der Wirtschaftseinheiten und der Wirtschaftssubjekte auf wirtschaftspolitische Maßnahmen ab. Vgl. zu dieser Definition des Wirtschaftsmechanismus: Bognár, József: Uj mechanizmus és külkereskedelmi koncepció (Der neue Mechanismus und das Außenhandelskonzept), in: K.Sz., Budapest 1967, Heft 2, S. 156 f.

aufzuzeigen. Gleichzeitig erhebt sich aber auch die Frage, wie die neue Mechanik der Wirtschaft in Ungarn zu beurteilen, zu werten ist. Sind ihre Triebfedern nunmehr mit der einer Marktwirtschaft identisch oder sind, weniger scharf formuliert Tendenzen erkennbar, die eine Entwicklung in diese Richtung vermuten lassen? Oder liegt hier eine neue bisher nicht gekannte Kombination verwaltungswirtschaftlicher und marktwirtschaftlicher Elemente vor? Die Klärung dieser Fragen ist auch deshalb wichtig, weil bisher vorliegende westliche Beurteilungen der Wirtschaftsreform vielfach den Fehler machen, nicht genügend zwischen Reformplänen und Beschlüssen bzw. Reformwirklichkeit zu unterscheiden.¹⁾

Die Untersuchungen erstrecken sich nur auf Teilgebiete des Wirtschaftsmechanismus. Dies hat einmal den Grund, daß die auf manchem Gebiet nur spärlich vorhandene Literatur eine alles umfassende Darstellung nicht ermöglicht. Zum anderen sind die Lenkungsmethoden in den einzelnen Wirtschaftssektoren so verschieden, daß sie einer selbständigen Erörterung bedürften. In der Landwirtschaft und im Dienstleistungsgewerbe ist es beispielsweise in erster Linie die Eigentumsform an den Produktionsmitteln, die ein anderes Vorgehen bei der Planung und Lenkung dieser Sektoren erfordern. Die vorliegende Arbeit analysiert die Verhältnisse in der staatlichen Industrie Ungarns.

Das erste Kapitel widmet sich dem Planungssystem und zeigt, aufgrund welcher Überlegungen und Schwierigkeiten sich das System von einer anfänglich straffen Form, in der bis zur kleinsten Wirtschaftseinheit verbindliche Planindizes vorgegeben wurden, zu einer mehr dezentralisierten entwickelt hat, die mit Rahmenplänen arbeitet und die den Betrieben auf dem "geregelten Markt" bei ihren Dispositionen einen relativ großen Spielraum läßt.

1) Vgl. Hensel, K. Paul: Sind die Wirtschaftsordnungen der sowjetischen Länder auf dem Wege zur Marktwirtschaft?, in: Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft?, Berlin 1967, S. 73 ff.

Die Gegenüberstellung des alten dualistischen Preissystems mit seinen administrativen Einzelpreisen und des reformierten Preissystems wird Aufgabe des zweiten Kapitels sein. Im Vordergrund stehen Preisbildungsfragen im zentralen und dezentralisierten Modell der Planwirtschaft.

Im nächsten Abschnitt wendet sich die Arbeit den Methoden zu, mit denen die sogenannte "materielle Interessiertheit", d.h. die Leistungswilligkeit und die Initiative der Betriebe und ihrer Beschäftigten, zu Erfüllung wirtschaftspolitischer Zielsetzungen geweckt bzw. wachgehalten wurde und wird.

Fragen des Außenhandelsmechanismus, insbesondere die des Wechselkurses vor und nach der Reform, stehen im Vordergrund des folgenden Kapitels,

Die Arbeit schließt mit einer kritischen Würdigung der Reformmaßnahmen und zeigt einige offen gebliebenen Fragen des Reformwerkes auf.

I. Kapitel

DAS PLANUNGSSYSTEM

1. Modelltheorie der sozialistischen Planwirtschaft

Eine reine Form der Zentralverwaltungswirtschaft ist bisher genauso wenig verwirklicht worden, wie es auch keine Wirtschaftsordnung der völlig freien Marktwirtschaft gibt. Hier wie auch dort sind die idealtypischen Formen Grenzfälle, die dazu dienen, die verwirklichte Form der Wirtschaftsordnung zu beurteilen und das Maß der Abweichung vom theoretischen "Ideal" aufzuzeigen.

In der Zentralverwaltungswirtschaft ist das Maß der Abweichung der Grad der Dezentralisation bei den verschiedenen Akten der Willensbildung und der Entscheidungen im Wirtschaftsprozeß. Der polnische Nationalökonom W. Brus teilt die Entscheidungen, die in einer sozialistischen Wirtschaft zu fällen sind, in drei Gruppen ein:¹⁾

- (1) in die grundlegenden makroökonomischen Entscheidungen, die man ihrem Wesen nach gewöhnlich zentral fällen muß;
- (2) sodann in Entscheidungen der Haushalte, wie z.B. die Konsumwahl bei gegebenen Einkommen, die in der Regel dezentral getroffen werden;
- (3) schließlich in Entscheidungen, die schwer zu qualifizieren sind, die man aber oft als die "laufenden Entscheidungen" bezeichnet (z.B. Produktionsstruktur der Branchen bzw. der Betriebe, die konkrete Form der Entlohnung).

Abhängig davon, wo die dritte Gruppe der Entscheidungen getroffen wird, unterscheidet Brus zwei Modelle der sozialistischen Wirtschaft:

- (1) das zentralistische Modell, wenn die "laufenden Entscheidungen" bei den zentralen Instanzen der Wirtschaftsführung liegen;

1) Brus, Włodzimierz: A szocialista gazdaság működésének általános problémái (Allgemeine Probleme des Funktionierens der sozialistischen Wirtschaft), Budapest 1966, S. 80 ff. (Übersetzung aus dem Polnischen)

- (2) das dezentralistische Modell, wenn die dritte Gruppe der Entscheidungen in den Haushalten, Betrieben und örtlichen Organen der Wirtschaftsverwaltung getroffen werden.

Natürlich ist das von Brus gezeichnete Bild vereinfacht. Sowohl innerhalb des zentralistischen wie auch des dezentralistischen Modells wird es eine Reihe von Modellvariationen geben, die von Art und Umfang der zentralen bzw. dezentralen Entscheidungen abhängen.

Da in der sozialistischen Wirtschaft der zentrale Plan Ausdruck und Katalog wirtschaftspolitischer Entscheidungen ist, ist sein Inhalt davon abhängig, welches Modell bzw. welche Variante der beiden Hauptmodelle verwirklicht ist.

Das dezentralistische Modell gründet sich auf die Vorstellung, daß der Marktmechanismus - bei sozialistischen Eigentumsverhältnissen - in mehr oder weniger großem Umfang in das Planungssystem eingebaut ist. Die Planung setzt die Grenzen, innerhalb derer das Wirtschaften abläuft. Die zentralen Behörden machen ihren Einfluß auf die autonomen Entscheidungen der Produzenten und Konsumenten im geringen Umfang durch direkte Befehle, in der Hauptsache aber durch indirekte Methoden der Steuerung geltend.¹⁾

Dagegen werden in dem zentralistischen Modell die meisten wirtschaftspolitischen Entscheidungen (Art und Umfang der Produktion, Art und Höhe der Entlohnung, Höhe und Struktur der Preise, Ort, Finanzierung und technisch-ökonomische Daten der Investitionen usw.) auf der obersten Ebene der Wirtschaftsverwaltung getroffen, die dann in verbindlicher Form an die untergeordneten Organe weitergegeben werden.²⁾ Die Ausnahme bilden die

1) Boettcher, Erich: Die Planwirtschaft im Wandel, in: Wirtschaftsplanung im Ostblock, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1966, S. 14

2) Zur Theorie und Praxis der zentralen Verwaltungswirtschaft vgl. Hensel, K. Paul: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart 1959; Thalheim, Karl C.: Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962; Hirsch, Hans: Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel-Tübingen 1957

Konsumgüterwahl und die Wahl des Arbeitsplatzes. Besondere Merkmale dieses Modells sind der hierarchische Aufbau der Pläne, der Befehlscharakter der Plananweisungen von oben nach unten, die Planung und Verrechnung in Mengeneinheiten und die passive Rolle (nur Verrechnungseinheit) des Geldes innerhalb des staatlichen Eigentumbereiches.¹⁾

Das von Brus so beschriebene zentralistische Modell der Planung und der Leitung wurde mit Einführung der Planwirtschaft in Ungarn verwirklicht und bestand mit graduellen Auflockerungen bis zum 31.12.1967.

Der sogenannte neue Wirtschaftsmechanismus, der nunmehr in Ungarn eingeführt wurde, hat im wesentlichen die Züge des dezentralistischen Modells von Brus. In ihm wird das Planungssystem genauso geändert und den Erfordernissen des neuen Modells angepaßt wie der Preis-, Anreiz- (Stimulierungs-) und Außenhandelsmechanismus, die in enger Interdependenz mit der Planung stehen.

Notwendige Voraussetzung für ein Verständnis der Tragweite der Reformen ist indessen ein Vergleich mit dem System, das vor dieser Zeit galt.

A) Das traditionelle Planungssystem

1. Einzelne Abschnitte des zentralistischen Planungsmodells in Ungarn

Obwohl das zentralistische Planungsmodell in seinen Grundzügen in Ungarn 20 Jahre bestand, gab es in der Planungspraxis erhebliche Unterschiede. Diese ergaben sich aus der verschiedenartigen Beantwortung der Frage durch die marxistische Wirtschaftswissenschaft, ob die sozialistische Planwirtschaft, um zu funktionieren, auf obligatorische Plankennziffern angewiesen sei oder nicht. Die Modellvarianten standen in engem Zusammenhang mit den Plankennziffern. In dieser Hinsicht lassen sich in

1) Brus, a.a.O., S. 83 ff.

Ungarn drei Perioden unterscheiden.¹⁾

(a) Der erste Abschnitt dauerte bis 1953; es war die klassische Periode der Planung mit verbindlichen Plananweisungen. Störungen im Wirtschaftsablauf wurden dahingehend interpretiert, daß die Empfänger der Plananweisungen sich nicht strikt an diese gehalten hätten. Zur Vervollkommnung der Planung wurde deshalb der Zentrale Plan noch weiter aufgegliedert, die Zahl der Plan-kennziffern nahm zu, und die Forderungen an die Plandisziplin wurden strenger. Alles wurde bis ins Detail geplant, und den unteren Instanzen der Planungshierarchie blieb praktisch nur eine Freiheit: den Plan überzuerfüllen.

(b) Die zweite Periode dauerte von 1953 bis 1957. Die Planer begannen zu erkennen, daß man einzelne Vorgänge im Wirtschaftsablauf einfach nicht planen kann. So mußte man z.B. einsehen, daß ein für längere Zeit als verbindlich vorgeschriebenes Plansoll das Angebot erstarren läßt und es nicht zuläßt, sich den Nachfrageänderungen anzupassen. Nunmehr wurde die große Zahl der Plananweisungen als schädlich angesehen und ihre Zahl aus der Annahme heraus verringert, daß damit die betriebliche Selbständigkeit zunehme und der Betrieb den Änderungen der Nachfrage besser nachkommen könne. Daneben wurde die Frage untersucht, auf welchen Gebieten wirtschaftlicher Tätigkeit die betriebliche Autonomie vergrößert werden könne, ohne dabei die betriebliche Betätigung in Gegensatz zum volkswirtschaftlichen Interesse zu bringen.

(c) Der dritte Abschnitt begann 1957 und endete mit der Einführung des neuen Modells der Planung im Jahre 1968. In dieser Zeit stand im Vordergrund der Planungsdiskussion die Frage, ob man eine Volkswirtschaft mit den verbindlichen Planungskennziffern überhaupt bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Veränderungen der Nachfrage leiten könne. Drei Maßnahmen wurden getroffen, um das weitgreifende System der Planvorschriften aufzulockern:

1) Vgl. Csikós-Nagy, Béla: Szocialista árelmélet és árpolitika (Sozialistische Preistheorie und Preispolitik), Budapest 1966, S. 108 ff.

- (1) Die Plananweisungen über die Zwangsablieferungen in der Landwirtschaft wurden aufgehoben; an ihre Stelle trat der freie Ankauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen bei zum Teil beweglichen Preisen.
- (2) In der Industrie hörte man auf, den Gesamtplan bis zu den Betrieben herunter aufzuschlüsseln. Nur noch die Industrie-ministerien¹⁾ erhielten verbindliche Kennziffern. Die Ministerien bekamen freie Hand in der Leitung der zur ihrer Branche gehörenden Unternehmungen.
- (3) Aus der Erkenntnis, daß die Bindung des materiellen Anreizes an die Plankennziffer eine Reihe von Widersprüchen²⁾ hervorruft, wurde die Prämienausschüttung nicht mehr ausschließlich von der Erfüllung der Produktionspläne abhängig gemacht, sondern man führte die Gewinnbeteiligung ein - unter der Voraussetzung, daß der Betrieb das Gewinnniveau des Vorjahres hält bzw. überschreitet.

Die Erfahrung zeigte bald, daß sich in der Praxis kaum etwas geändert hatte. Nach kurzer Zeit der Abnahme stieg die Zahl der verbindlichen Planvorschriften wieder, und zwar hauptsächlich auf Betreiben der Betriebsführungen, die sich zu sehr an die Vorschriften gewöhnt hatten, so daß sie mit den Globalzahlen, die ihnen von den Ministerien zur Verfügung gestellt wurden, nichts anzufangen wußten.³⁾

Jahrelange Forschungsarbeit⁴⁾ und die praktischen Erfahrungen - gewonnen aus den graduellen Auflockerungen des traditionellen Systems - führten zu den Reformgedanken, deren Ausdruck der neu

1) Vgl. Die institutionelle Gliederung der ungarischen Planwirtschaft auf S. 9 ff. dieser Arbeit.

2) Siehe hierzu S. 17 ff. dieser Arbeit und das III. Kapitel S. 95

3) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 110

4) Die ersten Schritte in diese Richtung reichen in das Jahr 1957 zurück, als in Ungarn eine Kommission für Volkswirtschaftsfragen eingesetzt wurde, die Vorschläge zu einer Reform des bestehenden Wirtschaftssystems unterbreiten sollte. Diese Vorschläge sind von Varga, Stefan (Planwirtschaftliche Reformgedanken in Ungarn) in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen 1959, Band 115, S. 685-715 veröffentlicht worden.

eingeführte Wirtschafts- und Planungsmechanismus ist. Man nimmt an, daß die sozialistische Planwirtschaft nicht unbedingt der direkten Leitung der Wirtschaft mit Planvorschriften bedarf, sondern daß Planwirtschaft, indirekte Steuerung und Marktmechanismus vereinbar sind.¹⁾

2. Institutionelle Gliederung des zentralistischen Planungssystems in Ungarn

Jede zentralistische Planwirtschaft braucht institutionelle Einrichtungen, die von der obersten Planungsspitze bis hinunter zu den einzelnen Betrieben reichen müssen. Außerdem ist die Funktionsweise des traditionellen Systems ohne die Kenntnis seiner institutionell-rechtlichen Grundlagen nur unvollkommen zu verstehen. Die Planungsinstanzen hatten eine hierarchische Gliederung, die zudem in einem sinnvollen funktionellen Verhältnis zueinander standen.

(1) Oberste Planungsinstanzen waren vom juristischen Standpunkt her das Parlament, der Ministerrat und die Wirtschaftskommission.

(a) Das Parlament hatte die Aufgabe, die Perspektivpläne und den Staatshaushalt²⁾, der als monetärer Reflex der Jahrespläne³⁾ aufzufassen war, zu genehmigen; sie erhielten dadurch Gesetzeskraft.

(b) Der Ministerrat dagegen genehmigte die Jahrespläne und erhob sie zum Gesetz.

1) Kovács, József: Tények és érvek az új gazdasági mechanizmusról (Tatsachen und Argumente über den neuen Wirtschaftsmechanismus), Budapest 1966, S. 8

2) Die Jahrespläne und Perspektivpläne (5-Jahrespläne) waren Volkswirtschaftspläne und erfaßten die ökonomischen Vorgänge der gesamten (staatlichen) Wirtschaft in quantitativen Größen (deshalb wurden sie auch Mengen- oder Naturalpläne genannt). Den wertmäßigen Ausdruck der gleichen Tatbestände stellte der Staatshaushalt dar; er setzte sich aus Werteinheiten zusammen.

3) Linder, Willy: Die kommunistische Planwirtschaft am Beispiel Ungarns, Zürich 1964, S. 41

(c) Die Wirtschaftskommission, bestehend aus Fachministern, Wirtschaftsexperten und Parteileuten, war einflußreiches Beratungs- und Konsultationsorgan, in dem die sozialökonomischen Ziele der Perspektivpläne festgelegt wurden. Zugleich war die Kommission auch Verbindungsinstanz zwischen der Regierung und der organisatorisch breit angelegten Ministerebene.¹⁾

(2) Auf der zweiten Ebene der Planungsorganisation standen das Planungsamt, die industriellen Fachministerien, das statistische Landesamt, die Kontrollkommission sowie die örtlichen Räte.

(a) Das Planungsamt war das wichtigste Organ bei der Ausarbeitung, Koordinierung, Durchführung und Kontrolle der Volkswirtschaftspläne. Hier wurden die Informationen aus der Wirtschaft gesammelt, die Pläne aufgestellt, die Planindizes bestimmt und wurde die Kontrolle der Planerfüllung vorgenommen. Mithin hatte das Planungsamt das Recht, der Regierung bezüglich der Änderung der Planziele während des ganzen Jahres Vorschläge zu unterbreiten und diesen entsprechend die zentrale Verteilung der Ressourcen und Güter neu vorzunehmen.²⁾

(b) Die Fachministerien, zwölf an der Zahl, stellten ihre eigenen Branchenpläne auf, die als wichtige Informationsquelle für das Planungsamt bei der Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne dienten. Außerdem waren die Ministerien bei der Durchführung der Pläne Aufsichts- und Kontrollbehörde für die Unternehmungen der Branche.

(c) Informationen lieferte ebenfalls das statistische Landesamt an das Planungsamt. Die benötigten ökonomischen Daten sammelte das Amt bei den einzelnen Betrieben und Unternehmungen.

(d) Die Kontrollkommission führte spezielle Kontrollarbeiten durch, die außerhalb der Produktion und des finanziellen Be-

1) Linder, a.a.O., S. 42

2) Joó, Ferenc: Entstehung und Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems in Ungarn, in: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Berlin 1962, S. 6

reichs lagen, und übte gleichzeitig eine beratende Funktion für die Unternehmungen aus.

(e) Auf die gleiche Organisationsebene gehörten schließlich die lokalen Räte. Sie vertraten die Komitate und die komitatsfreien Städte. Ihnen unterstellt waren die lokalen Industriebetriebe, die industriellen Genossenschaften, der gewerkschaftliche Einzelhandel und die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.¹⁾

(3) Auf der mittleren und untersten Planungsebene standen die produzierenden Trusts²⁾ und Betriebe einerseits sowie die Gesellschaften und Betriebe des Handels andererseits. Über die Tätigkeit und Belange der Produktions- und Handelsbetriebe wird noch an anderer Stelle berichtet.

3. Entstehung und Durchführung des Volkswirtschaftsplanes

Die Volkswirtschaftspläne wurden im Landesplanungsamt unter Berücksichtigung der von der Wirtschaftskommission festgelegten wirtschaftspolitischen Ziele sowie der Kapazitäten und Ressourcen der den Fachministerien unterstellten Unternehmungen und Betriebe ausgearbeitet. Im Prinzip entstand der Wirtschaftsplan in einem synchronisierten Zusammenwirken der Planung von oben nach unten und der Gegenplanung von unten nach oben.³⁾ Das Landesplanungsamt, die Ministerien und die einzelnen Betriebe stellten ihre eigenen Planentwürfe auf⁴⁾, die dann von oben nach unten bzw.

1) Linder, a.a.O., S. 48

2) Trusts sind in Ungarn größere Industrieunternehmen, die einzelne oft aber auch sämtliche Betriebe einer Branche zusammenfassen. Vgl. auch Kapitel I./B/5. dieser Arbeit

3) Zur Verdeutlichung dieser Vorgänge vgl. S. 14 dieses Kapitels.

4) Die Aufstellung der Planentwürfe wurde dadurch erleichtert, daß die Pläne nicht jedes Jahr in allen Einzelheiten neu aufgestellt werden mußten. Die Aufstellung eines Planes begann mit der Zusammenfassung der Planergebnisse der vergangenen Periode. Diese diente als Daten über die in der Volkswirtschaft, in der Branche oder im Betrieb entstandenen Proportionen zwischen Produktion, Investition usw. und gaben den Planern die Möglichkeit, ihre neuen Entscheidungen auf Veränderungen gegenüber der vorhergehenden Planungsperiode zu

Aufbau und Gliederung der ungarischen Planwirtschaft¹⁾

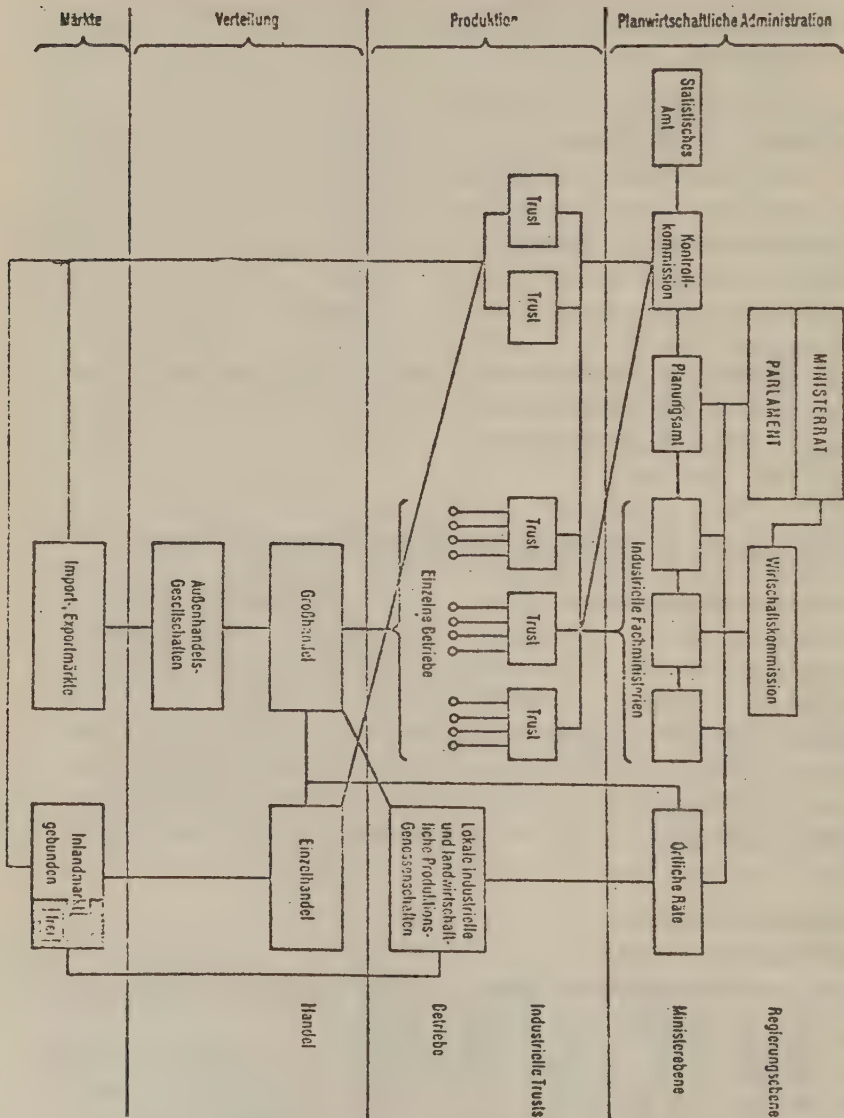


Abb. 1

1) Das Gliederungsschema wurde von Linder übernommen, vgl. Linder, a.a.O., S. 49

in umgekehrter Richtung gegeneinander ausgetauscht, miteinander verglichen und ineinander integriert wurden. Entsprechende Vorschläge wurden gegebenenfalls in Korrekturen und Abänderungsvorschlägen in die Gegenpläne der über- und untergeordneten Instanzen eingebaut und hatten oft eine Korrektur des ursprünglichen Planentwurfs zur Folge. Traten zwischen den einzelnen Planungsinstanzen unüberbrückbare Gegensätze auf, so traf die Wirtschaftskommission die endgültige Entscheidung.¹⁾

Eine Änderung der ursprünglichen Planziele, die Bildung neuer Schwerpunkte usw. lösten Kettenreaktionen zwischen den einzelnen Teilen²⁾ des Gesamtplans aus, bis endlich nach wiederholtem Durchlauf der Vorschläge durch die Stufen der Planungshierarchie die endgültige Fassung des Gesamtplans festlag. Nun mußte er von den gesetzgebenden Instanzen bestätigt und verabschiedet werden.

Die Planungsarbeiten waren an einen bestimmten Zeitplan gebunden, den das Schaubild auf S. 14 zeigt.

Wurden die Pläne auf diese Weise aufgestellt und genehmigt, so ergab sich die Aufgabe der Plandurchführung. Sie gehörte in den Zuständigkeitsbereich der Ministerien. Der Gesamtplan wurde nach Ministerien aufgegliedert; diese delegierten die Planaufgaben weiter auf die Stufe der Trusts und Betriebe. Hierbei hatten die Ministerien, zumindest seit 1957, freie Hand. Sie konnten selbst entscheiden, ob sie bei der Transformation von planwirtschaftlichen Anordnungen über das Maß der obligatorischen

beziehen. Neu zu berücksichtigen waren z.B. die durch den technischen Fortschritt eingetretenen Veränderungen im Produktionsbereich, die dann zu neuen technisch-wirtschaftlichen Plankennziffern führten. In der Regel aber wurden bisherige Entwicklungstrends in Form grober Schätzungen von den Planungsinstanzen fortgeschrieben.

1) Linder, a.a.O., S. 41

2) Der Gesamtplan bestand aus 17 Teilplänen, die sich auf folgende Gebiete erstreckten: Außenhandel, Binnenhandel, Transport, Investition, Arbeitskräfte und Arbeitsproduktivität, Finanzen (des Staates und der Betriebe), technische Entwicklung, Einkommen der Bevölkerung (Löhne), Materialverbrauch, Nationaleinkommen, soziale und kulturelle Investitionen, regionale Industriepolitik, Agrarpolitik und Preispolitik. Die Integration all dieser Teilpläne ergab erst den Volkswirtschaftsplan. Linder, a.a.O., S. 5 f

Gang der jährlichen Planaufstellung¹⁾

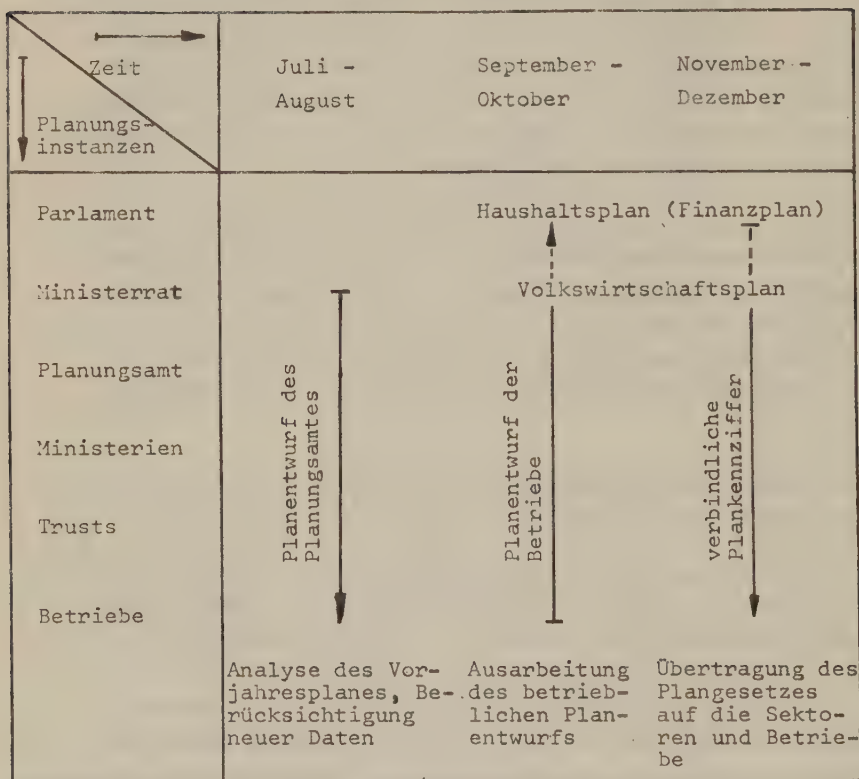


Abb. 2

Kennziffern hinausgehen wollten, "dies besonders dann, wenn es sich bei der Planung um industrielle Schwerpunkte oder um große, wichtige Investitionen handelte".²⁾ Aber selbst die obligatorischen Plananweisungen (Gesamtproduktionswert, Personalbestand, Materialverbrauch, Lohnfonds, Investitionsmittel, Importwert etc.) engten die Dispositionsfreiheit der Unternehmungen weitgehend ein.

1) Balassa, János: Vegyipari gazdaságtan (Wirtschaftslehre der Chemie), Veszprém 1963, S. 162 (Manuskript der Technischen Hochschule Veszprém).

2) Linder, a.a.O., S. 48

4. Die Verteilungswege im zentralistischen System

Im zentralistischen Modell war die Bedeutung der Märkte gering. Marktbeziehungen (Wettbewerb zwischen Anbietern und Nachfragern) spielten nur außerhalb des verstaatlichten Sektors eine Rolle. Aber selbst hier waren die Marktbeziehungen unvollkommen, denn die Mehrzahl der Industrieartikel wurde in allen Geschäften zum gleichen (festen) Preis angeboten. Auch das Sortiment war in den einzelnen Läden des staatlichen Kleinhandels einheitlich. Eine gewisse Konkurrenz herrschte lediglich zwischen den staatlichen und genossenschaftlichen Verkaufsstätten bzw. am Lebensmittelmarkt, an dem auch private Anbieter mit ihren Erzeugnissen zum Zuge kamen und für eine Belebung des Wettbewerbs sorgten.

Im staatlichen Sektor war die Versorgung der Betriebe mit Rohstoffen, Energie, Halb- und Fertigfabrikaten etc. durch die direkte Zuordnung der Lieferanten bzw. der Abnehmer im Rahmen des Planes gelöst. Praktisch lief die Verteilung der Güter über ein Vertragssystem, das der Planerfüllung diente. Die ungarischen Wirtschaftsexperten waren nämlich der Ansicht, daß "wenn die Unternehmungen ausschließlich aufgrund von Lieferverträgen produzieren ..., so gibt es hinsichtlich einer jeden Planperiode die Sicherung, daß die im Plan figurierenden Warenmengen im Verlauf der Planperiode zu den im Plan figurierenden Preisen und anderen Bedingungen (Qualitäten, Fristen, Sortimente) zur Ablieferung gelangen".¹⁾ So wurden dann auch sowohl auf der Beschaffungs- wie auf der Absatzseite der Unternehmungen die Güterbewegungen beinahe vollkommen von dem plansynchronen Vertragssystem erfaßt und über es abgewickelt. Ausnahmen bildeten nur einige wenige Großunternehmungen (Trusts), die unter Umgehung der Handelsgesellschaften direkt an die In- bzw. Auslandsmärkte gelangten.²⁾

1) Varga, a.a.O., S. 699

2) Vgl. hierzu das Gliederungsschema auf S. 12

5. Das Kontrollsystem der Planerfüllung und der Planmäßigkeit

Zur Überwachung der Planerfüllung bestand ein ganzes System ineinandergreifender Kontrollen. Die Notwendigkeit der Kontrolle ergab sich einmal aus der Interdependenz der diversen Plangrößen. Es lag im System begründet, irgendwelche Ungereimtheiten möglichst rasch aufzudecken und entsprechende Umdispositionen im Plan vorzunehmen. Zweitens war der Staat als Eigentümer der Produktionsmittel daran interessiert zu erfahren, welches Ergebnis die Unternehmungen mit dem ihnen zur Nutzung überlassenen Kapital erreichten.

(1) Dadurch, daß sämtliche Zahlungen (Ein- und Verkauf, Löhne und Gehälter, Umsatzsteuer, Gewinnabführung etc.) eines Unternehmens über die Konten der Nationalbank liefen, konnte diese über die finanziellen Größen die Erfüllung des Mengenplanes des Unternehmens kontrollieren.

(2) Die Ministerien bzw. die Mittelinstanzen (Trusts, Räte) übten als verlängerter Arm des Landesplanungsamtes ebenfalls eine Kontrollfunktion aus. Ihnen mußten die Betriebe in Form von Tages-, Wochen-, Monats- und Quartalsberichten Einblick in die laufende Planerfüllung gewähren.

(3) Auch das Vertragssystem diente als Kontrollinstrument bei der Planerfüllung. Sobald ein Betrieb mit den vereinbarten Liefermengen (im Beschaffungs- oder Absatzbereich) in Verzug geraten war, weil die Planerfüllung stockte, klagte der geschädigte Betrieb beim Vertragsgericht auf Konventionalstrafe. Auf diese Weise wurde jede Unplanmäßigkeit bald aufgedeckt.

(4) Schließlich konnten Staatsanwaltschaft und Massenorganisationen (Partei, Gewerkschaften) Kontrollfunktionen wahrnehmen.

6. Der Produktionsbetrieb im zentralistischen Modell

Die Betriebe waren im alten System direkt den Trusts bzw. den entsprechenden Fachministerien unterstellt und bekamen alle Instruktionen von diesen vorgesetzten Behörden. Das Schwerge-

wicht der betrieblichen Tätigkeit lag eindeutig im Beschaffungs- und Produktionsbereich; die Absatzseite spielte nur eine geringe Rolle. Diese Rangordnung kam durch das Planungssystem zustande, das den Betrieben vorschrieb, welche Mengen, Qualitäten und Größen einer bestimmten Warenkategorie sie zu produzieren hatten, gleichzeitig aber die Unternehmungen des Handels dazu verpflichtete, im Rahmen des Vertragssystems diese Produkte abzunehmen. So wurden Produktion und Absatz der Produkte voneinander getrennt; die Tätigkeit eines Betriebes wurde damit aufgrund der Erfüllung der Planaufgaben beurteilt und nicht etwa von der Marktseite her nach der Verwertbarkeit der Erzeugnisse.¹⁾

Die Bestrebungen der Betriebsführungen sind dann auch einmal darauf gerichtet gewesen, günstige, leicht erfüllbare Betriebspläne "durchzubekommen" - der Festlegung der für den Betrieb obligatorischen Plankennziffern gingen langwieriges taktisches Handeln und Feilschen voraus²⁾ -, zum andern darauf, den reibungslosen Zufluß an benötigten Produktionsmitteln zu sichern. Die Versorgung mit Wirtschaftsgütern war kontingentiert: ein Teil des Verteilungsplanes.³⁾ Traten im Versorgungsplan Verzögerungen ein, so konnte der Betrieb klagen. Aber noch viel wichtiger war es, einen neuen Lieferanten zu finden, um die Planerfüllung zu gewährleisten und die damit verbundenen materiellen Vorteile (Prämien) zu erhalten.

7. Mängel und Fehler im zentralistischen System

Die Aufzählung einiger Mangelerscheinungen und Fehlerquellen soll

-
- 1) Csapó, László: Tervgazdálkodás és központi irányítás az új gazdasági mechanizmusban (Planwirtschaft und zentrale Leitung im neuen Wirtschaftsmechanismus), Budapest 1967, S. 5 f
 - 2) Révész, Gábor: A vállalatok az új gazdasági mechanizmusban (Die Betriebe im neuen Wirtschaftsmechanismus), Budapest 1967, S. 83
 - 3) Nachdem der Volkswirtschaftsplan in allen Einzelheiten gearbeitet war, bekamen die Betriebe Lieferanweisungen, die sie berechtigten, mit anderen (vorgeschriebenen) Betrieben Bezugs- bzw. Verkaufsverträge abzuschließen. S. hierzu Kemes, Egon: Der Markt in Ungarn und die Möglichkeit seiner Beeinflussung, in: Österreichische Osthefte, Wien 1966, Heft 3, S. 206 f

gleichzeitig den Beweis für die Notwendigkeit einer Reform des alten Planungssystems erbringen.

a) Veränderungen in der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur

Die Entwicklung des Planungssystems in einem Lande wird auch von der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Der erreichte Reifegrad der Volkswirtschaft determiniert teilweise das Planungssystem. Am Anfang der Industrialisierung in den sozialistischen Ländern kam es auf ein rasches extensives Wachstum und auf die Bildung von Schwerpunkten an. Gleichzeitig wurde die Befriedigung von Konsumentenbedürfnissen und die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion vernachlässigt.¹⁾ Diesen Erfordernissen konnte das System der in die Details gehenden Plananweisungen noch einigermaßen genügen. Mit zunehmendem Reifegrad der Volkswirtschaft und mit Eintritt in die Phase des intensiven Wirtschaftswachstums wurden aber an die Planung neben quantitativen immer mehr qualitative Forderungen gestellt. So wird in einer vollbeschäftigten Wirtschaft eine effiziente Faktorallokation schwieriger als bei brachliegenden Ressourcen. Auch richtet sich mit steigendem Lebensstandard ein größerer Teil der Gesamtproduktion nach der Endnachfrage der Konsumenten. Diese Nachfrage und ihre Befriedigung sind wesentlich unsicherer als eine Nachfrage, die aus politischen Zielsetzungen der Staatsführung resultiert. Das Risiko der Planung wird größer und kann mit den bisherigen einfachen Methoden der Mengenplanung nicht gelöst werden.²⁾

b) Informationsbereich

Für die alte Planungstechnik waren die mikroökonomische und die empirische Orientierung charakteristisch. Aus der Bestre-

1) Nove, Alec: Some Key Problems of Soviet Planning, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin 1964, S. 37 ff.

2) Thalheim, Karl C.: Probleme der Produktion und Verteilung von Konsumgütern in der Sowjetunion, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin 1964, S. 197

bung heraus, alles bis ins Detail planen zu wollen, benötigte die Planungszentrale eine Fülle von Informationen, die mit dem jeweils erreichten Reifegrad der Industriewirtschaft wuchs. Der Planungsapparat war mit dem Sammeln und Ordnen der Informationen, mit der Ausarbeitung der Plankennziffern sowie ihrer Korrektur im Laufe des Planjahres voll ausgelastet. Bürokratische Praktiken verhinderten, daß sich die Planer neueren vollkommeneren Methoden hätten zuwenden können. Es wurde in Ungarn beklagt, daß die Pläne wissenschaftlich nicht genügend fundiert wären, weil die mit der Planung zusammenhängende wissenschaftliche Forschung vernachlässigt worden sei.¹⁾

Je größer die Zahl der zu verarbeitenden Informationen wurde, umso mehr nahmen die administrativen Arbeiten überhand. Das Planungslabyrinth wurde noch unübersichtlicher.

Das Informationsproblem hatte aber auch noch eine andere Seite: die Frage nach dem Wahrheitsgehalt der Informationen. In dem System waren die Betriebe hauptsächlich an der mengenmäßigen Planerfüllung interessiert. Sie war das Maß für übertarifliche Lohnzahlungen, für gesellschaftliche und moralische Anerkennung. Je kleiner andererseits die Planaufgabe war, umso leichter fiel ihre Er- bzw. Übererfüllung. Aus diesem Grunde zeigte sich eine anhaltende Tendenz zur Verschleierung der betrieblichen Reserven, was sich in unwahren, manipulierten Informationen niederschlug. Die Planungszentrale wußte von dieser Tendenz und setzte von Anfang an höhere Planaufgaben fest, in der Annahme, die Betriebe hätten sowieso Kapazitätsreserven. Mit diesen manipulierten Informationen bzw. zu "straffen" Plankennziffern wurde der Planung die reale Grundlage genommen. Sie vollzog sich sozusagen im luftleeren Raum.²⁾

c) Bereich der Investitionen

Bis zum Beginn der Wirtschaftsreform wurden in Ungarn alle

1) o.V., Reformiert Budapest die Wirtschaftsmechanismen?, in: WD - SOE, München 1966, Heft 1/2, S. 7

2) Lakos, Sándor: A gazdasági mechanizmus reformjának egyes kérdései (Einige Fragen der Reform des Wirtschaftsmechanismus), Budapest 1966, S. 12 f

Investitionsvorhaben, die über eine relativ niedrige, nach Industriezweigen differenzierte Wertgrenze hinausgingen, zentral getroffen. Die Betriebe hatten keine Möglichkeit, Investitionen in eigener Regie durchzuführen. Alle finanziellen Mittel für Investitionszwecke wurden im Staatshaushalt gespeichert, und über ihre Verwendung entschieden das Planungsamt bzw. die Ministerien. Sie bestimmten die Projekte der Neuinvestitionen und nach einer Selektion der betrieblichen Investitionswünsche auch die Betriebe, bei denen Erneuerungs- und/oder Erweiterungsinvestitionen durchgeführt werden durften. Wurde ein betrieblicher Investitionsantrag genehmigt und durchgeführt, so "kostete" das den Betrieb nichts. Die durchgeführte Investition wurde in der Bilanz des Betriebes aktiviert, während auf der Passivseite die Eigenmittel um den gleichen Betrag erhöht wurden. (In dieser Hinsicht hat die Einführung des Benutzungszinses auf im Betrieb gebundenes Kapital im Jahre 1964 eine gewisse Änderung gebracht.)

Alle mit einer Investition zusammenhängenden Vorschriften beinhaltete ein sogenannter Investitionskodex. Demnach berechnete die Planungszentrale die materiell-technische Zusammensetzung einer Investition vor. Der Investitionsbetrag wurde jeweils auch nach Verwendungsarten (Ausgaben für bauliche, maschinelle und sonstige Zwecke) aufgegliedert. Auch die diversen Vereinbarungen zwischen den Konstrukteuren, Lieferanten und Ausführenden einer Investition regelte das Planungsamt.¹⁾ Unter diesen Umständen konnte man die Verantwortung nicht den Betrieben übertragen. Andererseits führte diese Zentralisation der Investitionen und der Umstand, daß diese für die Betriebe kostenlos waren, zu unendlichen Verzögerungen und Verschwendungen.²⁾ Die Fristverlängerungen bzw. die Nichtfertigstellung begonnener Investitionen führten zu einer unzureichenden Ausnutzung des Kapitalbestandes³⁾, was bei Ungarns permanenter Kapitalarmut besonders ins Gewicht fiel. Als weitere negative Erscheinung ist zu werten, daß die

1) Molnár, László: A beruházási módszer változásai 1967-ben (Die Änderungen der Investitionsmethoden im Jahre 1967), in: Figyelő, 15.2.1967

2) Révész, a.a.O., S. 61 f.

3) Boettcher, a.a.O., S. 18 f.

Investitionsentscheidungen auf einer Rentabilitätsrechnung basierte, die die betrieblichen Gegebenheiten außer Acht ließ.¹⁾

d) Technischer Fortschritt

Abgesehen von den grundsätzlichen Schwierigkeiten, die in der langfristigen Planung des technischen Fortschritts liegen²⁾, war das traditionelle System der Planung dem technischen Fortschritt sowie dem Erfindungswesen in Ungarn auch kurzfristig nicht freundlich gesinnt. Die durch die diversen Plankennziffern ausgedrückten Aufgaben der betrieblichen Tätigkeit waren in sich nicht widerspruchsfrei. Auf die Mengenkennziffern konnte die Planung bei der Erfassung der Produktion und der Koordination der einzelnen Produktionsarten nicht verzichten. An ihnen wurde das Maß der Planerfüllung gemessen. Die Umstellungen in der Produktionsstruktur, die bei der Einführung einer technischen Neuerung notwendig gewesen wären, hätten die Erfüllung des Produktionsplans und somit die materielle Interessiertheit, die damit eng verbunden war, negativ beeinflusst. Während also in der Zeit der Umstellungen die betrieblichen Einnahmen und die persönlichen Einkommen der Beschäftigten Einbußen erlitten hätten, wären sie auch in der Folgezeit nicht in den Genuß der Ergebnisse der technischen Verbesserungen gekommen, denn der nächste Plan hätte schon mit den Daten (Mengen, Kosten, Preise) gerechnet, die sich aufgrund der Neuerung ergaben. Auch der fehlende Wettbewerb sowie der Umstand, daß die Betriebe nicht für den Markt, sondern für den Vertragspartner produzierten, waren ein Grund dafür, daß ihre Neigung zur Einführung neuer Verfahren und neuer Produkte gering war. Das Risiko bzw. die Verluste aus der Nichterfüllung der Pläne hätten sie zu tragen gehabt, ohne dafür eine Gegenleistung zu erlangen.³⁾

1) Siehe hierzu das II. Kapitel, S. 76 f.

2) Der irrationale Charakter des technischen Fortschritts setzt voraus, daß man sich bei seiner Planung auf sehr allgemeine Erwartungen beschränkt. Siehe hierzu Knirsch, Peter: Die Planung des technischen Fortschritts, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin 1964, S. 62 ff.

3) o.V., Reformiert Budapest ..., a.a.O., S. 8

So wurden dann die neuesten Erkenntnisse der Technik meistens nur in den neugegründeten Betrieben ausgewertet, mit der Folge, daß in der Erhöhung der Produktion der Anteil der Neuinvestitionen sehr groß war, gleichzeitig aber viele Möglichkeiten der bestehenden Produktionskapazitäten nicht genutzt wurden, insbesondere nicht Möglichkeiten zu Verbesserungen aufgrund kleinerer Erfindungen.¹⁾

e) Bereich der Produktion

Ein weiterer Widerspruch, der sich aus dem System der Plankennziffern ergab, lag im Bereich der Produktion. Die Kennziffern "Bruttoproduktion" und "Arbeitsproduktivität" (als Quotient aus Bruttoproduktion und Arbeitszeit) begünstigten die Verwendung teureren Materials, weil der Wert des Materials in die Bruttoproduktion einging und damit die Einhaltung oder Verbesserung dieser beiden Kennziffern erleichtert wurden.²⁾ Dies konnten die Betriebe ohne Sorge tun, weil sie sich um den Absatz der mit hohen Kosten belasteten Produkte nicht zu kümmern brauchten.

f) Bereich der material-technischen Versorgung

Schwierigkeiten, die in der Versorgung der Betriebe mit Betriebsmitteln entstanden³⁾, führten zu einem ausgeprägten Autarkiestreben der Betriebe. Dies äußerte sich einmal in der Anlage von geheimen Lagerbeständen oder in der unerlaubten Ausdehnung betrieblicher Lager über die vom Plan genehmigte Norm hinaus, zum anderen - bei besonders lieferanfälligen Materialien - im Aufbau einer entsprechenden Eigenproduktion, um sich von den Zulieferern unabhängig zu machen.⁴⁾ Zwar war diese Praxis mit er-

1) Brus, a.a.O., S. 109

2) Boettcher, a.a.O., S. 17

3) Für die Entstehung solcher Unregelmäßigkeiten war oft die mangelhafte Abstimmung zwischen Produktions- und Verteilungsplan, waren aber auch Verzögerungen in der Produktion der Lieferbetriebe oder war die Nichterfüllung des Importplans usw. verantwortlich. Siehe Leptin, Gert: Probleme der material-technischen Versorgung, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin 1964, S. 105 ff.

4) Csapó, Tervgazdálkodás ..., a.a.O., S. 71 f.

heblichen Mehrkosten verbunden - da die Vertragslieferungen natürlich übernommen werden mußten, wenn sie pünktlich kamen -, vom betrieblichen Standpunkt her aber war sie im Interesse der Planerfüllung verständlich. Gesamtwirtschaftlich jedoch waren die Verluste einfach nicht zu übersehen.¹⁾

g) Bereich der Konsumgüterversorgung

Der Einzelhandel hatte im alten System auf der Grundlage der zwischen dem Handel und der Industrie abgeschlossenen Lieferverträge, als Warenverteiler zu fungieren. Er war nicht geeignet, Vermittler von Verbraucherwünschen zu sein,

- (1) weil die Organisation des Einzelhandels und seine Arbeitsweise darauf nicht eingerichtet waren,²⁾
- (2) weil die produzierenden Betriebe auf eventuelle Wünsche des Handels gar nicht eingingen.

Sie waren "durch das Plansoll-System gezwungen, an unzeitgemäßen, aber - von der Produktionsroutine her gesehen - eingespielten Erzeugnissen festzuhalten, da diese im Hinblick auf die mengenmäßige Planerfüllung kein Risiko bedeuteten".³⁾

Während der Handel keine Möglichkeit hatte, auf die Betriebe einen Druck auszuüben, stauten sich in den Lagerhäusern die unverkäuflichen Warenbestände.

Man könnte die Aufzählung der Mangelercheinungen und Funktionsstörungen des alten Systems beliebig fortsetzen. Indessen sollte dieser Überblick genügen, und die Veränderungen, die die Reform brachte, sollen Gegenstand der weiteren Untersuchungen sein.

1) o.V., Reformiert Budapest ..., a.a.O., S. 8

2) Vgl. o.V., Wird auf den Märkten des Ostens auch der Kunde König?, in: Die Welt, 11.6.1967

3) o.V., Reformiert Budapest ..., a.a.O., S. 8 und 10 f.

B) Das reformierte System der Planung

1. Grundzüge des neuen Wirtschaftsmechanismus

Das Grundprinzip der Reform sieht eine organische Verbindung der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft mit einem wirksamen Marktmechanismus auf der Grundlage sozialistischen Eigentums vor.

Außerdem kommt der Grundsatz zum Tragen, daß alle Entscheidungen des Wirtschaftsprozesses dort getroffen werden sollen, wo aufgrund der Informationen ihre Effizienz am größten ist.¹⁾

Den Hauptunterschied zur alten Praxis im Bereich der Planung kann man folgendermaßen ausdrücken: Die Planung der Volkswirtschaft bleibt bestehen, es unterbleibt aber die verbindliche Aufgliederung des Volkswirtschaftsplanes bis zu den einzelnen Betrieben.²⁾ Die Planung bezieht sich einmal auf ein ausgewogenes wirtschaftliches Wachstum, zum anderen interessiert sie sich für das Gleichgewicht der (Markt-) Strukturen der Wirtschaft. Sie ist also auf Globalgrößen wie Nationaleinkommen, Akkumulation, Verbrauch, Export, Import usw. sowie auf die Beziehungen zwischen ihnen gerichtet. Daneben beschäftigt sich die Planung mit dem Instrumentarium der volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel (Geld- und Kreditpolitik, Preispolitik, Budgetpolitik etc.), mit denen der Wirtschaftsablauf in Richtung auf die globalen Planziele gesteuert werden soll.³⁾

Anstelle der bisherigen zentralen Bewirtschaftung von Materialien, Kapazitäten und Produkten soll der "Marktmechanismus" - womit das "direkt zur Geltung kommende Aufeinanderwirken von Nachfrage, Angebot und Preis"⁴⁾ gemeint ist -, treten.

Die Betriebe sollen unter Beachtung der Rentabilität, auf der

1) A gazdasági mechanizmus reformja (Reform des Wirtschaftsmechanismus), Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns über die Wirtschaftsreform, Budapest 1966, S. 14

2) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 106

3) Csapó, Tervgazdálkodás ..., a.a.O., S. 10 ff.

4) Hensel, K. Paul, a.a.O., S. 76

Grundlage der Marktbewegungen, der Preise und der Kreditbedingungen, ihre eigenen Absatz-, Produktions- und Beschaffungspläne aufstellen und verwirklichen. Der Gradmesser der betrieblichen Tätigkeit ist der Gewinn. In seinen Veränderungen spiegeln sich der Erfolg oder Mißerfolg des betrieblichen Wirtschaftens als Ganzen und auch der Grad der Übereinstimmung mit den Marktbedürfnissen.¹⁾

Auch die anderen Verwaltungsorgane und Räte werden in Zukunft ihre Tätigkeit nicht mehr nach den vom Planungsamt auferlegten Aufgaben richten. Sie werden sich regional- und kommunalpolitischen Fragen widmen und ihre Programme in eigenen Regionalplänen, die zwar in Einklang, aber nicht in direkter Verbindung mit dem Volkswirtschaftsplan stehen, zusammenfassen.²⁾

a) Kritik am Grundkonzept der Reform

Dieses Grundkonzept der Reform läßt den Schluß zu, daß die Reformer der Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus im neuen Wirtschaftsmodell ziemlich unproblematisch gegenüberstehen. Demgegenüber muß der neutrale Beobachter Zweifel darüber anmelden, ob einige ökonomische Kategorien (Daten), die für das Funktionieren des Marktmechanismus von Bedeutung sind, widerspruchsfrei die Funktion erfüllen können, die die Reformer von ihnen erwarten.

Die betriebliche Tätigkeit - so wird gesagt - soll nach dem Gewinn beurteilt werden. Der Gewinn ist auch im östlichen Sprachgebrauch die Differenz zwischen dem geldmäßigen Ertrag und dem Aufwand, d.h. er ist auf das engste mit den Beschaffungs- und Verkaufspreisen verbunden. Nun mag sich die Planbehörde im neuen Wirtschaftsmodell der Preisfixierung für einzelne Waren enthalten, aber auch jetzt kommt sie nicht umhin, die Bestimmung der Preise durch den Markt in engen Grenzen zu halten. Denn für den staatlichen Finanzbedarf sind die von den Unter-

1) Révész, a.a.O., S. 49

2) Földes, István: A tanácsi gazdálkodás új rendje (Die neue Ordnung der Rätewirtschaft), in: Népszabadság, 4.6.1967

nehmungen erwirtschafteten Gewinne von größter Bedeutung. Damit nämlich der Staat seine in dem Volkswirtschaftsplan fixierten Aufgaben erfüllen kann, m ü s s e n die Unternehmungen mit Gewinn arbeiten. Da der Staat seine finanzielle Basis auf jeden Fall sichern muß, muß er auf eine Preisgestaltung bedacht sein, die dafür Rechnung trägt, daß die Unternehmungen "eine bestimmte Höhe des Profites erzielen, um damit auch die ... erwarteten Zahlungen an das Budget ... leisten zu können".¹⁾

Als Ergebnis werden für die Erzeugnisse mancher Unternehmen, die nicht ausreichend mit Profit arbeiten, die Preise erhöht. Auch den Prioritätszweigen können profitgünstige Preise bewilligt werden. In Fällen, in denen der Gewinn zu hoch erscheint, mögen die Preise nach unten korrigiert werden. Aber dann wird der Gewinn nicht mehr ein Ergebnis besseren Wirtschaftens und erfolgreicher unternehmerischer Tätigkeit sein, sondern wird von der staatlichen Intervention abhängig. Gleichzeitig wird der Wunsch der Reformier, "die Unternehmungen durch den Markt- und Profitest via 'Marktpreise' zu zwingen, rationell zu arbeiten und die Produktivität zu heben, mehr oder weniger aufgehoben".²⁾

In welchem Maße der Staat interveniert, wird davon abhängen, in welchem Umfang aus politischen, strategischen und handelsvertraglichen³⁾ Gründen unrentable Produktionen aufrechterhalten werden müssen, in welchem Maße sich der Staat als Investor betätigt,⁴⁾ aber auch davon, in welchem Umfang es den Betrieben gelingt, ihre Produktivität und die "echte", marktwirtschaftliche Rentabilität zu heben.

Dabei besteht das Dilemma, die Erweiterung von Markt- und Kon-

1) Reimann, Guenter: Der rote Profit, Frankfurt/Main 1968, S. 68

2) ders., a.a.O., S. 217

3) Der internationale Handel der sozialistischen Staaten stützt sich auf langfristige Handelsabkommen. Die Verpflichtungen aus diesen Verträgen werden so lange zu erfüllen sein, bis die gegenwärtig gültigen Handelsabkommen auslaufen und durch neue ersetzt werden. Vgl. auch S. 119 ff. dieser Arbeit.

4) Vgl. zu den mit diesem Problem zusammenhängenden Fragen S. 49 ff. dieser Arbeit.

kurrenzdruck mit der Notwendigkeit, die Finanzierung des Staates zu sichern, in Einklang zu bringen. "Die Konkurrenzschraube kann nicht genügend angezogen werden, weil sonst die Leistungen an den Staat nicht erfüllt werden können."¹⁾ Deswegen wird man laufend Kompromisse schließen müssen, die die "Gesundung" der Wirtschaft hemmen bzw. verzögern.

2. Aufstellung und Inhalt der Volkswirtschaftspläne

Am Anfang der näheren Beschreibung der Planungsmethoden, wie sie nach der Reform gehandhabt werden, soll eine allgemeine Definition der Volkswirtschaftsplanung aus dem Munde eines ungarischen Planungsfachmannes stehen: "Die Volkswirtschaftsplanung ist das Mittel der Wirtschaftspolitik, mit dessen Hilfe die Regierungsorgane die Verhältnisse und Tendenzen sowie deren quantifizierbaren Ausdruck, die Aggregate (zwischen relativ weiten Grenzen), erfassen, beeinflussen und regeln, von denen das Wachstum und das Gleichgewicht der gesamten Wirtschaft abhängig sind. Sie gewährleistet ständig eine relativ hohe und permanente Wachstumsrate der Wirtschaft, bei rationaler Verteilung der Ressourcen nach einer gesellschaftlichen Präferenzenskala, annähernd Vollbeschäftigung und das volkswirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Gesamtproduktion und Gesamtverbrauch."²⁾ Bezüglich der Zeit, die die Bewältigung der verschiedenartigen Planungsaufgaben bedarf, werden in Zukunft lang-, mittel- und kurzfristige Pläne gearbeitet und durchgeführt.

a) Der langfristige Plan

Die langfristige Planung ist noch ein sehr junger Zweig der

1) Reimann, a.a.O., S. 68

2) Csapó, László: A népgazdasági tervezés és központi irányítás szabályozott piaci modellben (Volkswirtschaftsplanung und zentrale Leitung im geregelten Marktmodell), in: K.Sz., Budapest 1967, Heft 9, S. 1025. Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten Csapós, auf die im weiteren Verlauf dieses Abschnittes noch öfters Bezug genommen wird, decken sich weitgehend mit dem Standpunkt der amtlichen Organe Ungarns. Vgl. S. 1022

Wirtschaftsforschung und das bisher Erreichte kann lediglich ein vorläufiges Instrument darstellen, das aber immer wieder modifiziert werden muß, um das Maß an Unsicherheiten, Fehlern und Irrtümern auf ein "zulässiges Minimum" zu reduzieren.¹⁾ Die langfristige Planung beruht deshalb auf der breit angelegten Analyse politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Vorgänge und Entwicklungen und versucht, die gewonnenen Erkenntnisse zu quantifizieren und auf den Wirtschaftsbereich zu übertragen. Der langfristige Plan soll die möglichen Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung in ihren Größenordnungen und in ihren Relationen beinhalten.

Aus der Definition folgt, daß die Volkswirtschaftspläne Makropläne sind, d.h. sie beziehen sich nur auf gesamtwirtschaftliche Aggregate. Welche sind aber diese Determinanten (Aggregate), von denen das Wachstum und das Gleichgewicht einer Volkswirtschaft abhängig sind? Csapó hat sie in einem vereinfachten Modell dargestellt.²⁾ Es ist ein allgemeingültiges von der Zeit unabhängiges Modell.³⁾ In seinem äußeren Viereck sind die Variablen aufgeführt, welche die im inneren Viereck befindlichen Aggregate in ihrer Größenordnung und in ihrer möglichen Kombination - also den Inhalt des Planes - bestimmen.

In dem Modell kommen folgende Variablen vor:⁴⁾

(1) E x o g e n e V a r i a b l e

Diese sind vom Wirtschaftsablauf unabhängig und determinieren die Aggregate im gegebenen Augenblick sozusagen von "außen" (z.B. natürliche Ressourcen, Stand der Technik usw., vgl. das

1) Zala, Júlia: A gazdasági előrejelzés szerepe és jelentősége (Die Rolle und Bedeutung der Wirtschaftsprognose), in: K. Sz., Budapest 1967, Heft 7/8, S. 836 f.

2) Siehe die Abbildung Nr. 3 auf Seite 29

3) Allgemeingültig in dem Sinne, daß es für die sozialistischen Wirtschaftssysteme des Sowjetblocks gilt, und daß es nicht an ein bestimmtes Entwicklungsstadium der Volkswirtschaft gebunden ist.

4) Die Einteilung der Variablen, so wie sie von Csapó vorge-nommen wird, darf nicht mit der Definition verwechselt werden, wie sie die herkömmliche Modelltheorie entwickelt hat. Vgl. Papandreou, Andreas G.: Fundamentals of Model Konstruktion in Macro-Economics, Athen 1962, S. 24 ff.

Schaubild Nr. 3). Die Zuordnung der einzelnen Variablen ist willkürlich; daß die "exogen" genannten Variablen das Wirtschaftswachstum von außen bestimmen, gilt nur bei statischer Betrachtungsweise. Dynamisch gesehen wird man von einer bestimmten wirtschaftlichen Entwicklung Rückwirkungen auf die "exogenen" Variablen erwarten dürfen, unter deren Einfluß sie sich ebenfalls verändern.

(2) E n d o g e n e V a r i a b l e

Diese Variablen ergeben sich aus dem Wirtschaftsablauf, sie wirken sozusagen von "innen" auf die Aggregate (z.B. Altersaufbau und Bildungsstand der arbeitsfähigen Bevölkerung, vorhandener Kapitalbestand der Volkswirtschaft, vgl. das Schaubild Nr. 3). Andererseits beeinflussen sie auch die Entwicklung exogener Variablen. Die langfristige Planung geht im Zuge der Analyse von der Erfassung, Erforschung und Schätzung dieser exogenen und endogenen Variablen aus. Sie bilden die "äußeren" und "inneren" Voraussetzungen des wirtschaftlichen Wachstums, sie sind der Schlüssel zu den Ziel- und Mittelvariablen des Modells.

(3) Z i e l v a r i a b l e

Csápó unterscheidet zwischen (a) d i r e k t e n Z i e l v a r i a b l e n und (b) i n d i r e k t e n Z i e l v a r i a b l e n. Das Modell hat nur eine einzige direkte Zielvariable: den Gesamtverbrauch, dessen Optimierung¹⁾ als

1) Es wäre für das Verständnis des Modells notwendig zu wissen, nach welchen Kriterien die Optimierung des Gesamtverbrauchs vorgenommen werden soll. Und zwar geht es hier um die Formulierung einer sozialen Wohlfahrtsfunktion. Seit Arrow (Arrow, Kenneth, J.: Social Choice and Individual Values, 2.ed. New York, London, Sidney 1963) weiß man, daß eine solche Funktion, wenn man an den Voraussetzungen eines demokratischen Abstimmungsprozesses und rationalen Verhaltens auf gesellschaftlicher Ebene festhält, nicht aufgestellt werden kann.

Dagegen kann eingewendet werden, daß sich das Modell Csápós mit Ungarn befaßt, einem sozialistischen Land, das dem Prinzip des demokratischen Zentralismus huldigt. Unter letzterem ist die unabdingbare Führungsrolle der Kommunistischen Partei

das direkte und letzte Ziel sozialistischen Wirtschaftens proklamiert wird. Da aber die Optimierung des Verbrauchs von einer Reihe anderer Variablen (so z.B. von der Wachstumsrate des Volkseinkommens) abhängig ist, werden diese indirekte Zielvariablen genannt.

(4) M i t t e l v a r i a b l e

In diese Kategorie gehören die Aggregate, von denen die Entwicklung der direkten und indirekten Zielvariablen abhängig ist. (Gesamtinvestitionen, Export, Import usw.).

Für die Funktionsfähigkeit des Modells gibt es ein objektives Kriterium. Es ergibt sich aus der Tatsache, daß das Modell nur eine einzige direkte Zielvariable hat. Mit anderen Worten heißt das nach Ansicht Csapós, daß ein Volkswirtschaftsplan, in dem der Zuwachs des Gesamtverbrauchs nicht gewährleistet ist, volkswirtschaftlich nutzlos sei, weil er dem direkten Ziel, den Gesamtverbrauch zu optimieren, nicht entspräche. Das ist insofern keine abstrakte Überlegung, als die Bestimmung der Relation zwischen Akkumulation und Verbrauch - bei angenommener Wachstumsrate des Volkseinkommens - die schwierigste praktische Frage der Planung ist. Dies ist der springende Punkt der Makroplanung. Gleichzeitig weist das aber auch darauf hin, daß Entscheidungen,

zu verstehen. Die Voraussetzung eines demokratischen Abstimmungsprozesses im Rahmen einer ganzen Gesellschaft ist dann gegenstandslos geworden: die Partei setzt eine Wohlfahrtsfunktion, die eben nur mit dem "Mangel" behaftet ist, daß man sie nach Arrows-Diktion "diktatorisch" nennen muß. Die Lösung erscheint dann geradezu trivial, so daß für einen sozialistischen Autor wie Csapó auch kaum ein Grund gegeben ist, hier ein Problem zu sehen.

Dem ist aber nur zuzustimmen, wenn die Kommunistische Partei nur eine Meinung hat; genauer gesagt, wenn das Zentralkomitee der Partei, in dem solche Entscheidungen getroffen werden, nur aus Mitgliedern besteht, die die gleiche Präferenzenstruktur aufweisen oder wenn eine Diktatur in reinster Form gegeben ist, d.h. nur ein Mann bestimmt, was zu geschehen hat. Treffen diese Voraussetzungen aber nicht zu, hat man es nicht mit einer absoluten Diktatur zu tun und werden im Zentralkomitee unterschiedliche Meinungen vertreten, so ist das Problem der sozialen Wohlfahrtsfunktion nur von der gesamten Gesellschaft auf das kleinere Gremium des Zentralkomitees verlagert, so daß die oben genannten Schwierigkeiten erneut auftauchen.

die mit der Volkswirtschaftsplanung zusammenhängen, ihrem Charakter nach politische Entscheidungen sind. Sie können erst nach Abwägung gesellschaftspolitischer Interessen (gesellschaftliche Präferenzenskala) getroffen werden. Daraus folgt, daß jeder beliebigen Kombination der Aggregate eine ganz bestimmte wirtschaftspolitische Konzeption zugrunde liegen muß. Erst wenn ein wirtschaftspolitisches Konzept hinter einer Kombination der Aggregate steht, kann sie als eine Planalternative gelten. Die Bildung volkswirtschaftlicher Planalternativen erfolgt aus der Kombination der Aggregate, die im inneren Viereck des Modellschemas stehen. Jede Kombination und damit jede Planalternative hat andere Voraussetzungen und Konsequenzen. Es ist Aufgabe der politischen Führung zu entscheiden, welche der möglichen Kombinationen den langfristigen Volkswirtschaftsplan bilden soll.

Die Ausarbeitung der volkswirtschaftlichen Planalternativen erfordert eine einheitliche, zentrale Planung und eine einheitliche Zuleitung aller volkswirtschaftlicher Informationen zu dieser Planungszentrale hin. Mit der Reform wurde das Informationswesen in Ungarn in den Dienst der Volkswirtschaftsplanung gestellt. Die Ministerien, das statistische Landesamt, die verschiedenen Ämter und Institutionen, Unternehmungen und Betriebe sind verpflichtet, der Planungszentrale alle geforderten Informationen zu übermitteln. Für ein und denselben Tatbestand fordert das Planungsamt - unter Berücksichtigung des Zeitfaktors - in der Regel dreierlei Informationen an: (a) "ex-post" Informationen, (b) "laufende" Informationen und (c) "ex-ante" Informationen. Bei letzteren handelt es sich um Prognosen der Organe, die auch die Informationen (a) und (b) liefern.¹⁾

Allerdings stellen auch das Planungsamt und die führenden Verwaltungsorgane in Form von Bekanntmachungen und Veröffentlichungen die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Forschung und Analyse bereit, die den Betrieben als wichtige Daten dienen können. So veröffentlichen z.B. die Nationalbank, das Preisamt,

1) Huszár, István - Meixner, László: A gazdasági mechanizmus reformja és az információs rendszer (Reform des Wirtschaftsmechanismus und das Informationssystem), in: K. Sz., Budapest 1966, Heft 7/8, S. 824 ff.

die Marktforschungsinstitute usw. regelmäßig die aus der Beobachtung des Wirtschaftsprozesses und der Märkte gewonnenen Erkenntnisse.

b) Inhalt des langfristigen Plans

Der langfristige Plan ist kein Aktionsprogramm, er ist eher ein die wirtschaftspolitische Strategie beschreibendes Dokument,¹⁾ das als Leitfaden für die Wirtschaftsführung dient. Er umfaßt einen Zeitraum von 15 - 25 Jahren.

- Der Plan versucht nach Analyse der Vergangenheit und der Gegenwart die technischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Verhältnisse (Voraussetzungen) zu beschreiben, unter denen die Gesellschaft in der nächsten Zukunft leben wird.
- Auf diesem Boden werden dann die sozialökonomischen Ziele formuliert. Zur Erreichung dieser Ziele wird versucht, unter den möglichen Wegen den kürzesten zu finden.
- Da die gesellschaftlichen Bedürfnisse immer größer sind als die zur Verfügung stehenden Ressourcen, wird die Gesellschaft eine Präferenzenskala bilden müssen, die nach Abwägung der Mittel und der Ziele darüber Auskunft gibt, in welcher Reihenfolge die Ziele verwirklicht werden sollen. Die Bildung der gesellschaftlichen Präferenzenskala ist ein Privileg der politischen Führung.²⁾

1) Földes, István: A népgazdaság tervezésének új rendje (Die neue Ordnung der Volkswirtschaftsplanung), in: Népszabadság, 14.6.1967

2) In der unantastbaren Führungsrolle der Kommunistischen Partei liegt das Dilemma jeglicher Demokratisierung im Osten. "Demokratisierung" im Wirtschaftsleben eines sozialistischen Staates heißt allenfalls Konzessionierung der "Betriebsdemokratie" (vgl. die Ausführungen zum Kollektivvertrag S. 111 ff. dieser Arbeit), während in der obersten Verwaltungsebene die Alleinherrschaft der Partei bestehen bleibt. Der demokratische Zentralismus, dem die sozialistischen Länder huldigen, wird wie folgt definiert: "Im Sozialismus ist der demokratische Zentralismus das Mittel ..., mit dem das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben gestaltet wird. Sein Ziel ist: die Demokratie, d.h. die Aktivität und Freiheit der Werktätigen bei der Wahl der Führungsorgane ..., vereint mit

Die langfristige Planung wird, im Einklang mit den Ergebnissen der vorgenommenen Analyse bestrebt sein, die Aggregate des inneren Vierecks des Modells, die das wirtschaftliche Wachstum determinieren, in ihrer Größenordnung aufeinander abzustimmen. Dabei geht es nicht um absolute Genauigkeit, sondern nur darum, die Aggregate in relativ weiten Grenzen quantitativ zu erfassen und miteinander ins Gleichgewicht zu bringen.

Um die Kontinuität der langfristigen Planung zu gewährleisten, ist es vorgesehen, in etwa fünfjährigen Abständen den Plan zu überprüfen und ihn um weitere fünf Jahre zu erweitern bzw. zu ergänzen. Nur so kann die langfristige Prognose als Leitfaden für die mittelfristige Planung dienen.¹⁾

Den langfristigen Volkswirtschaftsplan legt das Landesplanungsamt vor; über Art und Weise der Genehmigung wird von Fall zu Fall entschieden.

c) Der mittelfristige Plan

Der mittelfristige Plan baut auf den im langfristigen Plan beschriebenen Entwicklungstendenzen auf und konkretisiert die dort umrissenen Aufgaben für einen kürzeren Zeitraum (in der Regel für fünf Jahre).

Der mittelfristige Plan besteht aus zwei Teilen:²⁾

- (1) aus einem sogenannten "Natural-Gerippe", das sich aus einer Aufgliederung und mengenmäßigen Konkretisierung der im langfristigen Plan enthaltenen Aggregate zusammensetzt, wobei die Aufgliederung nach der Bilanzierungsmethode erfolgt, die durch zeitgemäße mathematische Verfahren, Programmierung und die Input-Output-Analyse für die Konsistenz der Pläne sorgt,

dem Zentralismus, d.h. der Leitung aus einer Zentrale heraus, ... und mit der disziplinierten Unterordnung der Einzelnen den Beschlüssen der selbstgewählten Führungsgremien." Szabó, József: Gazdasági demokrácia és a reform (Wirtschaftsdemokratie und die Reform), in: Figyelő, 25.10.1967

1) Földes, A népgazdaság ebenda

2) Csapó, A népgazdasági ..., a.a.O., S. 1036 f.

(2) und aus einem darauf ausgerichteten System volkswirtschaftlicher Lenkungsmittel, das die Richtlinien für die direkte und indirekte Lenkung des Wirtschaftsprozesses beinhaltet.

zu (1): Der mittelfristige Plan macht für den Planungszeitraum, unter Berücksichtigung von relativ weiten Margen, konkrete und ausführliche Angaben über

- das Wachstum des Nationaleinkommens und seiner Zusammensetzung,
- das Wachstum des Verbrauchs und der Akkumulation,
- das Wachstum der Gesamtproduktion und ihre strukturelle Zusammensetzung,
- das Investitionsvolumen (aufgegliedert nach Sektoren und Regionen bzw. nach Art der Deckung),
- die Gestaltung der Zahlungsbilanz und den Grad der internationalen Arbeitsteilung,
- das Wachstum der Realeinkommen und Reallöhne (aufgegliedert nach Bevölkerungsgruppen),
- die Bestimmungsfaktoren des Arbeitskräfteangebots und der Arbeitskräftenachfrage (nach Bildungsgrad und regionaler Streuung),
- die Bedingungen und Maßnahmen der technischen Entwicklung,
- die Größe der Vorräte von Industrie und Handel sowie die Kapazitätsreserven,
- die Entwicklung der sozialen und kulturellen Institutionen sowie des Gesundheitswesens usw.

zu (2): In Kenntnis des Naturalgerippes des Planes fordert das Planungsamt die obersten Verwaltungsorgane (Finanz-, Arbeits-, Außenhandelsministerium, Nationalbank, Preisamt usw.) auf, die Richtlinien für eine Geld-, Kredit-, Preis-, Außenhandels- usw. Politik auszuarbeiten, welche die Verwirklichung der Planziele ermöglicht. Diese Vorschläge werden vom Planungsamt überprüft, koordiniert und der Regierung vorgelegt. In Form von Regierungsverordnungen haben sie dann Gesetzescharakter und bilden die Daten für betriebliche Dispositionen.¹⁾

Die volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel werden in d i r e k t e und i n d i r e k t e untergliedert. Zur ersten Gruppe gehören

1) Földes, A népgazdasági ebenda

die verbindlichen Plananweisungen, die es auch im neuen System gibt und die hauptsächlich dort zur Anwendung kommen, wo die Wirksamkeit des Marktmechanismus als unbefriedigend erachtet wird (vorwiegend im sozialen, kulturellen und kommunalen Bereich sowie bei Infrastrukturinvestitionen), oder dann, wenn langfristige Verpflichtungen, die aus zwischenstaatlichen Abmachungen resultieren, nicht anders erfüllt werden können.

Bei den indirekten Lenkungsmitteln unterscheidet der Plan **s t a b i l e** und **v e r ä n d e r l i c h e**. Die stabilen werden in der Regel so festgesetzt, daß sie für die Dauer des mittelfristigen Plans Gültigkeit haben. Sie sollen Orientierungs- und Anhaltspunkte für die Betriebe darstellen, die als "stabilisierende Faktoren" in die betrieblichen Kalkulationen Eingang finden. Einige seien genannt: (a) die Richtlinien für die Aufteilung des Unternehmungsgewinns, (b) die Konditionen für langfristige Kredite, (c) die Abschreibungsvorschriften. Die veränderlichen Lenkungsmittel werden, wie schon der Name sagt, den Erfordernissen entsprechend im Planzeitraum geändert: so (a) der Zinsfuß für kurzfristige Kredite und Umlaufmittel, (b) die preispolitischen Vorschriften, (c) Subventionen, (d) Lohntarife usw.¹⁾

Zur Wahrung der Kontinuität der mittelfristigen Planung ist es vorgesehen, etwa im dritten Planjahr den Gang der Planerfüllung zu überprüfen und auszuwerten. Dieser Zwischenstand kann schon Planaufgaben aufzeigen, die in den nächsten Planzeitraum hinüberreichen und die bei der Ausarbeitung des Konzepts des nächsten mittelfristigen Planes Berücksichtigung finden müssen.²⁾

Der mittelfristige Volkswirtschaftsplan wird vom Parlament genehmigt.

1) Az irányítás közgazdasági eszközeinek koordinált alkalmazása (Die koordinierte Anwendung der volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel), Unveröffentlichtes Manuskript des Ausschusses für den Wirtschaftsmechanismus, Arbeitsgemeinschaft Planung, Januar 1966, S. 3

2) Földes, A népgazdaság ebenda

d) Der kurzfristige Plan (Jahresplan)

Der kurzfristigen Planung liegen die Fragen zugrunde, wie sich die Ziele des mittelfristigen Planes gestalten, welche Faktoren die Ziele begünstigen und welche deren Erfüllung hemmen. Sie untersucht, ob die Realvorgänge mit der im mittelfristigen Plan angenommenen Entwicklung synchron verlaufen und, wenn ja, inwieweit das eine Folge der Wirkungsweise der volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel ist.¹⁾

Folgende Fälle sind möglich: (1) Die Entwicklung läuft wie gewünscht; Eingriffe sind nicht nötig. (2) Die Entwicklung ist nicht plankonform; die kurzfristige Planung muß die Ursachen der Abweichung ermitteln und Vorschläge zur Änderung der Planziele und/oder der Lenkungsmittel unterbreiten. Wichtigste Grundlage der kurzfristigen Planung ist also die regelmäßige Beobachtung und Analyse der Realvorgänge, womit sie einen gewissen Kontrollcharakter erhält.

Die wirksamsten Mittel des kurzfristigen Planes zur Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses sind: die Budgetpolitik, das geld- und kreditpolitische Instrumentarium, die preispolitischen Maßnahmen und direkte Anweisungen.²⁾

Die Genehmigung des Jahresplanes erfolgt durch die Regierung.

e) Systemhaftigkeit der Volkswirtschaftspläne

Trotz der unterschiedlichen Fristigkeit der Pläne bilden sie ein System insofern, als sie sich auf den wirtschaftlichen Gesamtprozeß richten und als die Aggregate des inneren Vierecks des dritten Schaubildes der Gegenstand aller Pläne sind. Ob lang-, mittel- oder kurzfristige Planung: sie untersuchen und analysieren alle die Entwicklung und die Relationen derselben Faktoren. Zweitens werden sie dadurch zu einem System zusammengefaßt, daß ihre Durchführung auf dem geregelten Marktmechanismus mit seinen volkswirtschaftlichen Lenkungsmitteln basiert.³⁾

1) Csapó, Tervgazdálkodás ..., a.a.O., S. 25 ff.

2) Földes, A népgazdaság ebenda

3) Csapó, A népgazdasági ..., a.a.O., S. 1036 ff.

3. Das Nebeneinander von Plan und Markt im neuen ungarischen Wirtschaftsmechanismus

Das neue System der Planung ist nicht mit einer Dezentralisation der Entscheidungen schlechthin gleichzusetzen.¹⁾ Entgegen der bisherigen Praxis ist in allen grundsätzlichen, die Wirtschaft als Ganzes betreffenden Fragen eine noch stärkere Konzentration zu erkennen (die erhöhte Bedeutung der lang- und mittelfristigen Planung, das ganz in ihren Dienst gestellte Informationssystem usw.), wogegen die Dezentralisation hauptsächlich die technisch-ökonomischen Fragen betrifft.

Das wichtigste und wohl auch schwierigste Problem der neuen Planungsmethode ist, wie man zwischen der mittelfristigen Volkswirtschaftsplanung und der Planung der einzelnen Wirtschaftseinheiten eine Verbindung schafft, ohne daß die Planungszentrale verbindliche Kennziffern ausgibt und die Unternehmungspläne genehmigt.

Nach ungarischer Auffassung ist der Marktmechanismus berufen, diese Verbindung zwischen den Vorstellungen der zentralen Wirtschaftsführung und den Interessen der Unternehmungen herzustellen. Gleichzeitig wird aber in allen Fällen darauf verwiesen, daß es sich hierbei seinem Wesen nach um einen anderen Markt handele, als es die Märkte des Kapitalismus sind.²⁾ Dieser Markt, so wird betont, ist ein "geregelter Markt", geregelt in dem Sinne, daß sein Rahmen durch geplante volkswirtschaftliche Lenkungsmittel gezogen ist, die ihrerseits Inhalt und Bestandteil des mittelfristigen Volkswirtschaftsplanes sind. Das Marktgeschehen läuft unter der Regelung der volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel ab, welche die Gewähr geben sollen, daß die Marktpulse zu Entscheidungen und Handlungen im Sinne der im Plan festgelegten Ziele animieren. Daneben soll der Markt aber auch eine Kontrollfunktion über die Pläne ausüben, indem er relativ schnell auf Widersprüche und Spannungen hinweist. Marktstörungen

1) Siehe hierzu Hensel, a.a.O., S. 77

2) Unter anderem auch Havas, Péter: A piac megszervezése (Marktorganisation), in: K.Sz., Budapest 1966, Heft 7/8, S. 798 ff.

bedeuten, daß die Planziele und/oder die volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel falsch gewählt sind. Sie müssen also überprüft und geändert werden.

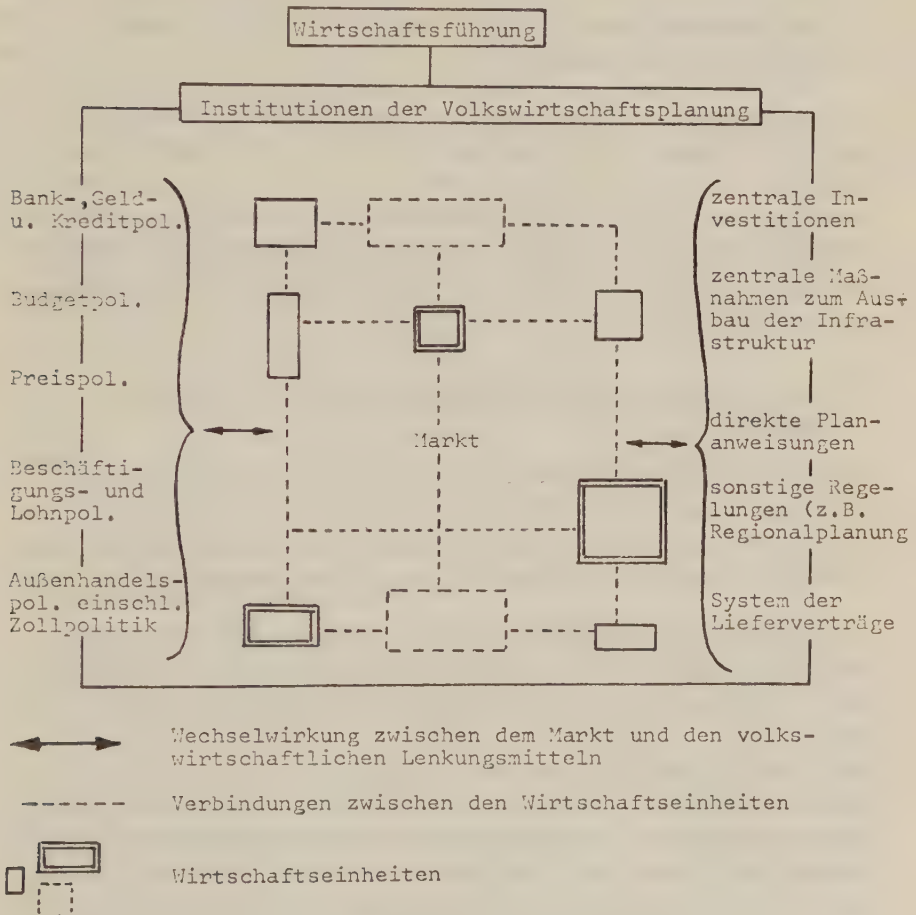


Abb. 4

Andererseits soll der Markt aber auch einen Interessenausgleich zwischen gesamtwirtschaftlichem und Unternehmensinteresse bewirken. Wenn sich die Unternehmungen an den Marktdaten orientieren und ihre Entscheidungen nach ihnen ausrichten, handeln sie gleichzeitig im gesamtwirtschaftlichen Interesse. Mit der Befriedigung der Marktbedürfnisse werden nämlich gesamtwirtschaft-

liche Zielvorstellungen verfolgt. Ein vollkommener Gleichklang wird allerdings nicht erwartet; man nimmt an, daß der Ausgleich der Interessen beim Durchschnitt der Marktschwankungen liegen wird.¹⁾

Die Wechselbeziehungen zwischen Plan und Markt hat Csapó im Schaubild Nr. 4 dargestellt.²⁾

Welche Dynamik und Eigenständigkeit der "geregelte Markt" zu entwickeln vermag und in welchem Maße er zur Koordination des gesamtwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses beitragen kann, ist von der konkreten Gestalt der Lenkungsmittel abhängig. Sie sollen deshalb im einzelnen dargestellt werden. Der Preis-, Einkommens- und Außenhandelspolitik sind eigene, selbständige Kapitel gewidmet.

4. Das System der volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel der Planung

Im Hinblick auf die volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel ist die Frage interessant, ob sie für die ganze Volkswirtschaft einheitlich angewandt oder ob sie nach Wirtschaftszweigen, Sektoren oder gar nach Betrieben differenziert werden.

Die ungarische Wirtschaftsführung ist sich darüber im klaren, daß einheitliche, für die Gesamtwirtschaft geltende "Spielregeln" erforderlich wären (z.B. einheitliche Regeln bei der Preisbildung, vgl. S. 84 ff., Abbau der Subventionen, gleiche Kreditbedingungen für alle Wirtschaftszweige usw.), um eine Rentabilitätsskala herauszubilden, die zeigt, in welchen Wirtschaftszweigen, in welchen Betrieben und Verwendungsarten die Produktionsfaktoren mit der größten Effizienz eingesetzt werden können. Eine solche Handhabung der Lenkungsmittel - so wird betont - würde aber nicht mit den gegenwärtigen Gegebenheiten und Marktungleichgewichten, kurz, mit den traditionell bedingten Disproportionen in Ungarn rechnen und würde die bestehenden

1) Klima, Gyula: A terv és a piac kapcsolata (Der Zusammenhang zwischen Plan und Markt), in: Népszabadság, 18.12.1965

2) Csapó, A népgazdasági ..., a.a.O., S. 1023; vgl. S. 39 dieser Arbeit.

Verzerrungen der Wirtschaftsstruktur zum Zeitpunkt des Beginns des neuen Mechanismus noch vertiefen.¹⁾ Man berücksichtigt also die besonderen Gegebenheiten der einzelnen Wirtschaftszweige und baut auf diese die Lenkungsmittel auf.²⁾ Fernziel ist es jedoch - soweit die Prioritäten des Volkswirtschaftsplanes (und diese wird es wohl immer geben) nichts anderes verlangen -, die Differenziertheit der Lenkungsmittel abzubauen, und sie zu nivellieren, um damit zu annähernd einheitlichen "Spielregeln" zu kommen.³⁾

1) Die Subventionierung mancher Industrieprojekte - die unter rein politischen Erwägungen erstellt wurden, z.B. Stahlwerke - muß aufrechterhalten bleiben. Allerdings wird die Rohstoffbasis stets ungünstig bleiben, und die Hoffnung auf Rentabilität bleibt trotz Modernisierungsinvestitionen illusorisch. An eine Schließung dieser Werke ist aus beschäftigungspolitischen Gründen vorläufig nicht zu denken.

2) a) So werden z.B. bei der Preisbildung die Betriebe den Gewinn nach einem Gewinnschlüssel kalkulieren, der von der Preisbehörde herausgegeben wird und der nach Industriezweigen differenziert. Dabei wird in Betracht gezogen,
- die Knappheit der Produktionsmittel (Kapazitäten),
- der Grad der technischen Ausrüstung und die Dauer des Produktionszyklus, vor allem aber
- die Produktivität der Produktionszweige.

Vgl. Csikós-Nagy, Béla: Die ungarische Preisreform, in: Osteuropa-Wirtschaft, Stuttgart 1967, Heft 3, S. 216

b) Ein anderes Beispiel: In der Regel werden die Betriebe neben einem Teil des Gewinns 60% ihrer Abschreibungen behalten dürfen, um daraus Erneuerungs- und Entwicklungsvorhaben finanzieren zu können. Davon abhängig, in welchem Maße die einzelnen Betriebe mit Anlagegütern ausgestattet sind und in welchem qualitativen Zustand sich die Anlagen befinden, werden Abweichungen vorkommen. Betriebe, bei denen der Gewinn eine geringere Rolle spielen wird (z.B. Versorgungsbetriebe) oder die qualitativ und quantitativ mit Anlagemitteln schlecht ausgestattet sind, werden die volle Höhe der Amortisation behalten dürfen. (Letztere bis 1970 zu Lasten des zentralen Amortisationsfonds.) Um für die weitere Entwicklung den Betrieben beim Start zum neuen Mechanismus gleiche Chancen zu geben, werden diejenigen, die aus budgetären Mitteln in den Jahren vor der Reform größere Investitionen durchgeführt haben, weniger als 60% der Amortisation verwenden dürfen. Allerdings gehen diese Mittel für den Betrieb nicht verloren, die Differenz muß nur bis 1970 zurückgestellt werden und darf erst in den nachfolgenden Jahren verwendet werden.

Vgl. Sebestyén, Tibor: A vállalatfejlesztés új szabályai (Die neuen Regeln der Unternehmensentwicklung), in: Figyelő, 22.11.1967

3) Pulai, Miklós - Révész, Gábor: Vállalati önállóság és állami szabályozás (Die betriebliche Selbständigkeit und die staatliche Lenkung), in Figyelő, 15.6.1966

a) Budgetpolitik

Infolge des Anwachsens der betrieblichen Finanzetats - als Ausdruck größerer betrieblicher Selbstständigkeit - wird in Zukunft ein wesentlich geringerer Teil des Nationaleinkommens als bisher über den Staatshaushalt ver- bzw. unverteilt werden. (1967 sind bei ungefähr 172 Mrd. Forint Nationaleinkommen z.B. noch 104,7 Mrd. Forint über den Staatshaushalt gelaufen, das sind etwa 61%.¹⁾) Trotzdem wird die Bedeutung der Budgetpolitik in der Globalsteuerung der Volkswirtschaft im Verhältnis zur Vergangenheit eher zunehmen, da eine Reihe der volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel mit dem Staatshaushalt eng verbunden ist. Das sind auf der Einnahmenseite in erster Linie die verschiedenen Abgaben in den Staatsetat: die Nutzungsgebühr für das bei den Betrieben gebundene Kapital, die Lohn-, Gewinn- und Umsatzsteuer sowie die Beiträge zur Sozialversicherung.

Mit Veränderungen dieser Einzahlungssätze dürfte eine wirksame Beeinflussung der Gesamtnachfrage, der Einkommenspolitik der Betriebe und all der Operationen, die von der Höhe der einzelnen betrieblichen Fonds abhängig sind (die Fähigkeit, Kredite aufzunehmen, Investitionen in eigener Regie durchzuführen etc.) gegeben sein.²⁾ Sie sind jedoch für mehrere Jahre im voraus geregelt, damit die Betriebe bei ihren Zukunftsplänen mit stabilen Verpflichtungen gegenüber dem Staat rechnen können.

Auf der Ausgabenseite bieten die staatlichen Investitionen³⁾ einen breiten Raum zur Beeinflussung des Wirtschaftsablaufs. Der Staat tritt als der größte Nachfrager auf dem Investitionsgütermarkt auf. Da seine Nachfrage auf ganz spezielle Güter gerichtet ist, werden die Betriebe mit ihren Kapazitäten und mit ihrem Angebot - zumindest teilweise - danach streben, diese Nachfrage zu befriedigen. Somit haben aber die zentralen Investitionen eine Sekundär- und Tertiärwirkung, nicht nur auf die Gestaltung der Gesamtnachfrage und des Gesamtangebots, sondern auch auf die Veränderungen der Beschäftigung und der Ein-

1) Quelle: Magyar Statisztikai Zsebkönyv (Ungarisches statistisches Taschenbuch), Budapest 1967, S. 36

2) Faluvégi, Lajos: Reform és pénzügyi politika (Geldpolitik und die Reform), in: Figyelő, 20.7.1966

3) Siehe S. 49 ff. dieser Arbeit.

kommen.¹⁾

Die Ausgaben für soziale, kulturelle und gesundheitspolitische Zwecke (indirekter Verbrauch) sowie die Gehälter der Staatsangestellten, die Renten und Stipendien (direkter Verbrauch) machen einen wesentlichen Teil des Gesamtverbrauchs aus, so daß dem Staat von dieser Seite her die Möglichkeit gegeben ist, auf das Gesamteinkommen und damit auf den Verbrauch über den Staatshaushalt Einfluß zu nehmen.

Bedeutsam sind weiter die Interventionen, die der Staat in Form von Subventionen und anderen Stützungsmaßnahmen auf die Wirtschaft vornimmt. Ein Einblick in diesen Haushaltsposten fällt dem im Ausland lebenden Beobachter schwer. Die Gesamtsumme für diese Zwecke ist im Haushaltsplan für 1968 mit 37,518 Mrd. Forint ausgewiesen, das sind 27% der Gesamtausgaben.²⁾ Dieser Betrag wird nicht genau aufgegliedert; einige Angaben finden sich auf Seite 88 dieser Arbeit.

Wie die Steuerpolitik in concreto aussieht, wird sinnvollerweise in Verbindung mit der Preispolitik (Umsatzsteuer) und der Einkommenspolitik (Gewinn- und Lohnsteuer) gezeigt.

b) Geld-, Bank- und Kreditpolitik

In dem System der volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel zur Beeinflussung des Marktes nehmen die Banken eine Schlüsselposition ein. Csapó nennt sie die Nervenzentren der modernen Wirtschaft³⁾: erstens, weil bei ihnen tagtäglich die reichhaltigsten Informationen über die Marktbewegungen eingehen, und zweitens, weil sich die Abwicklung der Finanz-, Geld- und Kreditpolitik - so wie sie der mittelfristige Volkswirtschaftsplan vorsieht - über die Banken vollzieht. Das Banksystem ist die erste und wichtigste Informationsquelle der kurz- und mittelfristigen Planung, gleichzeitig aber auch das bedeutsamste Instrument staatlicher Willenstransformation zu den Wirtschaftseinheiten hin. Um dieser doppelten Aufgabe wirksam entsprechen zu können, ist das Banksystem

1) Csapó, Tervgazdálkodás ..., a.a.O., S. 33 f.

2) Aus O.R., München 1968, Heft 2, S. 30

3) Csapó, A népgazdasági ..., a.a.O., S. 1039

einheitlich und zentralistisch organisiert.¹⁾ Wenn im Folgenden von den Banken gesprochen wird, ist immer die Nationalbank mit ihren Niederlassungen gemeint.

Im Zuge der Reform wurde die Versorgung der Betriebe mit Umlaufmitteln neu geregelt. Sie sollen in Zukunft ihren Bedarf an Umlaufmitteln²⁾ zu 70-90% aus eigenen Einnahmen decken, und nur der Rest soll über Bankkredite finanziert werden. Dieser Rest ist aber notwendig, um über das Kreditsystem auf die betrieblichen Dispositionen einwirken zu können.³⁾ Das neue Kredit- und Geldumlaufsystem ruht auf zwei Pfeilern: auf den kreditpolitischen Richtlinien und der betrieblichen Kreditwürdigkeit.

Den Entwurf der kreditpolitischen Richtlinien fertigt die Ungarische Nationalbank (Zentralbank) unter der Konsultierung des Finanzministeriums, der übrigen Geldinstitute (Investitionsbank, Sparkassenzentrale, Versicherungsträger etc.), des Planungsamtes, des Preisamtes und weiterer Verwaltungsorgane (Fachministerien). Als Grundlage dient die Analyse des Konzepts der staatlichen Wirtschaftspolitik, des mittelfristigen Plans, der in- und ausländischen Märkte, der zur Verfügung stehenden Geld- und Kapitalmittel und der Finanzlage der Unternehmungen. Der Entwurf wird gemeinsam vom Finanzminister und vom Präsidenten des Planungsamtes der Regierung vorgelegt, die ihn dann mit dem Planentwurf zusammen genehmigt. Die kreditpolitischen Richtlinien beinhalten Angaben über das Volumen der Investitions-, Produktions-, Umlaufmittel- und Verbraucherkredite sowie über deren Quellen. Gleichzeitig wird zum Ausdruck gebracht, welche die Prioritätszweige der Volkswirtschaft sind, die bei der Kreditvergabe Präferenzen genießen bzw. in denen die Kreditbedingungen - bei nicht ausreichendem Kreditvolumen - verschärft werden können.⁴⁾

1) Filipzsky, Zoltan: Reform és a bank (Die Reform und die Bank), in: Figyelő, 31.8.1966

2) Im alten System wurde der Bedarf sowohl an Anlage- als auch an Umlaufmitteln größten Teils (2/3 - 3/4) - nach Maßgabe des Planes - durch die Banken gedeckt.

3) Faluvégi, ebenda

4) ders., ebenda

Im neuen System muß es das konkrete Ziel eines jeden Unternehmens sein, eine realisierbare (absetzbare) Produktion aufzubauen. Autonome Betriebsentscheidungen bedürfen eines finanziellen Rückhaltes. Diesen sollen die eigenen Einnahmen erbringen. Die Betriebe sollen so wirtschaften, daß bei einer möglichst schnellen Tilgung der Fremdmittel, für die Eigenmittel eine möglichst hohe Rendite erzielt wird. Die Rentabilität der betrieblichen Tätigkeit wird dann auch zum objektiven Maßstab der Kreditvergabe. Vor der Kreditzusage prüft die Bank,

- ob der Betrieb absetzbare, den Bedürfnissen der Nachfrage entsprechende Produkte erzeugt,
- wie die Gewinnsituation des Betriebes ist,
- ob der Betrieb seine bisherigen finanziellen Verpflichtungen pünktlich erfüllt hat.¹⁾

Grundlage der Beziehungen zwischen der Bank und dem Betrieb ist ein Kredit- und Anleihevertrag, der das Ergebnis gegenseitiger Verhandlungen ist. Er regelt die Bedingungen des kurzfristigen Kredits. Die Bestimmungen des Vertrages sind für beide Vertragspartner verbindlich. Im Rahmen des Kreditvertrages räumt die Bank dem Betrieb ein Kreditvolumen ein, das der Betrieb - entsprechend den Vertragsbestimmungen - regelmäßig in Anspruch nehmen kann. Zu gleichen Bedingungen kann die Bank für höchstens 30 Tage einen Liquiditätskredit zur Überbrückung eventueller Liquiditätsschwierigkeiten zur Verfügung stellen.

Bei der Vergabe weiterer kurzfristiger Kredite, die außerhalb des Vertragsvolumens stehen, bzw. bei mittel- und langfristigen Krediten wird die Bank - neben den üblichen kreditpolitischen Vorschriften - in erster Linie von der Gewinnerwartung des Betriebes ausgehen. Die Rückzahlung kurzfristiger Kredite muß nämlich aus den laufenden Erträgen erfolgen, wogegen die Tilgung mittel- und langfristiger Anleihen aus dem Entwicklungsfonds des Betriebes vorgenommen wird. Dieser

1) Filipzsky, ebenda

aber wird im beträchtlichen Umfang aus dem Gewinn gespeist.¹⁾

Wenn mehrere Betriebe in Beschaffungs-, Produktions- oder Absatzkooperation stehen, kann die Bank einem Betrieb einen Kredit einräumen, wenn die anderen Betriebe die Garantie dafür übernehmen.

Die Bank kann nach Art und Zahl so viele Informationen von den Betrieben verlangen, wie sie zu der Beurteilung der Kreditwürdigkeit als notwendig erachtet. Als wichtigste Informationsquelle werden wohl die Unternehmungsbilanzen dienen. Außer zur Kreditbewilligung brauchen die Betriebe der Bank keine Informationen zu geben. Die bei der Überprüfung der Kreditgesuche gewonnenen und der zentralen Planungsbehörde zur Verfügung gestellten Informationen werden sorgfältig ausgewertet, damit Klarheit über den Geldumlauf und die Kreditbewegungen entsteht.

Das System der Verrechnung zwischen den Unternehmungen ist insofern geändert, als diese die Zahlungsmodalitäten in den Verträgen frei aushandeln können. Falls sie diesbezüglich keine Vereinbarung treffen, erfolgt die Zahlung durch Überweisung vom bei der Nationalbank angelegten Konto. Damit die Unternehmungen jedoch das Kreditmonopol der Bank nicht durchbrechen, z.B. durch Gewährung von Waren- oder Lieferantenkrediten, müssen die Zahlungen innerhalb von 30 Tagen erfolgen.²⁾

Die Zinspolitik der Nationalbank ist auf die Regelung der Wirtschaftstätigkeit der Betriebe bzw. auf die Beeinflussung der Konjunktur gerichtet. Die Zinspolitik ist mit den kreditpolitischen Richtlinien abgestimmt. Demnach wird für kurzfristige Kredite ein G r u n d z i n s gebildet, der in etwa die Funktion des Diskontsatzes im marktwirtschaftlichen Banksystem hat. Alle anderen Zinssätze für mittel- und langfristige Kredite, für Präferenz- und Restriktionskredite sowie für Export- und Importkredite sind an ihm ausgerichtet. Der Grundzins soll die

1) Ács, Lajos: Bankhitel az új mechanizmusban (Bankkredit im neuen Mechanismus), in: Figyelő, 17.5.1967

2) Filipszky, ebenda

wirtschaftliche Tätigkeit der Betriebe anregen oder bremsen und daneben auch eine allgemeine Signalfunktion ausüben. Seine Anhebung bringt den Wunsch der Wirtschaftsführung (der Bank) zum Ausdruck, daß die Konjunktur gedrosselt werden muß. Seine Herabsetzung gibt das Zeichen für die Betriebe, ihre wirtschaftlichen Vorhaben zu forcieren.¹⁾ Er liegt über der jeweiligen Höhe der Nutzungsgebühr²⁾ (1968 = 8%).

Im Gegensatz zu früher werden jetzt die Bankeinlagen der Betriebe verzinst. Dieser Habenzinssatz wird so bemessen, daß er die Betriebe dazu anregt, einen Teil ihrer liquiden Mittel bei der Bank anzulegen.³⁾ Durch die Verringerung der über den Staatshaushalt laufenden Gelder hat sich auch das vom Staat kontrollierte Kreditangebot vermindert. Die Verzinsung der Bankeinlagen der Betriebe dürfte den Zweck haben, mit den angelegten Mitteln den Kreditspielraum der Bank zu vergrößern. Man erhofft von diesem Zinssatz auch, daß er bei der betrieblichen Einkommenspolitik eine Rolle spielt. Ein niedriger Zins könnte die Betriebe zur Ausschüttung zusätzlicher Gewinnanteile verleiten, bei hohem Zins werden diese Mittel bei der Bank angelegt. Obwohl die privaten Spareinlagen auch schon in der Vergangenheit verzinst wurden,⁴⁾ scheint man sich von der Erhöhung der privaten Einkommen in Ungarn keine wesentliche Erhöhung der Sparneigung (und damit des Kreditangebots) zu versprechen, sondern vertraut offensichtlich - nach den getroffenen Maßnahmen zu urteilen - eher auf die Sparbereitschaft der Betriebe.

Schließlich hat die Nationalbank über die Geldwertstabilität zu wachen. "Die Stabilität des Geldes in der sozialistischen

1) Ács, ebenda

2) Zu den Ausführungen über die Nutzungsgebühr (Nutzungszins) vgl. S. 20 und 78 ff. dieser Arbeit.

3) Für das Jahr 1968 wurde folgende Regelung getroffen: Für wenigstens ein halbes Jahr angelegte Mittel erhalten 2%, über ein Jahr 3%, über anderthalb Jahre 3,5% und für über zwei Jahre angelegte 4% Zinsen. Quelle: Népszabadság, 6.12.1967

4) Bis Anfang der 60-er Jahre war der Zins einheitlich 3%; gegenwärtig differenziert: für über drei Monate angelegte Mittel erhalten 3%, für ein Jahr und darüber 5% Zinsen.

Gesellschaft wird vor allem durch die ständig wachsende Warenmenge gesichert über die der Staat verfügt und die er zu Planpreisen in den Umlauf bringt."¹⁾ ... "Das Geld kann seiner Rolle als allgemeines Äquivalent nur dann genügen, wenn die Geldmenge dem tatsächlichen Bedarf der Volkswirtschaft am Zirkulations- und Zahlungsmitteln entspricht."²⁾ Somit hatte in der zentralen Planwirtschaft die Bank hinsichtlich der Geldwertstabilität die Aufgabe, unter Berücksichtigung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, die zirkulierende Geldmenge den Veränderungen des Warenfonds (repräsentiert durch die planmäßig festgesetzte Summe aller Preise) anzupassen. Durch das planmäßig festgelegte Angebot (Warenfonds) und durch die geplanten Preise war auch der Umfang und die Verteilung der als notwendig und wünschenswert angesehenen Geldmenge weitgehend determiniert. Die Stabilitätspolitik der Bank war somit nicht autonom, sondern ein wichtiges Instrument der Planung und der Planverwirklichung. Geldwertschwankungen traten dann auf, wenn dem gezahlten Einkommen und damit der Nachfrage kein entsprechendes Güterangebot gegenüberstand.³⁾ (z.B. bei Nichterfüllung der Pläne oder wenn das Warenangebot nicht den Wünschen der Konsumenten entsprach). Bei planmäßig festgesetzten Preisen konnten sich jedoch Geldwertschwankungen nicht in Preisveränderungen manifestieren, sondern lediglich in einer Variation der Lieferfristen oder in Schwankungen der "Schwarzmarktpreise" zum Ausdruck kommen. Da solche Störungen erst bei der nächsten Planaufstellung berücksichtigt werden konnten, entstand das Problem der Abschöpfung des bei den Privaten angesammelten Geldüberhangs. Hierbei wurden rigorose Methoden angewandt (z.B. zwangszweise Zeichnung von Staatsanleihen).

Auch unter den neuen Verhältnissen wird die Stabilitätspolitik der Bank von den maßgebenden Größen des Volkswirtschaftsplanes

1) Politische Ökonomie, Lehrbuch, 5. Aufl., Berlin (Ost) 1964, S. 670

2) ebenda, S. 671

3) Hier wird nur auf den Konsumentenbereich Bezug genommen; im Produktionsbereich waren die Lieferungen im Rahmen des Vertragssystems geregelt, die Zahlungen erfolgten bargeldlos.

(Gesamtprodukt, Kredit- und Investitionsvolumen, Einkommen usw.) ausgehen müssen; das Problem der planmäßigen Geldschöpfung stellt sich jedoch vielfältiger dar. In diesem Zusammenhang dürften folgende Veränderungen von Bedeutung sein:

(1) In einkommenspolitischen Fragen und auch in Fragen der Investitionen erhalten die Betriebe eine größere Selbständigkeit.¹⁾ Die zentralen Instanzen können nur indirekt Einfluß auf die Höhe des Gesamteinkommens nehmen, womit die Gesamtnachfrage (Staat, Unternehmen, Haushalte) weniger genau zu ermitteln ist als früher.

(2) Durch das Nebeneinander freier, Margen- und Fixpreise²⁾ werden sich Geldwertschwankungen nicht mehr ausschließlich in der Veränderung der Lieferfristen ausdrücken. Zumindest in Teilbereichen, dort wo freie Preise toleriert werden, werden Preisschwankungen das Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage anzeigen. In diesen Bereichen müßte dann der Preismechanismus die Störungen automatisch beseitigen.

(3) Wenn auch nur in dem vom Plan gezogenen Rahmen, hat die Nationalbank in der Gestalt der Zins- und Kreditpolitik doch wirksame Instrumente in die Hand bekommen, die sie im Interesse der Geldwertstabilität einsetzen kann.

c) Investitionspolitik

Eine der wichtigsten Forderungen an den neuen Wirtschaftsmechanismus ist die Reformierung und Modernisierung des Investitionssystems, das eine sinnvollere und wirksamere Verteilung des Investitionskapitals bewirken soll.

Der mittelfristige Volkswirtschaftsplan wird in Zukunft Angaben über das Gesamtvolumen der Investitionsmittel, über die Verteilung dieses Volumens auf die einzelnen Wirtschaftszweige und über die Richtlinien der Vergabe der Investitionskredite bein-

1) Vgl. Kapitel III:/B dieser Arbeit, S. 112 ff. und S.49 ff.

2) Vgl. S. 83 f. dieser Arbeit.

halten. Außerdem werden einige große Investitionsprojekte konkretisiert.¹⁾

Die Investitionen werden nach der Entscheidungsbefugnis und nach der Quelle der Finanzierung in zwei große Gruppen eingeteilt: in öffentliche und in betriebliche Investitionen. Nach den Berechnungen amtlicher Stellen wird die Relation zwischen den beiden Bereichen wie folgt aussehen:²⁾

(1) Nach zentraler Entscheidung aus dem Staatshaushalt: 35 - 40%

(2) Nach Entscheidungen der Betriebe und Räte:

(a) aus Eigenmitteln: 35 - 40%

(b) aus Krediten: 20 - 30%

Für die Bereitschaft der Reformer, Investitionsentscheidungen auf die Betriebsebene zu verlagern, spricht die starke Abnahme der Ausgaben für Investitionszwecke im Staatshaushalt. Während der Haushalt 1967 für Investitionen und Rücklagen noch 49,1% (51,4 Mrd. Forint) aller Ausgaben vorsah,³⁾ erreichen die Ausgaben für staatliche Investitionen 1968 nur noch 20,8% (28,799 Mrd. Forint).⁴⁾

Die öffentlichen Investitionen gliedern sich in:

(a) einmalige Großprojekte,

(b) zu einem Zielkomplex gehörende Investitionen,

(c) sonstige Investitionen.

Zu (a): Hierzu sind industrielle Neugründungen, die die Kapazität des betreffenden Industriezweiges um wenigstens 25% erhöhen (Kombinate), und Infrastrukturinvestitionen oder solche zu zählen, die ausschließlich oder zum überwiegenden Teil aus Importgütern durchgeführt werden. Die untere Wertgrenze für diese Projekte liegt in den meisten Wirtschaftszweigen bei 100 Mill. Forint (im Maschinenbau und der Bauindustrie bei 200 Mill., in

1) Földes, István: Az új beruházási rendszer (Das neue Investitionssystem), in: Népszabadság, 12.4.1967

2) Sebestyén, Tibor: Beruházás vállalati erőből (Investitionen aus Eigenmitteln der Betriebe), in: Figyelő, 4.1.1967

3) O.R., München 1967, Heft 3, S. 32

4) O.R., München 1968, Heft 2, S. 30

der Chemie sowie in der Energieerzeugung bei 300 Mill.).¹⁾ Im Volkswirtschaftsplan erscheinen sie als verbindliche Plananweisungen, ihre Durchführung hat Vorrang vor allen anderen Investitionsvorhaben.

Zu (b): Das sind Investitionen, die z.B. zur Verbesserung des Eisenbahn- oder des Straßennetzes führen, Investitionen, die im Wohnungsbau und im Gesundheitswesen getätigt werden, aber auch Investitionen, die zur Strukturverbesserung eines Wirtschaftszweiges oder einer Region beitragen.

Zu (c): Hierher gehören alle sonstigen Investitionen ohne Kapazitätseffekt, die im öffentlichen Bereich durchgeführt werden.

Die von den Betrieben in eigener Regie durchgeführten Investitionen umfassen solche, die der Ersetzung abgenutzter Anlagemittel, der laufenden Modernisierung, der elastischen Anpassung an die Marktbefürfnisse, der Qualitätsverbesserung der Produkte und der Kapazitätserweiterung dienen. Auch können unproduktive Investitionen vom Betrieb ins Auge gefaßt werden (Kantinen, Wohnungsbau usw.).

Bezüglich der betrieblichen Investitionen beinhaltet der Volkswirtschaftsplan keinerlei Kennziffern. Die Betriebe können frei über ihre Investitionsvorhaben entscheiden, soweit sie den Rahmen beachten, der durch die volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel gezogen ist. Die wichtigsten Mittel zur Beeinflussung der Betriebe sind:

- das Maß der Gewinnerzielung, welches das bestehende Preissystem ermöglicht,
- die Gewinnsteuer bzw. ihre Progressivität,
- die Vorschriften, die die Aufteilung des Betriebsgewinns regeln,
- die Amortisationsbedingungen und
- die Kosten der Investitionskredite.²⁾

Weiterhin müssen sie selbstverständlich die allgemeinen baupolizeilichen, Feuer- und Arbeitsschutz- usw. Vorschriften beachten.

1) Molnár, László - Tiszai, István: Beruházási változások (Veränderungen bei den Investitionen), in: Figyelő, 9.4.1967

2) Molnár - Tiszai, ebenda

Die Finanzierung der öffentlichen Investitionen erfolgt aus dem Staatshaushalt, aus öffentlichen Krediten (Staatsanleihe), aus Bankkrediten und aus den Entwicklungsfonds der Räte und Betriebe. Aus Haushaltsmitteln werden in erster Linie unproduktive Investitionen (ohne Kapazitätseffekt) gedeckt. Die produktiven Investitionen werden nur zum Teil aus der Staatskasse finanziert (der Anteil wird von Fall zu Fall geregelt). Der verbleibende Teil muß von den Betrieben oder Räten aufgebracht werden, denen später die Einnahmen aus der Produktion zufließen. Damit soll mit der früheren Praxis, Investitionen für die Betriebe kostenlos durchzuführen, aufgeräumt werden. Zwar wird die Regierung den fehlenden Betrag in Form einer öffentlichen Anleihe zur Verfügung stellen, aber die Betriebsleitungen bzw. der Rat muß diese Verpflichtung gegenüber der Staatskasse abtragen.¹⁾

Die Betriebe führen ihre Investitionen vornehmlich aus dem Entwicklungsfonds, zum anderen aus Bankkrediten durch. Der Entwicklungsfonds bildet sich aus dem Teil der Abschreibung, der bei den Betrieben verbleibt und aus einem Teil des Gewinns. Die Abschreibungsnormen sind im Laufe der Zeit veraltet. So daß Ende 1967 eine Neubewertung der Anlage- und der Umlaufmittel erforderlich wurde, die eine schnellere Abschreibung ermöglicht und damit für den Entwicklungsfonds eine reichhaltigere Quelle bedeutet.²⁾

Reichen aber diese Eigenmittel nicht aus, so kann der Betrieb bei der Investitionsbank - sofern er die Kreditbedingungen erfüllt (vgl. unten und S. 44 f.) - einen Investitionskredit aufnehmen. Die Investitionsbank arbeitet sehr eng mit der Nationalbank zusammen, und die von ihr verfolgte Kreditpolitik ist auf die Geld-, Kredit- und Budgetpolitik abgestimmt. Sie verfügt über die Geld- und Kapitalmittel, die der Volkswirtschaftsplan als Investitionsvolumen bestimmt hat. Außerdem übt sie eine Selektionsfunktion im Sinne der im Plan festgelegten Präferenzen (bezüglich der Wirtschaftszweige) aus. Mittelfristige Kreditwünsche

1) Márton, Miklós: Beruházás - gazdasági kötelezettségekkel (Investition - mit wirtschaftlichen Verpflichtungen), in: Népszabadság, 20.8.1966

2) Vgl. die Ausführungen von Daniel, Tamás: Az állóeszközgazdálkodás időszerű kérdései (Aktuelle Fragen der Anlagepolitik), in: Népszabadság, 13.12.1967

(auf 3 - 4 Jahre) sollen von der Bank nach der Kreditwürdigkeit¹⁾ der Betriebe erfüllt werden. Bei langfristigen Investitionskrediten (auf über 5 Jahre) werden auch die Rentabilitätsaussichten der Investition näher geprüft.²⁾ Die Tilgung der Kredite erfolgt aus dem Entwicklungsfonds.

Das Problem, wie die wirtschaftliche Überprüfung und die Auswahl der Investitionen zum Zwecke der Kreditbewilligung vorgenommen werden soll, kann unter den gegebenen Umständen nicht eindeutig gelöst werden. Wenn die Bank die Rentabilität der einzelnen Investitionsobjekte überprüfen soll, müßte sie die Maßstäbe anwenden, die für eine echte Kapitalmarktpolitik gelten. Das hieße, daß sich "die marktmäßige Bewertung der Werte und Preise auch auf die Kapitalwerte erstreckt und auf der Grundlage eines marktmäßig feststellbaren Zinssatzes oder Kapitalrendite die Kapitalisierung der finanziellen Überschüsse (Reingewinne) erfolgt".³⁾ So lange aber kein echter Geld- und Kapitalmarkt und kein Marktzins existieren, wird es nicht möglich sein, den Fluß von Geldkapital in die verschiedenen Kapitalanlagegebiete marktgerecht zu gestalten.

Um dennoch die Anlagewerte marktwirtschaftlich testen zu können, wendet man Notbehelfe an. Flexiblere Preise und ein realistischerer, den Knappheitsgrad des Geldkapitals in etwa anzeigender Zinssatz sind die Basis auf der die Bank ihre Rentabilitätsberechnungen durchführt.

Nach vorherigen Berechnungen bei der Bank wurde beschlossen, daß Anträge auf langfristige Investitionskredite nur berücksichtigt werden, wenn eine Mindestrentabilität von 7% nachgewiesen werden kann (100 Ft. investiertes Kapital muß nach Fertigstellung der Anlage wenigstens 7 Ft. Gewinn pro Jahr erbringen).⁴⁾ Ausnahme bilden die Dienstleistungsbetriebe, von denen eine 4%-ige Mindestrentabilität verlangt wird. Die Rentabilitätsberechnung erfolgt unter Berücksichtigung des jeweils geltenden Grundzinses.

1) Zu den Kriterien der Kreditwürdigkeit vgl. S. 45

2) Földes, Az új beruházási ..., ebenda

3) Reimann, a.a.O., S. 213

4) Sebestyén, A vállalatfejlesztés ..., ebenda

Zwar wird in ungarischen Quellen betont,¹⁾ die Vergabe des den einzelnen Zweigen zugewiesenen Kreditvolumens würde wettbewerbsmäßig erfolgen, aber es gibt keine Gewähr dafür, daß innerhalb der Unternehmen, deren Investitionsprojekte die Mindestrentabilität erreichen, auch tatsächlich die rentableren die Kredite erhalten. Es gibt kein Kontrollinstrument, das die Durchsetzung staatlicher Präferenzen verhindern könnte. Es ist z.B. nicht geklärt, wie sich die Bank verhalten soll, wenn ein Produktionsbetrieb und ein Dienstleistungsbetrieb, die beide "ihre" Mindestrentabilität erfüllen, einen Kreditantrag stellen. Weiterhin ist zu fragen, wie entscheidet die Bank, wenn ein zentral beschlossenes Investitionsprojekt mit dem eines Unternehmens um Kredit konkurriert. Dieses Beispiel gewinnt noch an Brisanz, wenn man annimmt, die Mindestrentabilität ist in beiden Fällen erfüllt, das Unternehmensprojekt aber eine Gewinnerwartung hat, die das der öffentlichen Investition weit übersteigt.

Wie man die Sache auch drehen mag, ohne politische Entscheidungen wird die Investitionsfinanzierung durch die Banken auch nach der Reform nicht auskommen können.

Wird das Kreditvolumen, das der Plan für einen Wirtschaftszweig vorgesehen hat, von dessen Betrieben nicht ausgeschöpft, so kann die Bank - nach Genehmigung durch das Planungsamt - die Mittel den Sektoren zuführen, deren Betriebe aufgrund der Marktverhältnisse bereit sind, über "ihr" Volumen hinaus Kredite aufzunehmen. Somit können die Marktpulse den Plan kontrollieren bzw. ihn ändern. Die Bank analysiert laufend die Relation zwischen Kreditangebot und Kreditnachfrage und paßt sich mit ihrer Kreditpolitik dem Markt an, indem sie die Korrektur der Planziele vorschlägt.²⁾

Zum Zeitpunkt der Einführung des neuen Wirtschaftsmechanismus mußte das Problem der noch unter den alten Bedingungen begonnenen Investitionen gelöst werden. Um die Betriebe, bei denen solche Investitionen im Gange waren, nicht zu bevorteilen, be-

1) U.a. Sebestyén, A vállalatfejlesztés ..., ebenda

2) Csapó, Tervgazdálkodás ..., a.a.O., S. 31 f.

handelte man diese so wie die produktiven öffentlichen Investitionen, die sowohl vom Staat als auch vom Betrieb gemeinsam finanziert werden. Die Schuldenlast und die Tilgungsbedingungen werden von Fall zu Fall geregelt.

Man knüpft in Ungarn große Erwartungen an das neue Investitionssystem. An die Stelle der bisherigen Gleichgültigkeit gegenüber der Wirksamkeit der Investitionen wird, so hofft man, ein sorgfältiges Abwägen vor der Investitionsentscheidung treten. Man kann auch damit rechnen - dafür spricht die Beachtung einer Mindestrentabilität -, daß bei der Verteilung der Investitionsmittel das Prinzip der Wirtschaftlichkeit besser zum Zuge kommt. Und schließlich wird es im Interesse der Betriebe liegen, den hohen Bauanteil an den Investitionen zu drosseln bzw. bei ihren Ausführungen einfachere und sparsamere Lösungen zu suchen, weil sonst der Betriebsertrag geschmälert würde.¹⁾

d) Das Vertragssystem

Die Beziehungen der einzelnen Unternehmungen zueinander sind auch nach der Reform durch Verträge bestimmt. Allerdings sind die Verträge im neuen System keine diktierten Verträge mehr, die von einem Dritten (der Planungsbehörde) vorgestaltet sind, sondern die Unternehmungen vereinbaren sie kraft ihrer Vertragsautonomie.²⁾ Die Annäherung an die Verträge, wie sie auch in der Marktwirtschaft vorkommen, ist unverkennbar.

Die neuen Regelungen lassen die kaufmännischen Gesichtspunkte in den Vordergrund treten und zielen darauf, daß der effektive Bedarf des Bestellers Grundlage des Vertrages wird. Der Aufstellung eines Gesamtplanes und seiner Aufgliederung auf die einzelnen Betriebe im zentralistischen Modell lag die Prämisse zugrunde, daß die Planer den Gesamtbedarf einer Volkswirtschaft in allen seinen Einzelheiten ziffermäßig erfassen können, und daß die auf den Plan aufbauenden Verträge diese Details widerspiegeln

1) Vgl. Márton, Beruházás ... ebenda und Sebestyén, Beruházás ... ebenda

2) Földes, István: Termékforgalmazás az új mechanizmusban (Die Warenzirkulation im neuen Mechanismus), in: Népszabadság, 26.4.1967

müssen. Das neue Vertragssystem, das den Bedarf, der sich von der Absatzseite her ergibt, ins Blickfeld rückt, enthält das Eingeständnis, daß das alte Planungssystem nicht im Stande war, dieser Forderung zu genügen. Die Situation verändert sich dahingehend, daß gegenwärtig nicht mehr die Verträge auf den Plan aufbauen, sondern daß die Verträge (die Absatz- und Beschaffungsverträge) den Betriebsplan determinieren.¹⁾

Der bisherige Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und die bisherige Zeitdauer der Verträge (Viertel-, Halb- und Jahresverträge) wurden vom Plan bestimmt. Unabhängig davon, wann der tatsächliche Bedarf auftrat, mußte der Vertrag vor dem Planquartal abgeschlossen werden. Das neue Vertragssystem überläßt es den Parteien, den Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und die Dauer des Vertrages selbst auszuhandeln.

Ein weiterer wichtiger Zug des neuen Systems ist die Stärkung der Position des Bestellers. Bisher standen die Interessen des Lieferanten im Vordergrund, und die Bestimmungen waren so konstruiert, daß sie für den produzierenden Betrieb eine günstige Atmosphäre zur Planerfüllung schufen.²⁾ (Es steht auf einem anderen Blatt, daß der gleiche Betrieb bei der Beschaffung seiner Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate die Nachteile dieses Vertragssystems selbst zu spüren bekam.) Vorteile des Lieferanten waren: die Langfristigkeit der Lieferverträge, daß die Bestellungen sehr früh aufgegeben wurden, daß er seine Lieferung auf den letzten Tag der Planperiode (Quartal) buchen konnte, daß, wenn die Verspätung der Lieferung nicht über drei Monate hinausging, der Besteller verpflichtet war, die Ware abzunehmen (bei Zahlung einer Konventionalstrafe des Lieferanten), daß der Lieferant aber das Recht der Vorlieferung genoß usw.³⁾ Gegenwärtig kann der Besteller - bei Änderung seiner Bedürfnisse - die Modifizierung des Vertra-

1) Szöllösy, Imre: Bevált a szállítási szerződés új rendszere (Das neue System der Lieferverträge hat sich bewährt), in: Népszabadság, 26.7.1967

2) Révész, a.a.O., S. 44 f.

3) Vgl. Sebestyén, Tibor: Az új szerződési rendszer fél éve (Das erste Halbjahr des neuen Vertragssystems), in: Fügyelő, 3.5.67

ges durchsetzen bzw. sie nach Zahlung der bei dem Lieferanten entstandenen Kosten und eines Gewinnausgleichs aus dem Vertragsverhältnis austreten. Zum Schutze des Bestellers sind die Sanktionen bei Vertragsbruch verschärft und ist eine Gebühr für vorzeitige Lieferungen eingeführt worden.¹⁾

Eine erhöhte Bedeutung kommt bei den Vertragsabschlüssen den Preisvereinbarungen zu. Das elastischere Preissystem des neuen Mechanismus bietet den Vertragspartnern eine Reihe von Möglichkeiten. Daneben können, im Hinblick auf die wachsende Rolle des Marktes, neue Vertragsformen abgeschlossen werden: K a p a z i - t ä t s v e r t r ä g e zur Sicherung reibungsloser Lieferungen, E n t w i c k l u n g s v e r t r ä g e zur Entwicklung neuer Produkte und K o m m i s s i o n s v e r t r ä g e, um bessere Absatzchancen für die Produktion zu schaffen.²⁾ Bei letzteren bleibt die Ware im Besitz des Lieferanten; den Gegenwert erhält er erst nach dem Absatz. Er trägt also zwar das Risiko, doch hat er die Möglichkeit, mit dem Absatz einen anderen Betrieb zu beauftragen, der einen besseren Zugang zum Markt hat. Die bisherigen Kooperationsverträge können erweitert werden und die verschiedensten Gebiete der Beschaffung, der Produktion, des Absatzes und der technischen Entwicklung erfassen.

Auf dem Gebiet der zentral bewirtschafteten Güter ist eine weitere Liberalisierung festzustellen. Vor 1953 unterlagen über 1.200 Produkte (Produktgruppen) der Bewirtschaftung. Ihre Zahl sank 1957 auf 600, erreichte 1961 350 und wird im neuen Mechanismus noch etwa 30 - 35 ausmachen.³⁾ Die Beschränkungen von 10 Gütern betreffen den Außenhandel, bei 7 wird vorgeschrieben, welcher Prozentsatz der inländischen Produktion für den Binnenhandel bereitgestellt werden muß. Aber auch bei den verbleibenden 15 - 20 Gütern erfolgt keine totale Bewirtschaftung mehr. So werden

1) Márton, Miklós: Fontos lépés a reform útján (Ein wichtiger Schritt am Weg zur Reform), in: Népszabadság, 18.12.1966

2) Szöllösy, ebenda

3) Csikós-Nagy, Béla: A termékforgalmazás 1968. évi új rendjéről (Von der neuen Ordnung der Warenzirkulation im Jahre 1968), in: Figyelő, 28.6.1967

einzelne Güter (Energieträger, Bunt- und Edelmetalle, strategisch wichtige Güter, Lebensmittel) kontingentiert: sie können einmal maximiert werden, d.h. von ihnen darf nicht mehr als eine bestimmte Höchstmenge verbraucht werden, zum anderen können sie minimiert werden, das bedeutet, daß mindestens ein vorgeschriebenes Kontingent in den Verkehr gebracht werden muß (Zucker, Reis usw.).¹⁾ Ziel ist der weitere Abbau der Beschränkungen, und zwar in dem Maße, wie es gelingt, das Angebot der Nachfrage anzupassen.

e) Das Kontrollsystem

Die veränderte Rolle, die die Ministerien in der Wirtschaftslenkung nach der Reform spielen, die Ausweitung der betrieblichen Selbständigkeit und das Gewicht, das dem betrieblichen Gewinn in der Beurteilung der Betriebstätigkeit zukommt, machten auch die Ausarbeitung eines neuen Kontrollsystems notwendig.

Die staatliche Kontrolle eines Unternehmens umfaßt

- (a) die W i r t s c h a f t s k o n t r o l l e und
- (b) die F i n a n z k o n t r o l l e.

Sie sind nicht mehr so detailliert wie früher, weil der Markt manche Entscheidungen der Betriebe automatisch bestätigt oder korrigiert (automatische Kontrolle).²⁾

Die Wirtschaftskontrolle wird von der jeweiligen Aufsichtsbehörde (Ministerium) durchgeführt und richtet sich auf die Unternehmenstätigkeit als komplexen Vorgang. Im Vordergrund stehen die Fragen, ob die Entwicklung des Unternehmens den Zielen der zentralen Wirtschaftsführung für diesen Zweig entspricht, ob und wie die volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel auf das Unternehmen gewirkt haben, ob die Betriebsmittel wirtschaftlich eingesetzt wurden, ob die weitere wirtschaftliche und technische Entwicklung gewährleistet ist etc.³⁾ Die wichtigste Forderung an die

1) Csikós-Nagy, A termékforgalmazás ... ebenda

2) Bakonyi, György: A gazdasági ellenőrzés az új mechanizmusban (Die Wirtschaftskontrolle im neuen Mechanismus), in: Népszabadság, 29.3.1967

3) Bakonyi, ebenda

Wirtschaftskontrolle ist die Analyse und die Gegenüberstellung der Gesellschafts- und Unternehmensinteressen. Erst damit wird es möglich sein, die Unternehmenstätigkeit im rechten Licht zu sehen und sie richtig zu beurteilen.¹⁾ Die Wirtschaftskontrolle wird von den Angestellten der Aufsichtsbehörde durchgeführt. Als neue Möglichkeit der Kontrolle kann die Aufsichtsbehörde zur Untersuchung spezieller Sachgebiete k o m p l e x e A u s - s c h ü s s e einsetzen bzw. bei einzelnen Unternehmen sogenannte B e t r i e b s k o n t r o l l a u s s c h ü s s e bilden. Letztere haben die Aufgabe, über die Unternehmenstätigkeit jährlich ein umfangreiches Gutachten abzugeben, ohne jedoch auf die betrieblichen Entscheidungen Einfluß nehmen zu dürfen. Die Betriebskontrollausschüsse bestehen aus 5 - 9 Personen, die für 3 - 5 Jahre ernannt werden. Aus der Unternehmensleitung darf niemand diesem Ausschuß angehören. Nur ein Drittel der Mitglieder dürfen Angehörige der Aufsichtsbehörde sein, außerdem stehen 1 - 2 Sitze der Gewerkschaft zu. Im allgemeinen werden Betriebskontrollausschüsse aber nur bei großen Unternehmungen eingesetzt.²⁾

Die Finanzkontrolle wird vom Finanzministerium bzw. von den Finanzabteilungen der Komitats- und Stadträte durchgeführt. Aufgabe der Finanzkontrolle ist es, darüber zu wachen, daß die Betriebe ihren Steuerverpflichtungen pünktlich nachkommen bzw. daß die geldpolitischen Rechtsnormen von den Betrieben eingehalten werden. Im Rahmen der Finanzkontrolle werden die Betriebsbilanzen eingehend darauf geprüft und untersucht, ob die Ausarbeitung der Steuermeßbeträge den Vorschriften entsprechend erfolgt ist. Sofern hier Nachlässigkeiten festzustellen sind, kann - außer der Eintreibung der Steuerfehlbeträge - eine bis zu 50 v.H. des Fehlbetrages gehende Buße verhängt werden.³⁾

1) Földes, István: A gazdasági és pénzügyi ellenőrzés új rendszere (Das neue System der Wirtschafts- und Finanzkontrolle), in: Népszabadság, 11.5.1967

2) Badacsonyi, György: Belső ellenőrzés (Innere Kontrolle), in: Figyelő, 6.2.1966

3) Földes, A gazdasági ... ebenda

5. Exkurs: Die Rechtsstellung der Betriebe nach der Reform

Die Regierungsverordnung 11/1967 vom 13.5.1967 aus der Reihe der die Reform vorbereitenden Maßnahmen und Verordnungen regelt die wichtigsten Fragen der Gründung, der Organisation und des Wirkungskreises der staatlichen Betriebe neu. Ziel der Verordnungen ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen sich ein Wettbewerb entwickelt, der zur bestmöglichen Befriedigung der Käuferbedürfnisse führt.¹⁾

Das Recht zur Gründung eines neuen Betriebes bleibt auch in Zukunft bei dem jeweiligen Fachminister bzw. bei den Räten, wenn es sich um Versorgungsbetriebe handelt. Zur Neugründung ist ausnahmslos das Einverständnis des Finanzministers erforderlich. Jeder neu gegründete Betrieb muß von den Gründungsorganen mit Anfangskapital ausgestattet werden. Auch bei den bestehenden Betrieben wurde dieses Anfangskapital zum 1.1.1968 neu festgestellt; es gehört unwiderruflich dem Betrieb und soll ein Garant seiner finanziellen Unabhängigkeit sein. Der Rahmen der Betriebs-tätigkeit (Profil) wird zwar auch in Zukunft vom Fachminister bestimmt, ohne jedoch im einzelnen vorzuschreiben, welche Güterarten, Sorten und Qualitäten herzustellen sind. Das zu wählende Betriebsprofil soll eine sinnvolle und wirtschaftliche Ausnutzung der vorhandenen Produktionsfaktoren gewährleisten.²⁾ Der Restgewinn, der nach Abführung der Steuern und übrigen Abgaben dem Betrieb bleibt, kann teils zur Erhöhung des Eigenkapitals (im Reserve- und/oder Entwicklungsfonds), teils zur Erhöhung der Einkommen der Belegschaft (im Beteiligungsfonds) verwendet werden.

Der Betrieb wird nach dem Prinzip der Einmannführung von einem Direktor geleitet. Dieser wird vom Fachminister ernannt. Seine Rechte sind weitreichend. Er entscheidet in Fragen des Betriebsplanes, der technischen Entwicklung, der Investitionen, des Produktionsprogramms, der Einstellung und Entlassungen, der Zusammenarbeit mit anderen Betrieben usw., muß sich allerdings bei

1) Gadó, Otto: Egyesülés és tröszt az új mechanizmusban (Betriebsvereinigung und Trust im neuen Mechanismus), in: Népszabadság, 19.7.1967

2) Korom, Mihály: A vállalat az új gazdasági mechanizmusban (Der Betrieb im neuen Wirtschaftsmechanismus), in: Figyelő, 24.5.1967

seiner Amtsausübung auf das Betriebskollektiv (Gewerkschaft) stützen und ist dafür verantwortlich, daß die wirtschaftspolitischen Richtlinien der Regierung vom Betrieb eingehalten werden. Die Gründungsorgane sind befugt, die betriebliche Tätigkeit zu kontrollieren und bei schlechtem Ergebnis Maßnahmen zu ergreifen, die von der Suspendierung des Direktors bis zur Auflösung des Betriebes reichen können.

Die Aufsichtsbehörde (Ministerium) kann den Betrieben in Ausnahmefällen verbindliche Anweisungen geben (strategische Güter, zwischenstaatliche Verpflichtungen etc.). Dabei ist darauf zu achten, daß es nicht zum Nachteil der Betriebe geschieht. Wenn dies unvermeidlich ist, muß für einen Ausgleich gesorgt werden (z.B. Steuererlaß).¹⁾

Die Verordnung regelt auch die Frage der betrieblichen Kooperation und Integration. Die bisherige Form des Betriebszusammenschlusses, der Trust, bleibt bestehen, jedoch nur dort, wo er nicht aus einem horizontalen Zusammenschluß (gleiche Produktionsprofile) entstanden ist. Sonst würde durch Monopole der gewünschte Wettbewerb zwischen den Betrieben ausgeschaltet. Eine andere neue Form des Betriebszusammenschlusses ist die V e r e i n i g u n g. Sie kann auf die verschiedenartigsten Ziele gerichtet sein:

- um bei der Beschaffung von Roh- und Hilfsstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten eine stärkere Marktposition zu erlangen,
- um eine sinnvolle Aufteilung der Kapazitäten durchzuführen,
- um ein gemeinsames material-technisches Entwicklungsprogramm zu verwirklichen,
- um gemeinsam am Exportmarkt aufzutreten und das Angebotssortiment zu erweitern,
- um eine gemeinsame Investitionspolitik zu betreiben usw.²⁾

Die Hauptaufgabe des Trusts wie auch der Vereinigung ist die Tätigkeit, die ihnen angehörenden Betriebe zu koordinieren. Trotz dieser Gemeinsamkeit besteht eine Reihe wesentlicher Unterschiede:

1) Korom, ebenda

2) Gadó, ebenda

- Während der Trust ein Dachorgan hat, wird die Vereinigung von den Betrieben getragen (Leitungsorgan: Direktorenrat);
- während der Trust alle Tätigkeitsbereiche seiner Betriebe leitet, werden in der Vereinigung nur die Fragen gemeinsam erörtert und durchgeführt, die im Gründungsvertrag der Vereinigung verzeichnet sind;
- während der Trust als Ganzes dem Staat gegenüber verantwortlich ist und als einziges Steuersubjekt auftritt, werden die Betriebe der Vereinigung einzeln vom Staat kontrolliert und sind auch einzeln Steuersubjekte;
- während die Selbständigkeit der Trust-Betriebe stark eingeengt ist, ist sie bei den Betrieben der Vereinigung uneingeschränkt bzw. nur dann geringer, wenn etwas von ihr aus eigenem Entschluß und im Interesse der Gemeinschaft (Vereinigung) aufgegeben wird;
- der Trust ist eine juristische Person, die Vereinigung nicht. Verpflichtungen im Namen der Betriebe kann die Vereinigung nur eingehen, wenn sie dazu ausdrücklich ermächtigt wird.¹⁾

Nach der neuen Regelung können die Trusts nicht mehr als mittlere Aufsichtsbehörde der Verwaltungsorganisation angesehen werden. Trusts und Vereinigungen sind lediglich Organisationsformen der Wirtschaftseinheiten. Somit wurde die Leitungsfunktion des Staates klar von der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen und Betriebe getrennt.

Es kann vorkommen, daß Betriebszusammenschlüsse eine Situation schaffen, die gegen das gesamtwirtschaftliche Interesse wirkt. Wenn diese Lage nicht anders zu beheben ist, kann der mit dem Gründungsrecht ausgestattete Minister den Trust oder die Vereinigung auflösen.²⁾

Als weitere Rechtsformen sind die Gesellschaft mit beschränkter Haftung und die Aktiengesellschaft zugelassen. Ihre Satzungen werden allerdings mit vollkommen neuem sozialistischen Inhalt gefüllt.

1) Gadó, ebenda

2) Korom, ebenda

II. Kapitel

DAS PREISSYSTEM

A) Das traditionelle Preissystem

1. "Theoretische" Grundlagen der Preisbildung

Die Bemühung für die Preisbildung in den sozialistischen Staaten - so auch in Ungarn -, eine Theorie im Sinne einer westlichen Preistheorie zu finden, ist bis heute ohne Erfolg geblieben. Sie kann nicht gelingen, weil für die Preisfestsetzung - trotz Bezugnahme auf Wert und Wertgesetz - politische Maximen verantwortlich sind.¹⁾ Die Höhe der Preise wird durch die Preispolitik bestimmt, eine Preispolitik, die nach Wirtschaftssectoren und Industriezweigen, ja sogar nach Produkten differenziert und daher verschiedene Preisbildungsregeln kennt und zuläßt. Aus diesem Grunde fehlte dann auch dem Preissystem ein gewollt durchgängiges Kriterium, damit aber die Rationalität und Konsistenz.²⁾ Wegen der starken Differenziertheit und Uneinheitlichkeit des traditionellen ungarischen Preissystems wird man sich notwendigerweise darauf beschränken müssen, einige Probleme herauszugreifen und sie ohne Anspruch auf Vollständigkeit - weil oft der Einblick in die Beweggründe und das Verständnis der einzelnen preispolitischen Maßnahmen fehlt - abzuhandeln.

Die Preisbildung erfolgt auf der Grundlage der Marxschen Arbeitswertlehre. Nach dieser Theorie ist der Wert einer Ware mit der gesellschaftlich notwendigen Arbeit identisch, die zu ihrer Reproduktion aufgewendet werden muß:

Wert (W) = $c + v$, wobei

c = vergegenständlichte Arbeit (Produktionsmittel + Material),

v = lebendige Arbeit ist.

Die zur Reproduktion einer Ware benötigte gesellschaftliche Arbeit

1) Haffner, Friedrich: Principles and Methode of Price-Formation for Producer-Goods, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin 1961, S. 149

2) Haffner, a.a.O., S. 151

geht als Kostenfaktor in die Preiskalkulation ein. Somit ist zwischen Warenpreis und Wert der Ware eine notwendige Verbindung hergestellt.¹⁾ Im Preis muß allerdings auch das gesellschaftliche Reineinkommen²⁾ realisiert werden, aus dem die Kollektivbedürfnisse der Gesellschaft befriedigt werden und aus dem die Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion (Neuinvestitionen) erfolgt.

Preis (P) = W + m, wobei

m = Reineinkommensanteil der Gesellschaft ist.

Abhängig davon, in welchem Verhältnis das gesamte Reineinkommen der Gesellschaft (M) auf die einzelnen Preise aufgeteilt wird, kennt die sozialistische Preistheorie zwei Grundpreistypen:³⁾

den Wertpreis und

den Produktionspreis.

Im Falle der Wertpreise wird das gesamte Reineinkommen im Verhältnis der Lohnkosten (Lebendarbeitsaufwand) und bezüglich der Produktionspreise im Verhältnis des Kapitalbedarfs der Produk-

1) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 48

2) Unter gesellschaftlichem Reineinkommen wird das verstanden, was Marx den Mehrwert genannt hat. Nach seiner Auffassung beruht der Wert der Sachgüter auf der zu ihrer Herstellung erforderlichen "gesellschaftlich notwendigen Durchschnittsarbeit" (siehe oben), der Wert der Arbeitskraft auf der zur Herstellung der Unterhalts-, Erziehungs- und Fortpflanzungsmittel erforderlichen Durchschnittsarbeit. Zu diesem "Tauschwert" wird die Arbeit vom Kapitalisten gekauft, wengleich der "Gebrauchswert" höher liegt als der Teil der Erzeugnisse, der dem Arbeiter zur "Reproduktion" der Ware Arbeitskraft als Lohn gewährt wird. Aus dem Unterschied zwischen Tauschwert und Gebrauchswert der Arbeitskraft erwächst der "Mehrwert", der als "unbezahlte Arbeit" in der von den Kapitalisten beherrschten Rechtsordnung als "Ausbeutung" der Arbeiterklasse an die Eigentümer der Produktionsmittel fließt. In der "Proletardiktatur", in der die Produktionsmittel verstaatlicht sind, also dem Volk gehören, fließt dieser Mehrwert oder gesellschaftliches Reineinkommen dem Staat zu, der damit Kollektivbedürfnisse (Gemeinschaftsaufgaben) befriedigt, die der ganzen Gesellschaft zugute kommen.

3) Esze, Szusza: Az árképzés közgazdasági alapjai (Die volkswirtschaftlichen Grundlagen der Preisbildung), in: Népszabadság, 23.4.1966

tion aufgeteilt. Im Wertpreis ist das Verhältnis zwischen den Lohnkosten und dem im Preis realisierten Reineinkommen gleich der Relation, die zwischen den gesamten Lohnkosten der Volkswirtschaft (Gesellschaft) und des gesamten Reineinkommens besteht:

$$\frac{m}{v} = \frac{M}{V}$$

Analog gilt für den Produktionspreis

$$\frac{m}{c} = \frac{M}{C}, \quad \text{wobei}$$

C = der monetäre Wert aller Produktionsmittel der Gesellschaft (Kapitalstock) ist.¹⁾

Außer diesen beiden Grundpreistypen gibt es eine Reihe von Mischformen, die das Reineinkommen sowohl im Verhältnis zu den Lohnkosten als auch zum Kapitalbedarf der Produktion realisieren.²⁾

Wenn in der sozialistischen Wirtschaft der Preisbildung der eine oder andere Grundpreistyp - die in der Regel für ein und dasselbe Gut unterschiedlich hoch sind, - zugrunde liegt, hat das weitreichende Konsequenzen im Hinblick auf die Selbstkosten und auf die Rentabilität der einzelnen Wirtschaftszweige und Produkte. Kosten sind Preise, Preise der vorgelagerten Produktionsstufen. Wenn alle Kostenfaktoren zu Wertpreisen bewertet in die Selbstkosten eingehen, dann werden die Selbstkosten eine andere Höhe erreichen, als wenn die Kostenfaktoren zu Produktionspreisen bewertet werden. Somit sind die jeweiligen Selbstkosten eines Gutes eine Funktion des Preistyps; ihre Höhe ist vom dominierenden Preistyp abhängig. Daraus folgt, daß auch das Kostenniveau eines Wirtschaftszweiges höher oder niedriger liegt, je nach dem, ob die Kostenpreise Wert- oder Produktionspreise sind.

1) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 50

2) In der ungarischen Praxis wurde der sogenannte Selbstkostenpreis angewandt, der Reineinkommen in einem bestimmten v.-H.-Satz der Selbstkosten realisiert. Dabei unterlag das, was als Selbstkosten anerkannt wurde, im Zeitablauf erheblichen Schwankungen.

Die gleichen Überlegungen gelten für den jeweiligen Gewinnzuschlag. Seine Höhe ist im Falle der Produktionspreise eine andere als im Falle der Wertpreise. Es ist nun leicht einzusehen, daß bei dem Wertpreis die arbeitsintensiven (lohnintensiven) Zweige (und ihre Produkte) der Volkswirtschaft die größere Rentabilität aufweisen, während beim Produktionspreis die kapitalintensiven Zweige (Produkte) die rentableren sind.¹⁾

Die unter dem Stichwort "Wertgesetzdebatte" aufgeflammete wert- und preispolitische Diskussion im Osten erkannte dieses Dilemma, das in der Anwendung der reinen Preistypen in der Preisbildung begründet liegt. Die Auseinandersetzungen sind dadurch gekennzeichnet, daß man bemüht ist, die gesellschaftlichen Kosten der Produktion (den Wert der Produktion) immer exakter festzustellen, um auf dieser Grundlage kostengerechte Preise bilden zu können. Dabei zeigt es sich, daß der Wertpreis, der als Kostenelemente nur die addierten Arbeitskosten, nicht aber Kapitalzins und Bodenrente berücksichtigt, so daß die Knappheit an Boden und Kapital in den Preisen nicht zum Ausdruck kommt und namentlich kapitalintensive Produktionsverfahren relativ zu billig erscheinen läßt, nicht als Grundlage der Preisbildung in einer Industriegesellschaft genügen kann.²⁾ Somit stehen gegenwärtig der Produktionspreis bzw. die Mischformen der beiden Grundpreistypen im Vordergrund der Untersuchungen und Diskussionen.

2. Die Preisfunktionen im zentralistischen Modell

Auch die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs bedarf des Geldes und der Preise als eines generellen Maßstabs "welcher alle einzelnen wirtschaftlichen Zwecke und Mittel unter dem Gesichtspunkt maximaler Zweckerfüllung relativ wertet und sie zu diesem Zweck in einen in sich geschlossenen rein quanti-

1) Vgl. Figyelő, 28.6.1967, wo Lisitschkin's "Plan i rynek" (Plan und Markt) auszugsweise veröffentlicht wurde.

2) Nagy, Tamas: Az ár és a társadalmilag szükséges ráfordítások a szocializmusban (Der Preis und die gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen im Sozialismus, in: K.Sz., Budapest 1967, Heft 2/3, S. 143 ff.

tativen (ziffermäßigen) Zusammenhang bringt".¹⁾ Die Finanz- und Preisplanung steht im Dienste der naturalen Planerfüllung, macht sie "durchsichtig" und kontrollierbar. In diesem Sinne kann man von einer planwirtschaftlichen Funktion²⁾ der Preise sprechen. Die Preise dienen auch der Einkommenspolitik: Durch die Herausbildung differenzierter Preisverhältnisse für landwirtschaftliche, industrielle und handwerkliche Güter wird eine Einkommensnivellierung zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Bevölkerung bzw. zwischen Handwerkern und Beschäftigten der staatlichen Industrie herbeigeführt.³⁾ Neben dieser Einkommensverteilungs- und Umverteilungsfunktion erfüllen die Preise auch eine Akkumulationsfunktion⁴⁾ und zwar dadurch, daß das Reineinkommen der Gesellschaft in den Preisen realisiert wird. Die Vorschriften der Preiskalkulation bestimmen die Höhe der wichtigsten staatlichen Einnahmen und indirekt auch die Höhe der volkswirtschaftlichen Ersparnisbildung und der Investitionen. Schließlich üben die Preise eine Rechenfunktion aus, in dem sie die wertmäßige Aggregation natural verschiedenartiger Güter ermöglichen. Dieser Rechenfunktion können die Preise jedoch nur unvollkommen genügen; "schon bei der Berechnung volkswirtschaftlicher Gesamtgrößen, etwa des Anteils der Investitionen am Sozialprodukt, werden Ergebnisse verzerrt, weil die Preisniveaus der Produktions- und Konsumgüter verschieden sind"⁵⁾. Noch vielfältiger sind die Probleme, die sich aus den speziell planwirtschaftlichen Funktionen der Preise ergeben (s. Seite 74 ff.).

3. Die Preisebenen

Das traditionelle Preissystem in Ungarn war "durch das Prinzip der Trennung von Produzenten- und von Konsumentenpreisen, was

1) Hirsch, Hans: Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel-Tübingen 1957, S. 23

2) Haffner, Friedrich: Probleme der zentralen Preisbildung, in: Osteuropa-Handbuch, Band Sowjetunion, Köln - Graz 1965, S. 196

3) Joó, a.a.O., S. 27

4) Haffner, Probleme ..., a.a.O., S. 196

5) Haffner, Probleme ..., a.a.O., S. 195,
S. hierzu auch S. 67 f. dieser Arbeit (Preisebenen).

in der sozialistischen Terminologie als das dualistische Preissystem bezeichnet wird", ¹⁾ gekennzeichnet. Dieses Prinzip ermöglichte dem Staat die Verfolgung verschiedener wirtschaftspolitischer Ziele auf den beiden Preisebenen. Die Produzentenpreise wurden nach den Selbstkosten, ²⁾ die Konsumentenpreise nach den Nutzschätzungen der Verbraucher gestaltet. Im dualistischen Preissystem wurde das gesellschaftliche Reineinkommen größtenteils in Form der Umsatzsteuer realisiert, welche die Preisebenen miteinander verband. Weder der Produzentenpreis noch der Konsumentenpreis deckte sich jedoch mit einem der von der Theorie herausgearbeiteten Grundpreistypen. Der Gewinnanteil (m) der Produzentenpreise war sehr unterschiedlich, auf weite Strecken hatten sie überhaupt keinen Gewinn realisiert, ³⁾ während der im einzelnen Konsumentenpreis realisierte Gewinn (m) weder zur gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme noch zum Kapitalstock in Beziehung stand. Daß die Bestrebung vorhanden war, das gesamtwirtschaftliche Reineinkommen (M) im Verhältnis zur Lohnsumme abzuschöpfen, lassen verschiedene Quellen vermuten. ⁴⁾

Als Vorteile des dualistischen Systems galten die folgenden:

- Es gewährleistete eine starke Zentralisation des gesellschaftlichen Reineinkommens und diente damit dem zentral geplanten Wachstum (Investitionen) der Volkswirtschaft.
- Es ermöglichte eine selbständige Verbraucherpreispolitik gemäß den Angebots- und Nachfragebedingungen auf den einzelnen Teilmärkten.
- Die Produzentenpreise - als Mittel der Planung und der Plankontrolle - konnten auch dann unverändert bleiben, wenn die

-
- 1) Linder, a.a.O., S. 130. Hierzu kam noch, daß die Außenhandelspreise von den Produzenten- und Konsumentenpreisen völlig losgelöst waren und somit eine dritte Preisebene darstellten.
 - 2) Wenn im Folgenden von Selbstkostenpreisen die Rede ist, sind die Produzentenpreise gemeint.
 - 3) Vergleiche hierzu die Ausführungen auf Seite 71 dieser Arbeit.
 - 4) U.a.: Nagy, Az ár ..., a.a.O., S. 145 und Vincze, Imre: A szocialista árszabályozás alapkérdései (Grundfragen der sozialistischen Preisregelung), Budapest 1963, S. 64 f.

Konsumentenpreise infolge der Marktschwankungen geändert werden mußten.

- Die Produzentenpreise fungierten als "echte" Orientierungspunkte in der wirtschaftlichen Kalkulation der Betriebe, weil sie die Selbstkosten der Produkte mit relativ großer Genauigkeit anzeigten.¹⁾

4. Preiskorrekturen im traditionellen System

In einem Preissystem, dessen Einzelpreise gesetzt und damit für kürzere oder längere Zeit starr waren, war die Bewegung des Wertes (Kosten) notwendigerweise von der der Preise getrennt. Während sich der Wert automatisch den Änderungen der Arbeitsproduktivität anpaßt (ex definitione), erfolgen die Preisveränderungen in gewissen Zeitabständen. Grund für die Preiskorrekturen war die Diskrepanz zwischen den veränderlichen Wert-(Kosten) Verhältnissen und den unbeweglichen Preisen im Zeitablauf. Die Absicht einer jeden Preiskorrektur (soweit politische Motive ausgeschlossen wurden) war es deshalb, die Preisrelationen annäherungsweise den Wertverhältnissen anzupassen. In dieser Hinsicht gab es in Ungarn drei große Preiskorrekturen, die das Niveau der jeweiligen Produzentenpreise erheblich veränderten.

Der Preiskorrektur 1951 lag das industrielle Selbstkostenniveau von 1950 zu Grunde, wobei die Schwerindustrie in ihren Produzentenpreisen nicht einmal die Selbstkosten zu decken brauchte. Die Verluste wurden vom Staat in Form von Preissubventionen ausgeglichen. So deckte z.B. 1955 der Produzentenpreis der Kohle noch etwa 70% der Selbstkosten.²⁾ Diese Preise galten unverändert bis 1959.

Bei der Preisregelung 1959 ging man von dem Grundsatz aus, daß die Kosten dort in die Preiskalkulation eingehen müssen, wo sie entstanden sind, m.a.W. mußten die Preise wenigstens die Selbstkosten decken. Aus diesem Grunde wurden viele Subventionen abgeschafft und neue Kostenarten, die bis dahin verpönt waren,

1) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 56 f

2) Linder, a.a.O., S. 131

anerkannt (z.B. Rückstellungen für den Entwicklungsfonds). Zur Abschöpfung gesellschaftlichen Reineinkommens wurden die Produzentenpreise zu diesem Zeitpunkt erst in unbedeutendem Maße herangezogen.

Dies geschah erst bei der Preisrevision von 1964, als - wenn auch noch nicht einheitlich - eine Verzinsung des investierten Kapitals eingeführt wurde und in manchem Produzentenpreis auch ein Umsatzsteuerteil zu finden war. (Beide sind Reineinkommensteile.) Die Berücksichtigung des Kapitalzinses in der Preiskalkulation ist der erste Schritt in Richtung Produktionspreis gewesen.

Im Bereich der Konsumentenpreise waren die Preiskorrekturen häufiger, aber von geringerem Ausmaß. Der Katalog der Konsumentenpreise unterlag einer ständigen Revisionsarbeit, die abhängig von der staatlichen Verbraucherpreispolitik, einmal einzelne Preise, einmal Preise eines ganzen Wirtschaftszweiges betraf. Die letzte größere Preisrevision im Konsumsektor vor der Reform erfolgte im Jahre 1966.¹⁾

5. Festsetzung der Preise, Preiskalkulation

Bei der Festsetzung der Preise der einzelnen Ebenen sollte grundsätzlich nach folgendem Schema²⁾ vorgegangen werden:

Produzenten- (staatlicher) Bereich	{ Produktionskosten + kalkulierter Gewinn = Nettoproduzentenpreis oder Selbstkostenpreis;
Konsumenten- bereich	{ Selbstkostenpreis + Umsatzsteuer = Bruttoproduzentenpreis; Bruttoproduzentenpreis + Kosten des Großhandels + Großhandelsgewinn = Großhandelspreis; Großhandelspreis + Einzelhandelskosten + Einzelhandelsgewinn = Konsumentenpreis

Die tatsächlich errechneten Preise wichen jedoch erheblich von den Preisen ab, die dann entstanden wären, wenn das Kalkulationschema von den Betrieben nach ihrem Ermessen gehandhabt worden

1) o.V. Die ungarische Preisreform, in: O.R., München 1966, Heft 4, S. 15 f

2) Vgl. Linder, a.a.O., S. 131

wäre. Der Grund dafür lag einmal in der Kostenfrage: Hier hatte der Betrieb keine freie Hand, sondern mußte die Selbstkostenberechnung nach amtlich festgelegten Richtlinien durchführen. Als Lohnkosten wurde z.B. nur der Lohn "der am Erzeugnis unmittelbar beteiligten physischen Arbeiter berücksichtigt".¹⁾ Materialkosten durften nur nach den statistisch festgelegten Materialverbrauchsnormen in der Kalkulation berücksichtigt werden. Einige Ausnahmen wurden nur unter bestimmten Umständen gestattet.²⁾ (z.B. besondere Abschreibungssätze bei rascher Veralterung durch technischen Fortschritt).

Die für die Betriebe verbindlichen Kalkulationsvorschriften der Lohnkosten und der Materialverbrauchsnormen basierten auf branchendurchschnittlichen Lohn- bzw. Materialkosten, d.h. die Preisbildung erfolgte nicht nach dem Grenz-, sondern nach dem Durchschnittskostenprinzip³⁾ der Wirtschaftszweige.

Auch durch die Belastung der einzelnen Preise (Produkte) mit gesellschaftlichen Reineinkommen (Gewinn) hatte sich eine Differenzierung und Abweichung von der Theorie und vom Kalkulationschema ergeben. Ursprünglich sollten im Produktionsbereich die Selbstkosten nur mit 4 - 6% Gewinnaufschlag ergänzt werden und sollte der Hauptanteil des Reineinkommens die Preise erst belasten, wenn diese die Produktionssphäre (staatlicher Bereich) verließen.⁴⁾ Das hätte z.B. im Falle der Investitionsgüter bedeutet, daß sie (weil immer im staatlichen Bereich zirkulierend) kaum zur Abschöpfung gesellschaftlichen Reineinkommens herangezogen worden wären; weshalb sie auch relativ billig erschienen. Das tatsächlich praktizierte Preissystem durchbrach diese Vorstellungen und gestaltete die Preise noch komplizierter, als sie ohnehin schon waren. So gab es im Bereich der Produzentenpreise

1) Joó, a.a.O., S. 34

2) Joó, a.a.O., S. 33

3) Welche Unterschiede sich daraus ergaben, untersuchte Haffner, Friedrich in seinem Aufsatz: Probleme der zentralen Preisbildung, a.a.O., S. 189

4) Vgl. Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 55

sogenannte "doppelte Preise", die einmal für solche Güter galten, die innerhalb des staatlichen Sektors mit Preisen gehandelt wurden, die nur den 4 - 6%-igen Gewinnaufschlag erhielten, zum andern für solche, die auch außerhalb des staatlichen Bereichs im Verkehr waren und bei denen der Preis um einen zusätzlichen Gewinnanteil erhöht war (ein- und zweistufige Preise).¹⁾

6. Die Rolle der Umsatzsteuer und der Preissubventionen im traditionellen Preissystem

Der wichtigste Faktor jedoch, der Uneinheitlichkeit in das Preissystem brachte, war die Umsatzsteuer.

Wie schon erwähnt, war die Umsatzsteuer die wesentliche Form der Abschöpfung gesellschaftlichen Reineinkommens.²⁾ Sie hatte die Aufgabe, eine Verbindung zwischen den Preisebenen herzustellen. Nach dem Kalkulationsschema zu urteilen war die Umsatzsteuer eine Einphasensteuer. Dies gilt aber nur bedingt. Vom Schema abweichend wurde sie auch als Mehrphasensteuer erhoben, und zwar dort, wo bereits Produkte in der Produktionssphäre mit Umsatzsteuer belastet wurden. In solchen Fällen konnte eine starke kumulative Wirkung auf die Preise beobachtet werden.³⁾

Das auffallendste Merkmal der Umsatzsteuer und auch der Preissubventionen war eine starke Differenziertheit, die sich nach Produkten und Produktgruppen richtete. Es gab für jede Produktgruppe einen Umsatzsteuerschlüssel (insgesamt etwa 2.500); innerhalb dessen noch zehntausende Steuer- und Subventionssätze je nach Produkten.⁴⁾ Innerhalb einer Produktgruppe gab es Preise, die teils eine Subvention einschlossen, teils mit einem hohen Umsatzsteuersatz belastet waren. Bei Handwerkszeugen z.B. waren einige Konsumentenpreise bis zu 40% niedriger als die Selbst-

1) Joó, a.a.O., S. 31

2) Ein großer Teil des Reineinkommens, der die Produzentenpreise hätte belasten müssen, wurde in den Konsumentenpreisen in Form der Umsatzsteuer abgeschöpft.

3) Wessely, Kurt: Bemerkungen zum Preis- und Steuersystem sozialistischer Staaten, in: Österreichische Osthefte, Wien 1964, Heft 2, S. 140 und Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 38

4) Jávorka, Edit: Új árak - új forgalmiadó-rendszer (Neue Preise - neues Umsatzsteuersystem), in: Népszabadság, 16.12.1967

kostenpreise (auf diese Produkte wurde aus dem Staatshaushalt eine Subvention von 40% gezahlt), andere waren mit 38% Umsatzsteuer belastet. Bei Bettwäsche war das Verhältnis 25% Subvention, 25% Umsatzsteuer; bei Wolldecken 47% Subvention, 35% Umsatzsteuer.¹⁾

In der Regel hatte die Umsatzsteuer auf die Preisbildung keinen Einfluß, denn im alten Preissystem wurden die Produzenten- und Konsumentenpreise, voneinander unabhängig, nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gebildet.²⁾ Die Umsatzsteuer hatte die Funktion neben den Handelsspannen, den Zwischenraum zwischen den beiden Preisebenen auszufüllen. Für jedes neu hinzukommende Produkt mußte erst der Produzentenpreis, dann der Konsumentenpreis (oder auch umgekehrt) gefunden werden, ehe die jeweilige Höhe der Umsatzsteuer feststand.

Im Produktionsbereich sollten die unterschiedlichen Sätze unter anderem auf die Verwendung bestimmter Materialien hinlenken; in der Konsumsphäre sollten sie helfen, in den Preisen die Marktbedingungen (Nutzenschätzungen der Marktteilnehmer) und Präferenzen des Staates auszudrücken.³⁾

Diese Differenziertheit der Umsatzsteuer- und Subventionssätze war nicht ohne Wirkung auf die Verbraucherstruktur und auf die Kaufkraft einzelner Einkommen geblieben. Bei einer derartigen Diskrepanz zwischen Konsumpreis und Produktionskosten war die Kaufkraft der einzelnen Einkommen nicht nur davon abhängig, für welche Art Güter das Geld ausgegeben wurde, sondern noch vielmehr davon, welches Stück Möbel oder welches Paar Schuhe gekauft wurde. Dieses Umsatz- und Subventionssystem hat die Einkommensverteilung von Zufälligkeiten abhängig gemacht und eine unwirtschaftliche Angebotsstruktur hervorgerufen.⁴⁾ Dadurch, daß innerhalb einer Warengruppe der Endverkaufspreis eines Produkts, das mit höherem Aufwand hergestellt wurde, unter Umständen niedriger

1) Jávorka, ebenda

2) Vgl. S. 67 f.

3) Vincze, a.a.O., S. 168 f.

4) Jávorka, ebenda

war als der Preis eines Produkts mit den niedrigeren Herstellungskosten,¹⁾ wurde die Nachfrage auf Waren gelenkt, deren Produktionskosten höher waren als die von gleichartigen Gütern.²⁾

7. Preise und Planung

Jede zentral geleitete und geplante Volkswirtschaft bedarf eines Instrumentes, das die Vergleichbarkeit der Produktionsziffern der einander folgenden Perioden, die Vergleichbarkeit der verschiedenen Wertindizes der Planung und die Vergleichbarkeit der Plansoll- mit den Ist-Zahlen gewährleistet. Bei dieser Aufgabe wollte oder konnte man nicht auf die Preise als Maßstab verzichten. Der Preis, genauer der Preis einer Mengeneinheit bot sich als Wertkennziffer für die Planung geradezu an. Außerdem konnten, wenn Preisschwankungen ausgeschaltet wurden, Preissummen miteinander verglichen werden, um Mengenänderungen festzustellen. Bei unveränderten Preisen fielen nämlich Änderungen der Preissummen (Umsatz) und Änderungen der Mengen zusammen.³⁾ Aus diesem Grunde war eines der wichtigsten Argumente, das für das dualistische Preissystem sprach, die Möglichkeit, die Produzentenpreise - als Mittel der Planung und der Plankontrolle - auch dann starr zu halten, wenn die Konsumentenpreise infolge der Marktschwankungen geändert werden mußten. Weil also die Planung und die Plankontrolle unveränderte Preise benötigte, wurden die Produzentenpreise längere Zeit starr gehalten und nur gelegentlich abrupte Korrekturen vorgenommen, mit dem Ziel, die Wert- und Preisverhältnisse einander wieder anzupassen.⁴⁾ Um aber die statistischen und plantechnischen Berechnungen fortführen zu können,

1) Wenn der Preis von einem Paar Schuhe 400 Ft. betrug, und er mit 40% Umsatzsteuer belastet war, erzielte der Hersteller - die Handelsspanne wird vernachlässigt - einen Preis von 240 Ft. ($400 - 400 \times 0,4 = 240$). Wenn der Preis eines anderen Paar Schuhs 360 Ft. betrug, aber nur mit 30% Umsatzsteuer belastet war, dann erzielte der Produzent $360 - 360 \times 0,3 = 252$ Ft.

2) Vgl. Révész, a.a.O., S. 24

3) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 95

4) Diese Änderungen hinkten aber meistens schon zu dem Zeitpunkt hinter den tatsächlichen Verhältnissen her, zu dem sie vorgenommen wurden. Nagy, Az ár ..., a.a.O., S. 274

arbeitete die Planungspraxis mit verschiedenen Kategorien des sogenannten unveränderten Preises:¹⁾

a) Der unveränderte Preis (im engeren Sinne) diente der Messung der Dynamik der Produktion; neben den Wertveränderungen der Produktion zeigte er auch die Änderungen des Produktionsvolumens an. In seiner Anwendung für die Planung lag eine doppelte Problematik.²⁾ Je länger der unveränderte Preis im "Gebrauch war", um so mehr entfernten sich die tatsächlichen Wert- und Kostenverhältnisse von denen, die er früher einmal ausdrückte, womit er seine Brauchbarkeit selbst für die Planung - die es sich auch nicht leisten konnte, vollends von den geltenden Wert- und Preisverhältnissen losgelöst zu arbeiten - verlor. Die andere Schwierigkeit ergab sich für die Planung aus der Frage nach dem Preis der neu hinzukommenden Produkte. In der Praxis setzte man gewöhnlich den ersten laufenden Preis des Produktes als unveränderten Preis ein, womit aber der Katalog der unveränderten Preise sich nicht mehr auf eine Wertbasis bezog. Sie repräsentierten die Wert- und laufenden Preisverhältnisse verschiedener Perioden.

Um nicht ganz die Beziehung zu den wirklichen Verhältnissen zu verlieren, wurde in der Praxis so verfahren, daß jedesmal, wenn die Produzentenpreise korrigiert wurden,³⁾ auch die unveränderten Preise (als Planinstrument) außer Kraft gesetzt wurden. Die neuen Produzentenpreise erklärte man gleichzeitig zu unveränderten Preisen der Planung; während die alten unveränderten Preise auf die neue Basis umgerechnet wurden.⁴⁾

b) Der Planpreis diente der Vergleichbarkeit von Soll- und Istkennziffern des Planes. Die Sollwertziffern eines Planes waren laufende Preise des Zeitraums der Planaufstellung. Um diese mit den Preisen, die zum Zeitpunkt der Plankontrolle galten, verglei-

1) Vgl. Gadó, Otto - Hoch, Robert - Révész, Gábor: A tervek átárazása és a rugalmas árrendszer (Die Umrechnung der Pläne auf neue Preisbasen und das flexible Preissystem), in: Pénzügyi Szemle (Finanzrundschau), Budapest 1965, Nr. 4, S. 293 ff.

2) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 95

3) Anpassung an die neuen Verhältnisse

4) Gadó - Hoch - Révész, a.a.O., S. 304

chen zu können, wurden in Verbindung mit der Genehmigung des Planes von der Planungsbehörde sogenannte Planpreise bestimmt, auf die Soll- bzw. Istpreise umgerechnet wurden.¹⁾ Als Planpreise waren die laufenden Preise der Planaufstellung oder der Plankontrolle oder eines dritten Zeitpunktes denkbar.

Besondere Aufmerksamkeit wurde darauf gelegt, daß die Gewinnsoll- mit den Gewinnistkennziffern vergleichbar waren, denn deren Entwicklung war - besonders in den Jahren nach 1959 - für die übertariflichen Zahlungen an die Arbeitnehmer maßgebend. Die Planpreise sollten unter anderem verhindern, daß nach einer Gewinnerhöhung, die auf Grund von Preiserhöhungen zustande kam, keine Prämien ausgezahlt wurden.

c) Der Verrechnungspreis

Aus ähnlichen Erwägungen wie beim Planpreis wurde der Verrechnungspreis ins Leben gerufen, um eventuelle Fälschungen des Betriebsergebnisses, die aus Veränderungen der Beschaffungspreise resultieren konnten, zu verhindern. Da die Verkaufspreise starr waren, war die Möglichkeit, die Gewinnsituation eines Betriebes zu verbessern, eigentlich nur in der Senkung des Selbstkostenniveaus des Betriebes bzw. in der Senkung der einzelnen Produktselbstkosten gegeben. Damit dies aber nicht aus Preissenkungen resultierte,²⁾ mußten alle Materialpreise zweifach verbucht werden: einmal in laufenden Bezugspreisen, zum anderen in Verrechnungspreisen. Letztere waren bereinigte Bezugspreise, bereinigt auf der Basis der Bezugspreise des Zeitpunkts der Planaufstellung. Zur Beurteilung des Betriebsergebnisses bei der Plankontrolle wurden dann die unveränderten Verrechnungspreise herangezogen.

8. Preise und Wirtschaftlichkeitsrechnung

In der westlichen Literatur wird von vielen die Unvollkommenheit

1) Wenn die Sollpreise mit den Istpreisen übereinstimmten, d.h. zwischen den Zeitpunkten der Planaufstellung und der Plankontrolle keine Preisregelung stattfand, verloren die vorsorglich bestimmten Planpreise ihre Bedeutung.

2) Da der Betrieb auf die Preise keinen Einfluß hatte, konnte man den Verdienst einer Kostensenkung, deren Ursache eine Preissenkung war, nicht dem Betrieb zuschreiben.

der Wirtschaftlichkeitsrechnung der sozialistischen Staaten, insbesondere der Investitionsrechnung, hervorgehoben. Aus dem bisher Gesagten ist schon ersichtlich, daß die Produzentenpreise - auch wenn man von den gewaltigen Subventionen absieht, die den einzelnen Wirtschaftszweigen gegeben wurden - nur selten - zum Zeitpunkt einer neuen Regelung der Produzentenpreise - und auch dann nur unvollkommen als Knappheitspreise im Sinne der Marx'schen Arbeitswertlehre angesehen werden konnten. Die Regel war, daß die Wert- und damit die Kostenverhältnisse von den Preisverhältnissen abwichen.

Um dieses Manko abzuschwächen, wurden in Ungarn bei den Wirtschaftlichkeitsberechnungen - die meistens zentral, also auf volkswirtschaftlicher Ebene erfolgten¹⁾ - nicht die geltenden Produzentenpreise, sondern ein Preis verwendet, den man den modifizierten Produzentenpreis nennen könnte. Während der Produzentenpreis in Ungarn bis 1964 auf dem Prinzip des Arbeitswertes aufbaute, war dieser modifizierte Preis ebenfalls ein Wertpreis, der allerdings um einen bestimmten v.-H.-Satz (Δ - (delta) - genannt) des volkswirtschaftlichen Anlagewertes ergänzt wurde.²⁾ Somit arbeitete die Planungsbehörde bei ihren Wirtschaftlichkeitsberechnungen (Investitionsrechnungen) mit anderen Preisen, als die Betriebe sie bei ihrem wirtschaftlichen Kalkül benutzten. Aus diesem Grunde war die Effizienz der betrieblichen Tätigkeit von einem anderen Maßstab abhängig, als er für die volkswirtschaftliche Ebene galt. Nicht zuletzt ließ dieser Widerspruch Stimmen³⁾ laut werden, die nach einem einheitlichen Preissystem auf der Grundlage des Produktionspreises riefen.

B) Das reformierte Preissystem

1. Eine grundsätzliche Schwierigkeit, die den Preismechanismus hemmt

Die Reform des Preissystems ist das Kernstück des ungarischen

1) Die speziellen betrieblichen Verhältnisse nicht berücksichtigend, konnten diese Berechnungen für den einzelnen Betrieb nicht optimal sein.

2) Vgl. die Ausführungen von Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 57 ff.

3) U.a. Pirtyi, Otto: Az ármechanizmusról (Vom Preismechanismus), in: K.Sz., Budapest 1965, Heft 10, S. 1182 ff.

Reformwerkes. Für die wirtschaftliche Effizienz des neuen Wirtschaftsmechanismus ist die Gestaltung des Preissystems und der effektiven Preispolitik von großer Tragweite. Die preispolitischen Richtlinien kann man als das wichtigste Instrument im Katalog der volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel ansehen. Aus dem Wesen der neuen Wirtschaftsordnung ergibt sich jedoch, daß die Preispolitik niemals autonom gestaltet werden kann, sondern sie muß in Einklang mit dem Wirtschaftsplan und mit den anderen Lenkungsmitteln stehen. Hierzu aber muß auch sie geplant werden. Die Preisrelationen müssen die Prioritäten des Volkswirtschaftsplanes widerspiegeln,¹⁾ d.h. aber, daß die Preise nur die Freiheiten haben, die ihnen der Gesamtplan läßt. Darin kommt das Dilemma der Anwendung des Wertgesetzes in einer planwirtschaftlichen Ordnung zum Ausdruck. Freie Preisbildung und Planwirtschaft (selbst mit Marktmechanismus) sind inkompatible Größen, da der Volkswirtschaftsplan bereits die Verteilung der produktiven Kräfte der Wirtschaft vorbestimmt hat, mithin ein zusätzlicher Aufteilungsmechanismus nicht geduldet werden kann.²⁾ Die Schwierigkeit für den neuen Wirtschaftsmechanismus in Ungarn liegt darin, daß die positiven Wirkungen einer freien Preisbildung auf die Lenkung der Produktion (Produktionsstruktur) und zur Stimulierung des technischen Fortschritts gewünscht werden, ohne daß man die Verteilung der Produktionsfaktoren nach Maßgabe echter Knappheitspreise zuläßt.³⁾ Eine Auseinandersetzung mit der Preisreform in Ungarn hat nur dann einen Sinn, wenn man sich dieses Dilemma vor Augen hält.

2. Annäherung an ein einheitliches Preissystem auf der Grundlage des Produktionspreises

Die die Preisreform vorbereitenden Diskussionen haben sich im wesentlichen um zwei Probleme gedreht:

- einmal wurde die Antwort auf die Frage gesucht, wie der Grundpreistyp aussehen soll, auf dem die neue Preiskalkulation aufbauen kann,
- und dann war die Frage zu beantworten, wie man von dem dualisti-

1) Csapó, Tervgazdálkodás ..., a.a.O., S. 44

2) Linder, a.a.O., S. 129

3) Pírityi, a.a.O., S. 1193

schen Preissystem zu einem einheitlichen System der Preise kommen könnte.

Die in Verbindung mit dem ungarischen Preissystem geführten Berechnungen haben ergeben, daß das für die gesamte Volkswirtschaft und für sein gewünschtes Wachstum notwendige Reineinkommen (Akku-
mulation) mit etwa 75% der volkswirtschaftlichen Lohnsumme bzw. mit 15% des Kapitalbestandes identisch ist.¹⁾ Demnach müßte das Preisniveau im Falle von Wertpreisen 75% der Lohnsumme, im Falle von Produktionspreisen 15% des Kapitalbestandes als Reineinkommen beinhalten. Seit 1964, als die 5%-ige Mittelbindungsgebühr eingeführt wurde, richtete sich das abgeschöpfte Reineinkommen etwa zu einem Drittel nach dem Kapitalbestand, zu den restlichen zwei Dritteln nach der Lohnsumme.

Mit der Einführung der Reform nähert sich der der Preisbildung zugrunde liegende Grundpreistyp, an den die Forderung gestellt wird, die Wertverhältnisse (Kosten) richtig auszudrücken, noch mehr dem Produktionspreis. In ihm wird sich die Abschöpfung des Reineinkommens etwa zu zwei Dritteln nach dem Kapitalbestand (10% davon) und etwa zu einem Drittel nach der Lohnsumme (25%) richten.

Die konkreten Preise werden sich freilich von diesem modifizierten Produktionspreis, der im sozialistischen Sprachgebrauch das "Preiszentrum" genannt wird, abweichen.²⁾ Die Abweichung der einzelnen Preise von ihrem Zentrum ist zum Teil Aufgabe der staatlichen Preispolitik und wird so erfolgen, daß in den konkreten Preisen neben den g e s e l l s c h a f t l i c h e n K o s t e n der Produktion

- die Bewertungen (Nutzenschätzungen) der Anbieter und Nachfrager und
 - die gesellschaftlichen Präferenzen
- zum Ausdruck kommen.³⁾

Das andere von den Reformern verfolgte Ziel ist, zu einem einheit-

1) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 69

2) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 71

3) Nagy, Az ár ..., a.a.O., S. 141

lichen System der Preise zu kommen. In ihm sollen Produzenten- und Konsumentenpreise in organischer Verbindung stehen und nur durch die Handelsspanne und die Umsatzsteuer voneinander abweichen. Diese Bestrebung begann schon 1959 mit der damaligen Preisregelung. Während vor 1959 die Umsatzsteuer das Niveau der Konsumentenpreise gegenüber den Produzentenpreisen um 65% erhöhte, betrug der entsprechende v.-H.-Satz nach 1959 nur noch etwa 27%.¹⁾ Im neuen Preissystem beträgt die Umsatzsteuer im Durchschnitt 10%,²⁾ und ihre differenzierende Wirkung wird weiter abgebaut.

Mit der Senkung der Umsatzsteuersätze ging jedesmal eine Anhebung des Produzentenpreisniveaus einher. Die Abschöpfung gesellschaftlichen Reineinkommens verlagerte sich zum Teil auf die Ebene der Produzentenpreise, wo es in Form der Gewinne realisiert wurde. Während aber vor der Reform diese Gewinne größtenteils an den Staat abgeführt werden mußten, bleibt jetzt ein wesentlicher Teil - zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit und zur Finanzierung betrieblicher Vorhaben - bei den Unternehmungen.

3. Die gesellschaftlichen Kosten in der Preisbildung

Nach Csikós-Nagy³⁾ setzen sich die gesellschaftlichen Kosten⁴⁾ der Produktion (bei gegebener Arbeitsproduktivität) wie folgt zusammen:

- (1) aus den Ausgaben der einfachen Reproduktion,
- (2) aus den Preisen, die durch die Abschreibung bzw. Materialkosten zu Elementen der Selbstkosten werden,
- (3) aus dem Reineinkommen, das in der Produktionssphäre realisiert wird.

Zu (1) und (2): "Bei der Preisreform geht man vor allem davon aus,

1) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 73

2) ders., Die ungarische ..., a.a.O., S. 213

3) Csikós-Nagy, Die ungarische ..., a.a.O., S. 211

4) Unter gesellschaftlichen Kosten werden sowohl die bei den Betrieben entstehenden Kosten, wie auch die sozialen Kosten (volkswirtschaftliche Ebene) verstanden.

daß im Begriff der einfachen Reproduktion der technische Fortschritt und ... alle diejenigen Kosten in Betracht gezogen werden sollen, die ohne nennenswerte Kapazitätserhöhung nötig sind, um die Produktion auf einem zeitgemäßen Niveau halten zu können."¹⁾ "Um in diesem Sinne eine zeitgemäße Kalkulation durchführen zu können, entstehen auch an das Preissystem als Ganzes Anforderungen. Damit die Preise bei den ökonomischen Entscheidungen rationell orientieren, muß das Preissystem konsistent und einheitlich aufgebaut sein."²⁾ Als Grundlage des neuen Preissystems dient der Produktionspreis.

Zu (3): In der Preisbildung werden Reineinkommensteile berücksichtigt, die teils lohnbezogen, teils kapitalbezogen sind.

(a) Zur Deckung sozialer Zuwendungen führen die Betriebe 10% ihrer Lohnkosten als Sozialversicherungsbeitrag und 15% als Lohnsteuer ab.³⁾

(b) Die Reineinkommensteile, die sich nach dem Kapitalbedarf richten, sind auf etwa 10% des gebundenen Kapitals veranschlagt.⁴⁾ Hiervon fließen 5% (dieser Satz wird als Mindestrentabilität des eingesetzten Kapitals angesehen) in die Staatskasse, der Rest verbleibt in Form von Unternehmungsgewinn bei den Betrieben.

(c) Wirtschaftszweige und Betriebe, die aufgrund von verschiedenen Standortvorteilen eine Differentialrente erzielen, müssen diese in Form einer Produktionssteuer abführen. Dieser Reineinkommensteil ist weder lohn- noch kapitalbezogen, sondern ist so bemessen, daß die Zweige und Betriebe, die ihn zahlen müssen, keine günstigeren Preise erzielen können als die Zweige und Betriebe, die substituierende Produkte herstellen. (Als bekanntes Beispiel dient das Erdöl, das auf diese Weise so verteuert wird, daß die Kohle wettbewerbsfähig bleibt. Dabei wird der Preis der

1) Csikós-Nagy, Die ungarische ..., a.a.O., S. 211

2) Esze, ebenda. Preisverzerrungen würden auch jene Kalkulation verfälschen, in die sie als Kostenelemente eingehen.

3) Révész, a.a.O., S. 20 f.

4) Siehe Punkt 7. dieses Abschnittes.

Kohle durch Preissubventionen gesenkt, deren Quelle die Produktionssteuer des Erdöls ist.¹⁾)

Von den auf dieser Kostengrundlage kalkulierten Preisen erwartet man, daß sie die gesellschaftlichen Aufwendungen der Produktion erfassen und im Sinne der Theorie das Preiszentrum darstellen. Aufgrund bestimmter Faktoren müssen aber - so wird betont - die konkreten Preise vom Preiszentrum abweichen. Welche sind diese Faktoren?

4. Die Marktbedingungen als Faktor der Preisbildung

Da die Marktbedingungen sich laufend verändern, müssen die Preise so flexibel sein, daß sie sich den veränderten Bedingungen anpassen können. Dabei ist die Beziehung zu den Kosten nicht mehr von primärer Bedeutung.²⁾ Für die Veränderungen der Marktbedingungen werden als wichtigste Gründe genannt:

(a) die Veränderungen der Weltmarktpreise, also der Preise, zu denen ein wesentlicher Teil der ungarischen Produktion abgesetzt wird. bzw. zu denen Waren im Ausland verkauft werden.

(b) Die Arbeitsproduktivität und damit die Wertverhältnisse sind ständigen Änderungen unterworfen.

(c) Wegen der Unkenntnis der Angebots- und Nachfrageelastizitäten wird man nie genau wissen, welche Mengen eines bestimmten Gutes zu einem gegebenen Preis angeboten bzw. nachgefragt werden. Also darf man den Kostenpreis nicht als Fixpreis setzen, sondern man muß die Preise derartigen Veränderungen der Marktbedingungen folgen lassen.³⁾

5. Gesellschaftliche Präferenzen als Preisbildungsfaktor

Dann können bestimmte wirtschaftspolitische Ziele und weiterhin

1) Vgl. Csikós-Nagy, Die ungarische ..., a.a.O., S. 214 f.

2) Csikós-Nagy, Béla: Miért szükséges milyen változásokat hoz a fogyasztói árreform? (Warum ist die Reform der Konsumentenpreise notwendig, und welche Änderungen wird sie bringen?), in: Népszabadság, 21.12.1967

3) o.V.: A fogyasztói árreform (Reform der Konsumentenpreise), in: Figyelő, 28.12.1967

eine gegebene Struktur der Produktion, des Verbrauchs wie des Export-Imports Preisrelationen erforderlich machen, die erheblich von den Kostenverhältnissen abweichen. Auf die Produktionssteuer als preisabweichenden Faktor wurde schon hingewiesen. Der Aufbau neuer Produktionszweige oder die Einführung neuer Produkte kann mit so hohen Kosten verbunden sein, daß sich bei kostengerechten Preisen keine Käufer finden. Wenn dies aber nur für eine Übergangszeit gilt, kann der Staat - bis die optimale Produktionsstruktur erreicht ist - mit Subventionen die auftretenden Verluste ausgleichen. Aus strategischen und versorgungspolitischen Gründen kann dieser Zustand sogar längere Zeit aufrechterhalten werden. Aus gesundheits-, kultur- und allgemeinpolitischen Gründen kann der Staat die Preise bestimmter Produkte unter oder über den Kosten halten wollen. Präferenzen, die in den Außenhandelspreisen Ausdruck finden, können zum Schutze der inländischen Produktionskräfte gesetzt sein. Aus einkommenspolitischen Gründen schließlich werden die landwirtschaftlichen Preise so manipuliert, daß sie neben der Kostendeckung der Produktion der Landbevölkerung ein Einkommen zusichern, das einem Vergleich mit den Einkommen der Industriearbeiter standhält. (In den landwirtschaftlichen Preisen fehlen z.B. Reineinkommensteile wie Lohnsteuer und Mittelbindungsgebühr, dafür aber liegt das landwirtschaftliche Preisniveau um 10 - 15% unter dem Wertniveau.¹⁾

6. Die Preiskategorien im neuen System

Wegen der Anforderung an die Preise bezüglich ihrer Wirkung auf die Steuerung der Produktion und des technischen Fortschritts wurde mit dem System der starren Preise gebrochen. Um dem Preissystem die nötige Flexibilität zu geben, wurden vier Preiskategorien eingeführt:

- | | |
|------------------|-------------------------|
| (a) Fixpreise | (= 20%) |
| (b) Höchstpreise | (= 30%) |
| (c) Margenpreise | (= 27%) |
| (d) freie Preise | (= 23%) ²⁾ |

1) Csikós-Nagy, Die ungarische ..., a.a.O., S. 213

2) o.V.: A fogyasztói ... ebenda

Dieser Anteil der einzelnen Preiskategorien an der Summe aller Preise galt am 1.1.1968. Das Fernziel der Reformer ist jedoch, im Laufe der nächsten Jahre immer mehr Fix- und Höchstpreise in die Kategorie der Margenpreise zu überführen bzw. immer mehr Margenpreise dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage preiszugeben. Einzige Ausnahme in diesem Programm sind die Agrarpreise, bei denen der Preisdirigismus weiterhin beibehalten wird.¹⁾ Die stufenweise Freigabe der Preise ist nach ungarischer Auffassung deshalb möglich, weil der Staat die Regelung der Einkommen weiterhin beeinflussen wird und damit die eine Marktseite (Nachfrage) kontrollieren kann. (Freilich hat der Staat auch zahlreiche Möglichkeiten, auf die Angebotsseite Einfluß zu nehmen. Hier seien nur die Steuerpolitik sowie das Banken- (Kredit-) und Außenhandelsmonopol als Instrumente genannt.) Deshalb ist das Leitprinzip für das Marktgeschehen in der Zukunft: "Der Staat regelt die Einkommen, der Markt bildet die Preise."²⁾

7. Exkurs: Ein konkretes Kalkulationsschema für die Bildung des Produzentenpreises

Das neue ungarische Preissystem kann als eine Kombination marktwirtschaftlicher und dirigistischer Elemente betrachtet werden. Als erstere sind die Margen- und die freien Preise zu werten, die den Anbietern und Nachfragern Gelegenheit geben, frei über den Preis zu verhandeln.

Als dirigistische Elemente gelten die Fix- und Höchstpreise sowie die für die Preisbildung und für Preisänderungen erlassenen staatlichen Vorschriften.

Zu den administrativen Zügen des neuen Preissystems gehört unter anderem auch, daß die Preisbehörden für jeden Wirtschaftszweig einheitliche Kalkulationsschemas vorschreiben. Sie werden erlassen, damit die Preiskalkulation bei den zu einem Wirtschaftszweig

1) Konitzer, Hanni: Auf der Suche nach Unternehmern, in: F.A.Z., 21.4.1967 und Csikós-Nagy, Die ungarische ..., a.a.O., S. 212 ff. und 218

2) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 114 f.
Vgl. auch: Freie Preisbildung in Ungarn?, in: F.A.Z., 30.4.66

gehörenden Betriebe einheitlich, übersichtlich und kontrollierbar ist und damit von dieser Seite her ein Beitrag zur Preisstabilität geleistet wird.¹⁾

In die Preiskalkulation finden in der Regel folgende Kostenarten Eingang:

- (a) d i r e k t e M a t e r i a l k o s t e n , deren Kalkulationsgrundlage für 1968 die erwarteten Weltmarktpreise sein sollen;
- (b) d i r e k t e r L o h n (Lohn der direkt an der Produktion beteiligten Arbeiter);
- (c) s o z i a l e A u f w e n d u n g e n für die direkt an der Produktion beteiligten Arbeiter (10% der Lohnsumme);
- (d) G e m e i n k o s t e n , die im vorgeschriebenen v.-H.-Satz der direkten Lohnsumme zu errechnen sind;
 - (da) Lohnsteuer (15%);
 - (db) Gemeinkosten der Kostenstellen;
 - (dc) betriebliche Gemeinkosten;
- (e) A m o r t i s a t i o n s k o s t e n (Kosten der einfachen Reproduktion);
- (f) K o s t e n d e r t e c h n i s c h e n E n t w i c k l u n g , in denen die Kosten der erweiterten Reproduktion zum Ausdruck kommen, wobei ein Durchschnittskostensatz der in den letzten zwei bis vier Jahren für Neuerungen ausgegebenen Summe veranschlagt werden darf;
- (g) M i t t e l b i n d u n g s g e b ü h r (5%);

1) Márton, Miklós: Hogyan készül a termelői ár? (Wie entsteht der Produzentenpreis?), in: Népszabadság, 2.12.1967. Das folgende Kalkulationsschema wurde diesem Artikel entnommen, ergänzt mit den Ausführungen von Földes, István: Az új gazdasági mechanizmus működésének fontosabb szabályai (Die wichtigsten Regeln des Wirkens des neuen Wirtschaftsmechanismus, Budapest 1967, S. 17

(h) Gewinn¹⁾, zu kalkulieren nach einem Gewinnschlüssel, der von der Preisbehörde herausgegeben wird und teils nach Produkten, teils nach Wirtschaftszweigen differenziert ist²⁾ (im Durchschnitt 5% des eingesetzten Kapitals).

Diese Kalkulationsvorschriften sollen auf alle möglichen Preiskategorien wirken:

(a) Für die Höchstpreise bedeuten sie, ergänzt mit Handelsspanne + Umsatzsteuer, die Preisobergrenze.

(b) Für die Margenpreise bedeuten sie (wieder mit Handelsspanne + Umsatzsteuer) die Richtpreise.

(c) Für die freien Preise haben sie deshalb ihre Bedeutung, weil sie der Preisbehörde die Preiskontrolle³⁾ erleichtern. Die Erzeuger müssen die effektiven Kosten aufführen, an denen die Preisbehörde erkennen kann, ob der Endverbrauchspreis "marktgerecht" ist oder ob in ihm preistreiberische Tendenzen zum Ausdruck kommen.⁴⁾ Im letzteren Falle werden Gegenmaßnahmen ergriffen.

8. Reform des Umsatzsteuer- und Subventionssystems

In Folge der Ablehnung des dualistischen Prinzips im Preissystem

1) In Verbindung mit dem Gewinn muß man auf einen wesentlichen Unterschied gegenüber dem alten System hinweisen. Der Gewinn ist der Ausdruck der Rentabilität der Produktion. In den alten Preisen war das Verhältnis zwischen Selbstkosten und Preis das Maß der Rentabilität. (Ein bestimmter Prozentsatz der Selbstkosten wurde als Gewinn in den Preisen realisiert.) In den neuen Preisen erfolgt die Berechnung der Rentabilität nach der Kapitalsumme, die bei der Produktion gebunden ist. Damit wandelt sich der Begriff der Rentabilität: Sie besagt nicht mehr, wieviel Prozent Gewinn in den Preisen enthalten ist, sondern wie schnell das bei der Produktion gebundene Kapital über die Preise wieder ersetzt wird. Vgl. Földes, Az új gazdasági ..., a.a.O., S. 18 und Csikós-Nagy, Béla: Hol tartanak az árreform előkészületei? (Wo stehen die Vorbereitungen zur Preisreform?), in: Népszabadság, 14.12.1967

2) Zu den Gesichtspunkten, nach welchen die Differenzierung der Gewinnsätze erfolgt, s. Csikós-Nagy, Die ungarische ..., a. a.O., S. 216 bzw. S. 41 dieser Arbeit.

3) Márton, Hogyan készül ..., ebenda

4) Vgl. die Ausführungen auf Seite 89 f.

hatte sich die Rolle der Umsatzsteuer und der Preissubventionen geändert. Da im neuen System die Produzentenpreise nicht nur die Selbstkosten decken, sondern in Form von Lohnsteuer, Mittelbindungsgebühr und Unternehmensgewinn einen wesentlichen Teil des Reineinkommens abschöpfen, dienen Umsatzsteuer und Preissubventionen hauptsächlich der Abweichung der Konsumentenpreise von den Produktionskosten im Sinne staatlicher Präferenzen.¹⁾ Die Neuregelung der Konsumentenpreise ging mit einer Reform des Umsatzsteuer- und Subventionssystems einher.

Dazu freilich, daß die Endverbrauchspreise nur um die gewollten staatlichen Präferenzen und um die Marktbedingungen von den Produktionskosten abweichen, hätte das Konsumentenpreisniveau grundlegend geändert werden müssen. Berechnungen haben ergeben, daß die Lebensmittelpreise um 25%, die Preise im Verkehr um 28% und die Preise der Dienstleistungen um 135% hätten gehoben, während die Preise der Industrieerzeugnisse um 17 - 20% hätten gesenkt werden müssen.²⁾ Da viele Verzerrungen in den alten Preisrelationen traditionell bedingt waren, glaubte die Wirtschaftsführung aus einkommenspolitischen Gründen und aus Gründen der erwarteten Strukturänderung der Nachfrage so drastische Änderungen der Preise nicht vornehmen zu können.³⁾ Die gegenwärtige Reform der Konsumentenpreise ist deshalb nur als erster Schritt in Richtung auf ein Preissystem zu werten, dessen Endverbrauchspreise ausschließlich von den drei⁴⁾ oben genannten Preisbestimmungsfaktoren abhängig sind.⁵⁾

Im Zuge der Umsatzsteuerreform wurden die einzelnen Steuersätze innerhalb einer Warengruppe abgeschafft und wurde durch die Zusammenlegung von Warengruppen die Zahl der Steuerschlüssel auf etwa 1.000 verringert.⁶⁾ Da die staatlichen Präferenzen nicht einzelne Artikel, sondern ganze Warengruppen betreffen (Verkehrsleistungen, alkoholische Getränke etc.), sind innerhalb einer

1) Jávorka, ebenda

2) Jávorka, ebenda

3) o.V., A fogyasztói ..., ebenda

4) Vgl. Seite 79 ff. dieser Arbeit

5) o.V., A fogyasztói ..., ebenda

6) Csikós-Nagy, Miért szükséges ..., ebenda

Gruppe die Steuer- und Subventionssätze einheitlich.

Dies hatte erhebliche Preisänderungen zur Folge: Bisher subventionierte Preise oder solche, die mit weniger Umsatzsteuer belastet waren als der gegenwärtige Umsatzsteuerschlüssel der Gruppe, stiegen; solche, die bis zur Reform eine überdurchschnittliche Umsatzsteuer trugen, sanken.¹⁾ Zum 1.1.1968 wurden 28% der Konsumentenpreise geändert: 10% stiegen, 18% wurden gesenkt.²⁾

Trotz der Bewegung der Einzelpreise haben sich das Preisniveau als Ganzes und das Preisniveau der Warengruppen kaum geändert. Die Steuerschlüssel blieben im wesentlichen unangetastet, und nur die Steuersätze wurden auf die Steuerschlüssel ausgerichtet. Dieser Umstand hat für die Preisbildung den Vorteil, daß ein errechneter Produzentenpreis gleichzeitig auch die Höhe des Konsumentenpreises ergibt. Ersterer muß nur mit der (genormten) Handelsspanne und mit dem einheitlichen Steuerschlüssel der Warengruppe, der das betreffende Produkt angehört, ergänzt werden. So gesehen besteht heute zwischen Produzenten- und Konsumentenpreisen über die jeweiligen Umsatzsteuerschlüssel eine organische Verbindung.

Die Preissubventionen behielten auch nach dieser Reform ihre große Bedeutung. Im Haushaltsplan für das Jahr 1968 sind die Preissubventionen für Fleischwaren mit 1,5 Mrd., für Milcherzeugnisse mit 1,4 Mrd., für Personenbeförderung mit 3,9 Mrd. und für Wohnungen mit 1,2 Mrd. Forint veranschlagt,³⁾ wobei nur die größten Posten aufgezählt sind.

9. Droht die Gefahr einer Inflation?

Ein wichtiger Faktor für die Preisreform war und ist die Haltung der Öffentlichkeit. Im "durchschnittlichen Osteuropäer ... lebt ein tiefverwurzeltes Mißtrauen gegen jede Preisreform, da

1) Wenn der Umsatzsteuerschlüssel der Gruppe 9% beträgt und der Preis eines Artikels früher mit 7% subventioniert wurde, ist der neue Preis um $9 + 7 = 16\%$ angehoben worden.

2) Csikós-Nagy, Miért szükséges ..., ebenda

3) Quelle: Népszabadság, 24.12.1967

es ihm nach früheren Reformen regelmäßig schlechter erging als zuvor".¹⁾ Er verdächtigt selbst die Einführung eines neuen Systems mit nur begrenzt freien Preisen als verdecktes Mittel für Preiserhöhungen.²⁾ Nun gibt es auch eine Reihe Argumente, die dafür sprechen, daß bei einer Freigabe der Preise diese sich nach oben bewegen würden. Folgendes spricht für eine inflationäre Entwicklung:³⁾

(a) Große Unternehmungen nehmen auf ihrem speziellen Produktionssektor oft eine Monopolstellung ein.

(b) Bestimmte Konsumgüter sind heute noch Mangelware.

(c) Wegen des allgemeinen Devisenmangels ist die Schaffung eines Marktgleichgewichts durch Importe nicht zu erwarten.

(d) Durch die Jahre akuten Mangels an Waren und durch die Unmöglichkeit größerer privater Geldanlagen ist ein Nachfrageüberhang vorhanden, der bei freien Preisen zu Preiserhöhungen führen würde.

Die Gründe für eine mögliche inflationäre Entwicklung wurden auch von den Reformern anerkannt; diese trafen zur Eindämmung der Preissteigerungen folgende Regelungen:

(1) Administrative Maßnahmen, die mit den dirigistischen Elementen des neuen Preissystems zusammenhängen.

(a) Damit sich die Kaufkraft der Währung nicht wesentlich verändert und damit sich die Struktur der Nachfrage nicht abrupt verschiebt, ist man bei der Auswahl der Anwendungsgebiete der einzelnen Preiskategorien so verfahren, daß man freie Preise dort eingeführt hat, wo ausgewogene Marktverhältnisse angenommen werden konnten. Fixpreise und Höchstpreise dagegen kamen dort zur Anwendung, wo die Nachfrage infolge Kapazitätsmangels nicht oder

1) Gamarnikow, Michael: Preise und Markt, in: O.R., München 1966, Heft 6, S. 6

2) ders., ebenda

3) ders., S. 3 f. und Révész, a.a.O., S. 13 ff.

nur durch teure Importe befriedigt werden könnte.¹⁾

(b) Um eine auf diese Weise herbeigeführte Stabilität auf den Teilmärkten zu wahren, ist eine Abweichung von den Fixpreisen nur mit Genehmigung der Preisbehörde gestattet. Die Preissenkung im Bereich der Höchstpreise ist frei, eine Preiserhöhung dagegen genehmigungspflichtig. Im Margenbereich ist die Preisabweichung sowohl nach oben wie auch nach unten frei.²⁾

(c) Der Preisstabilität dient auch der Umstand, daß ein Betrieb die Absicht einer Preiserhöhung vorher der Preisbehörde melden muß. Die Genehmigung erfolgt innerhalb von 20 Tagen, sie kann aber für drei Monate aufgeschoben werden. Weiterhin müssen die Betriebe ihre Kalkulationsunterlagen der Preisbehörde vorlegen, falls diese im Zuge der Preiskontrolle darum ersucht.³⁾

(2) Um den Wettbewerb zu intensivieren, wurden die Profil-Vorschriften, die den Betrieben ihre Tätigkeit vorschreiben, teilweise geändert, so daß es theoretisch keine Monopolbetriebe mehr geben kann, denn es gibt ja - argumentiert man - eine potentielle Konkurrenz.⁴⁾

(3) Die staatlichen einkommens- und kreditpolitischen Richtlinien sind so konstruiert, daß die Wirtschaftsführung die Gesamtnachfrage weitgehend regulieren und den Preisauftrieb bremsen kann.

(4) Die Importe sollen teilweise unter dem Gesichtspunkt getätigt werden, daß sie zur Beseitigung von Marktungleichgewichten beitragen.⁵⁾

1) Márton, Miklós: Árreform a fogyasztó érdekében (Preisreform im Interesse des Verbrauchers), in: Népszabadság, 23.9.67

2) o.V.: Az árszabályozásról (Von der Preisregelung), in: Népszabadság, 13.12.1967

3) o.V.: Az árszabályozásról, ebenda

4) Csapó, Tervgazdálkodás ..., a.a.O., S. 45

5) Biró, József: Külkereskedelmünk és az új mechanizmus (Der Außenhandel und der neue Mechanismus), in: Népszabadság, 23.12.1967

III. Kapitel:

DAS SYSTEM DES MATERIELLEN ANREIZES

A) Das traditionelle System des materiellen Anreizes

1. Der Platz der materiellen Interessiertheit im Wirtschaftsmechanismus

Die sozialistische Wirtschaftsführung verfügt über zwei Methoden, mit deren Hilfe sie die wirtschaftspolitischen Ziele zu erreichen sucht. Von den Plananweisungen an die produzierenden Einheiten war schon die Rede. Die andere Methode besteht darin, das Interesse der Betriebe und der Beschäftigten der Wirtschaft durch materielle und ideelle Anreize zu wecken und die Betriebe wie auch ihre Beschäftigten bei der Verwirklichung der Planziele dienstbar zu machen. Hier soll nur von materiellen Anreizmitteln gesprochen werden.

Die beiden grundlegenden Methoden der Wirtschaftslenkung hatten in den einzelnen Phasen der Planwirtschaft eine unterschiedliche Bedeutung. Während in Ungarn bis 1957 die Plananweisungen im Vordergrund standen und die Stimulierung sich in erster Linie auf die Erfüllung der quantitativen Planvorschriften richtete, erlangte nach 1957 auch das System des materiellen Anreizes - als Führungsmethode - zunehmende Bedeutung. Es hing nicht zuletzt damit zusammen, daß der arbeitsteilige Wirtschaftsprozess differenzierter wurde und immer weniger Fragen dieses Prozesses mit direkten Plananweisungen zu erfassen waren.

Damit der materielle Ansporn wirksam wird, müssen indessen zwei Voraussetzungen erfüllt werden. Die Steigerung der betrieblichen Interessiertheit an der Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Ziele ist nur dann sinnvoll, wenn das Betriebsinteresse mit dem Interesse der gesamten Volkswirtschaft übereinstimmt. Ist diese Interessengemeinschaft nicht gegeben, kann die materielle Interessiertheit der Betriebe zu einem - im gesamtwirtschaftlichen Sinne - unerwünschten Ergebnis führen.

Zweite Voraussetzung der Wirksamkeit der materiellen Interessiertheit ist die Ausweitung der betrieblichen Selbständigkeit und Verantwortung. Wenn die Betriebe sich bei der Entscheidung wichtiger Fragen auf zentrale Anweisungen und Kennziffern berufen können, verliert die Stimulierung auf sparsamere Mittelverwendung, auf bessere Qualität, auf den technischen Fortschritt etc. an Bedeutung.¹⁾

Das System des materiellen Anreizes umfaßt Stimulierungsmittel, die auf den Betrieb, und solche, die auf die einzelnen Beschäftigten der Betriebe wirken. Erstere unterteilt Stark in direkt und indirekt wirkende, letztere in solche, die auf den einzelnen oder auf ein Kollektiv (eine Gruppe) gerichtet sind.²⁾

2. Anreizmittel, die auf den Betrieb wirkten

a) Direkte Stimulierungsmethoden

a1) Die Gewinnbeteiligung

Ungarn führte 1957 als zweites Land im sozialistischen Lager nach Jugoslawien die Gewinnbeteiligung ein. Der Grundgedanke dieser Gewinnbeteiligung war, daß der Betrieb einen Teil des Gewinns, der über dem Gewinn des betrieblichen Rentabilitätsplanes lag, unter den Beschäftigten verteilen bzw. für Entwicklungszwecke behalten konnte.

Die Beteiligungssumme setzte sich aus zwei Komponenten zusammen:

(a) Für die Erfüllung der Grundrentabilität (Gewinnplan) durfte der Betrieb vom Überplanmäßigen Gewinn 20% der im Vorjahr (Basisjahr) ausgeschütteten Mittel und 10% der Gewinnausschüttung des vorletzten Jahres zurückbehalten.

(b) Für die Planübererfüllung konnte ein dem Lohnkostenanteil (an den Gesamtkosten) entsprechender v.H.-Satz zurückbehalten werden.

1) Stark, Antal: A magyar ipar (Die ungarische Industrie), Budapest 1966, S. 177 f.

2) Stark, a.a.O., S. 179

Noch ein weiterer Faktor hat die Höhe der auszuschüttenden Gewinne beeinflußt: der Lohnanteilmultiplikator. Da in den Betrieben der Lohnanteil oft sehr unterschiedlich war und da sich trotz gleicher Anstrengungen in dem einen Betrieb oft ein höherer Gewinn erzielen ließ als in einem anderen, hat das Finanzministerium, um unberechtigte Vor- oder Nachteile auszugleichen, sogenannte Lohnanteilmultiplikatoren festgesetzt.¹⁾ Sie waren teils größer, teils kleiner als eins; mit ihnen mußte man den Lohnanteil multiplizieren, um zu dem v.H.-Satz zu kommen, der tatsächlich vom überplanmäßigen Gewinn zurückbehalten werden durfte. Ein Zahlenbeispiel soll das bisher Gesagte verständlicher machen:

Lohnanteil	20%
Lohnanteilmultiplikator	1,5
Gewinnausschüttung des Basisjahres	300.000 Ft.
Gewinnausschüttung des vorletzten Jahres	200.000 Ft.
Überplanmäßiger Gewinn	1.600.000 Ft.
davon in den Entwicklungsfonds (10%)	160.000 Ft.
Zurückgehaltener Gewinn nach dem Basisjahr	60.000 Ft.
Zurückgehaltener Gewinn nach dem vorletzten Jahr	20.000 Ft.
Zurückgehaltener Gewinn nach dem laufenden Jahr ($20 \times 1,5 = 30\%$)	480.000 Ft.
Gewinnbeteiligung insgesamt:	560.000 Ft.

Der Rest des überplanmäßigen Gewinns gehörte dem Staat. Über die Verwendung der Gewinnbeteiligungssumme in concreto entschieden die Betriebsführung und die betrieblichen Gewerkschaftsvertreter. Ein Teil wurde den verschiedenen betrieblichen Fonds (für soziale, kulturelle Zwecke, als Beihilfen etc.) zugeführt, den Rest teilte man zwischen den Arbeitnehmern auf. Es war üblich, die Gewinnbeteiligung des einzelnen als ein Mehrfaches des Tageslohnes aus-

1) Stark, a.a.O., S. 189

zudrücken. Wenn die Tageslohnsumme unseres Betriebes mit 40.000 Ft. angenommen wird, entsprach die Gewinnbeteiligung (560 : 40) 14 Tageslöhnen. Es durfte jedoch nicht mehr als ein Monatslohn (25 Tage) ausgeschüttet werden.

a11) Kritik an der Gewinnbeteiligungspraxis

Das oben beschriebene System der Gewinnbeteiligung war aus mehreren Gründen nicht geeignet, auf längere Sicht als Anreiz für erhöhte Leistungen zu dienen.

a111) Beteiligung am Mehrgewinn

Die Arbeitnehmer wurden an dem Gewinn nur in geringem Maße beteiligt (siehe: Komponente (a)); denn die Beteiligung wurde erst interessant, wenn das Gewinnniveau des Vorjahres überschritten wurde (Beteiligung am Mehrgewinn = Komponente (b)).¹⁾ Das einmal erreichte Gewinnniveau aber wurde im nächsten Jahr zum Plansoll. Je höher also das Niveau des Vorjahres war, um so schwieriger wurde es, einen Mehrgewinn zu erwirtschaften. Je schneller die Reserven zur Kostendeckung ausgeschöpft waren, um so eher wurde die Gewinnbeteiligung zur Bedeutungslosigkeit degradiert.²⁾ Diese Feststellung wird auch von nachfolgender Tabelle untermauert, die zeigt, daß die Gewinnbeteiligung als Anreizmittel im Laufe der Jahre an Bedeutung verlor.³⁾

Gewinnbeteiligung in der staatlichen Industrie Ungarns

Jahr	Summe (Mill.Ft.)	Zahl der Tage
1957	-	15,5
1958	-	14,9
1959	929	16,0
1960	930	14,6
1961	804	11,9
1962	780	10,7
1963	710	9,3
1964	850	10,5

1) o.V. - Kádár und die Gewerkschaften, in: Wd-SOE, München 1963, Heft 7/8, S. 121

2) Vgl. Linder, a.a.O., S. 74

3) Quelle: Stark, a.a.O., S. 190

a112) Widerspruch in den Plankennziffern

Widersprüchlichkeiten in den Plankennziffern hemmten die Wirksamkeit der Gewinnbeteiligung ebenfalls. Die Gewinnerhöhung war an die Selbstkostensenkung gebunden; für die Planerfüllung war der Gesamtproduktionswert maßgebend. Wurde also Material eingespart (Selbstkostensenkung), so sank auch der Gesamtproduktionswert und hemmte die Planerfüllung. Was auf der einen Seite durch Gewinnerhöhung gewonnen wurde, ging auf der anderen durch Verlust an Prämien verloren.

a113) Gewinnbeteiligung und Preise

Eine weitere Ursache für die zunehmende Wirkungslosigkeit der Gewinnbeteiligung lag in der Konstruktion der Preise verborgen. Im vorigen Kapitel wurde gezeigt, daß in den einzelnen Preisen verschieden hohe Gewinnanteile realisiert wurden. Deshalb war dann auch die Rentabilitätslage eines Betriebes nicht nur von der Qualität der dort geleisteten Arbeit abhängig, sondern auch vom Sortiment der dort produzierten Güter.¹⁾ Mit Recht konnte eine Verbesserung oder Verschlechterung des Betriebsergebnisses, deren Ursache in der Veränderung der Zusammensetzung der vom Betrieb produzierten Güter zu suchen war, nicht Grundlage der Gewinnbeteiligung sein. Man hat aus diesem Grunde das System des gewinnberichtigenden Preisausgleichs²⁾ eingeführt. Für die Erzeugung zeitgemäßer, exportfähiger qualitativ hochwertiger etc. Produkte wurde eine Preisunterstützung gewährt, die die Rentabilität verbesserte. Gleichzeitig wurden unzeitgemäße und minderwertige Produkte mit einer gewinnschmälernden Sondersteuer belegt.³⁾ Als Ergebnis dieses Preisausgleichsystems resultierten 1963 22% der Gewinnbeteiligung in der Industrie aus Korrekturen, also aus der Anerkennung nichtbetrieblicher Tatbestände.⁴⁾ So konnte der Eindruck entstehen, als

1) Stark. a.a.O., S. 191

2) Stark. a.a.O., S. 191

3) Vgl. o.V.: Investitionsprobleme in Ungarn, in: WD-SOE, München 1964, Heft 4/5, S. 52

4) Stark, a.a.O., S. 192; weitere Zahlen siehe in: Kádár und die Gewerkschaften, a.a.O., S. 122

sei die Gewinnbeteiligung letzten Endes nicht das Ergebnis betrieblicher Tätigkeit, sondern geschickter Preis- und Steuermanipulationen.¹⁾

a2) Der betriebliche Entwicklungsfonds

Dieser Fonds wurde 1955 eingeführt und war seit 1957 eng mit dem Gewinn verbunden. Von dem jeweiligen Mehrgewinn durften 10% abgezweigt werden.

Aus diesem Fonds finanzierte der Betrieb außerplanmäßige Produktinvestitionen, Beihilfen und Stipendien.²⁾

b) Indirekte Stimulierungsmethoden

Neben den direkten Methoden des Anreizes zur Verbesserung der Rentabilitätslage eines Betriebes wurden auch indirekte Methoden angewandt. Sie beeinflussten das Betriebsergebnis zwar nicht direkt, animierten aber zu einer wirtschaftlicheren Mittelverwendung und wirkten so indirekt auf die betriebliche Rentabilität,

b1) Der Zins

Die Versorgung der Betriebe mit Anlage- und Umlaufmitteln erfolgte bis 1957 größtenteils aus dem Staatshaushalt und war kostenlos.³⁾ Nach 1957 wurde der Umlaufmittelbedarf der Betriebe aus Bankkrediten gedeckt, für deren Inanspruchnahme sie einen Zins entrichten mußten. Der bemessene Zinsfuß sollte die Betriebe zur Sparsamkeit mit Umlaufmitteln anregen. Die 1964 eingeführte Mittelbindungsgebühr auf Anlagekapital war ein konsequenter Schritt in die begonnene Richtung.

b2) Die Lohnsteuer

Das gesellschaftliche Reineinkommen floß aus mehreren Kanälen. Einer dieser Kanäle war die Verpflichtung der Betriebe, nach Maß-

1) Stark, a.a.O., S. 194

2) Kádár und die ..., a.a.O., S. 121

3) Nur ein geringer Teil des Umlaufmittelbedarfs wurde durch Bankkredite gedeckt.

gabe der ausgezahlten Lohnsumme Lohnsteuer zu entrichten. Die Realisierung des Reineinkommens war hier an den Lohnaufwand gebunden. Die Lohnsteuer wurde 1946 eingeführt, erst in differenzierter, dann in einheitlicher Höhe (21%). Zwischen 1951 und 1959 wurde sie nicht erhoben und erst 1959 wieder eingeführt (15%).¹⁾

Die Lohnsteuer veranlaßte die Betriebe, mit dem Produktionsfaktor Arbeit sparsam umzugehen. Ungünstig beeinflusste sie die Kostenlage der arbeitsintensiven Zweige.

b3) Fonds für die technische Entwicklung

Dieser Fonds wurde 1959 eingeführt und nach einem differenzierten Schlüssel prozentual aus den Betriebseinnahmen gespeist. Er sollte das Dilemma beseitigen helfen, das daraus entstand, daß die Betriebe auf technische Verbesserungen verzichteten, weil sie ihre Geldmittel für die quantitative Planerfüllung der Produktionspläne brauchten.²⁾ Nunmehr war für solche Zwecke eine finanzielle Deckung geschaffen.³⁾ Die diesem Fonds zugeführten Mittel belasteten die Selbstkosten, gingen also in die Kennziffer "Gesamtproduktionswert" ein. Die stimulierende Wirkung wurde darin gesehen, daß eine zweckmäßige Verwendung der Fondsmittel zum technischen Fortschritt beitragen und das Betriebsergebnis verbessern konnte. Ein Teil der Fondsmittel durfte zur Finanzierung der staatlichen Forschungsinstitute entzogen werden.⁴⁾

b4) Der Garantiefonds

Er wurde 1959 gebildet, damit die Fehler der schon gelieferten Waren innerhalb einer bestimmten Frist kostenlos beseitigt werden konnten. Der Garantiefonds sollte die Herstellung von Qualitätserzeugnissen anregen. Soweit die aus der Garantie stammenden

1) Berényi, József: Bérek az iparban (Löhne in der Industrie), Budapest 1966, S. 72 f.

2) o.V.: Investitionsprobleme ..., a.a.O., S. 52

3) Der Unterschied zum Entwicklungsfonds war der, daß während die Mittel des Fonds für technische Entwicklung der Einführung neuer Produkte und Produktionsverfahren dienten, aus ersterem die Investitionen durchgeführt wurden, die eine Kapazitätserweiterung ohne technische Neuerungen brachten.

4) Stark, a.a.O., S. 200

Kosten kleiner waren als die Mittel des Fonds, erhöhte der Rest das Betriebsergebnis.

3. Anreizmittel, die auf die Betriebsangehörigen wirkten

a) Der Lohn

a1) Die Bedeutung des Lohnes als Mittel des materiellen Anreizes

Der Lohn sollte das wichtigste Element im System des materiellen Anreizes sein. Diese Funktion konnte er jedoch nicht erfüllen, "weil sich weitgehend die Ansicht durchgesetzt hat, als sei der Lohn das Mittel, mit dem eine minimale Leistung abgegolten wird, und als müßten alle anderen Leistungen mit zusätzlichen Zuwendungen bedacht sein".¹⁾ Diese Ansichten entstanden aus dem "lohnpolitischen Egalitätsprinzip" und aus der "engen Variationsbreite der Lohnskala"²⁾, die besonders für die Anfangsphase der Planwirtschaft typisch waren³⁾, sie bildeten sich aber auch deshalb, weil das generelle Lohnniveau nur ein äußerst knappes Auskommen sicherstellte.⁴⁾ Daß ein solches Lohngefüge nicht den erwünschten stimulierenden Effekt (namentlich auf die Produktivität) auslösen konnte, wurde relativ früh erkannt,⁵⁾ und es wurden Versuche unternommen, durch eine differenzierter aufgebaute Lohnstruktur den materiellen Anreiz zu erhöhen. Diese Bestrebungen mußten indessen unter drei miteinander rivalisierenden Gesichtspunkten vorgenommen werden: Einmal stand die Doktrin gegen die Dehnung der Lohnstruktur, sodann konnte die Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Lohnfonds nicht ohne Beeinträchtigung der übrigen Planziele (Investitionen) vorgenommen werden, und schließlich gewann man die Einsicht, daß die bestehenden Verhältnisse einen ungünstigen produktivitätstechnischen Einfluß hatten.⁶⁾

1) Stark, a.a.O., S. 261

2) Linder, a.a.O., S. 64

3) Dies wird auf den nächsten Seiten noch zu zeigen sein.

4) Vgl. Linder, a.a.O., S. 63 bzw. 67, und Backe-Dietrich, Berta: Der Lebensstandard in Ungarn, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Berlin 1966, S. 438 ff.

5) Linder a.a.O., S. 64

6) Linder a.a.O., S. 65

a2) Die Entwicklung in der Lohnpolitik

Die Zentralisierung in der Lohnpolitik begann in Ungarn noch vor der Einführung der Planwirtschaft. Schon Anfang 1945 wurde ein sogenannter "Kollektivvertrag" (Lohntarif-Vertrag) zwischen dem Staat und der Gewerkschaft abgeschlossen, der die Lohnrelationen in der Wirtschaft bestimmte. Das Land wurde nach den Versorgungs-verhältnissen in vier Zonen eingeteilt, wobei der Unterschied in den Lohnrelationen der Zonen je 5% betrug. Bis 1949 wurden noch mehrere Kollektivverträge abgeschlossen, die aber an der Zonen-Aufteilung festhielten.¹⁾

Im Jahre 1949 ging man zu Industriezweig-Kollektivverträgen über, in denen die Lohnklassen für einzelne Arbeiten oder Arbeitsgänge auf Normen abgestützt waren.²⁾ Es gab 32 Lohnklassen für Arbeiter und 34 für Angestellte. Die Spannbreite einer Lohnklasse (Ober- und Untergrenze) betrug 5%. Die Zahl der Lohnzonen verringerte sich auf zwei, der Unterschied zwischen ihnen wurde auf 10% festgesetzt. Die Differenzierung der Lohnklassen erfolgte nach der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Arbeiten und der Arbeitsgänge.³⁾

In den Jahren 1952 und 1953 sind weitere Korrekturen vorgenommen worden. (So wurde z.B. die Entlohnung des technischen Personals und der Angestellten neu geregelt, die Unterscheidung nach Zonen abgeschafft, innerhalb der Lohnklassen die Spannbreite erhöht etc.) Aber die Differenzierung der Löhne nach Wirtschaftszweigen blieb bestehen.

Das Jahr 1957 brachte eine Auflockerung in der zentralen Lohnpolitik insofern, als die Betriebe eine gewisse lohnpolitische Autonomie zurückerhielten. Nunmehr wurde den Wirtschaftszweigen bzw. ihren Betrieben nur noch das durchschnittliche Lohnniveau vorgeschrieben, innerhalb dessen der Betrieb die Lohnform, die Normen und die lohnpolitische Einstufung der Arbeiter selbst

1) Ránki, György: Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában (Ungarns Wirtschaft im ersten Dreijahresplan), Budapest 1963, S. 239 ff.

2) Vgl. o.V.: Das Normen- und Lohnsystem in Ungarn, in: WD-SOE, München 1957, S. 69 f.

3) Stark, a.a.O., S. 202

bestimmen durfte.¹⁾

Während aber vor 1957 der Betrieb proportional zur Planerfüllung aus dem zentralen Lohnfonds Mittel empfang, erhielt er nach 1957 verbindliche Kennziffern über den betrieblichen Lohnfonds (der noch weiter in Lohnfonds für Arbeiter und Angestellte aufgegliedert wurde), womit praktisch auch die Zahl der Beschäftigten (Lohnfonds: Durchschnittslohn = Beschäftigtenzahl) vorgeschrieben wurde.²⁾ Brauchte der Betrieb einen höheren Personalbestand, um den Produktionsplan zu erfüllen, so mußte die überschüssige Zahl an Beschäftigten trotzdem aus dem gleichen Fonds entlohnt werden, d.h. die Durchschnittslöhne der einzelnen sanken. Mit diesen Fragen beschäftigte sich die Durchschnittslohnkontrolle.

Da die Erhöhung und Verteilung des globalen Lohnfonds ein planwirtschaftlicher Entscheidungsakt war, mußten die branchenmäßig gebundenen Durchschnittslöhne jährlich neu festgesetzt werden. Dabei mußten sich "der Durchschnittslohn natürlich auf die Summe sämtlicher Lohnkomponenten beziehen, also sowohl auf den Zeit- oder Stücklohn als Basis wie auch auf die individuellen Leistungsprämien und die Gruppenprämien".³⁾

a3) Lohnformen

Bei der Entlohnung hat man die verschiedensten Lohnformen angewandt: vom Akkordlohn (Stücklohn) über den Zeitlohn bis zu einer Reihe von Mischformen.

Charakteristisch für die ungarische Industrie war das Vorherrschen des Akkordlohnes, der dort angewandt wurde, wo die Voraussetzung für eine quantitative Erfassung der Leistung gegeben war. Entgegen der Praxis anderer sozialistischer Staaten nahm der Anteil der im Akkordlohn entlohten Arbeiter bis in das Jahr 1963 zu. Der Anteil der Akkordlohnstunden an der Gesamtzahl der in der Industrie geleisteten Arbeitsstunden betrug 1957 48,2%, 1963 59,9% und 1964 59,5%.⁴⁾

1) Linder, a.a.O., S. 69 f.

2) Stark, a.a.O., S. 202 f.

3) Linder, a.a.O., S. 69

4) Stark, a.a.O., S. 203

Das Zeitlohnverfahren wurde bei Arbeiten angewandt, bei denen es nicht möglich war, Arbeitsnormen festzusetzen oder dort, wo besondere Anforderungen an Qualität und Präzision gestellt wurden. Die Zahl der im Zeitlohn entlohnerten Stunden nahm seit 1964 rasch zu.

a4) Lohnstruktur

In Verbindung mit der Lohnpolitik ist es interessant zu untersuchen, welchen Tendenzen die Entwicklung der Lohnstruktur ausgesetzt war.

Zwischen der Entwicklung der Löhne und der Arbeitsproduktivität besteht auch in der zentralen Planwirtschaft ein direkter Zusammenhang, denn auch dort ist es unmöglich, über eine längere Zeitspanne hinweg mehr zu verbrauchen, als an Werten hervorgebracht worden ist. Das folgende Bild zeigt das Verhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Reallöhnen:¹⁾

Zeit	Produktions- index pro Be- schäftigtem	Reallohn- index	Verhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Reallohn
1949 - 1955	132	117	1,13
1955 - 1960	124	133	0,93
1960 - 1964	121	107	1,13
1955 - 1964	150	142	1,06

Die Tabelle zeigt, daß in den Jahren 1955 - 60 die Reallöhne erheblich schneller stiegen als die Arbeitsproduktivität. Die Ursache muß in der innenpolitischen Lage nach 1956 gesucht werden. Wenn man von der Hypothese ausgeht, daß die durchschnittlichen Reallöhne wirklich nur ein bescheidenes Niveau des Lebensstandards gewährleisten haben, dann ist die Verhältniszahl von 1,06 für die Jahre 1955 - 64 sehr aufschlußreich, was die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität angeht.²⁾

1) Quelle: Stark, a.a.O., S. 203

2) Die entsprechenden Zahlen für 1958-1963 sind für die USA 1,14, für England 1,12, für Frankreich 1,11 und für Japan 1,42.
Quelle: Stark, a.a.O., S. 204

Für das auf Seite 98 genannte lohnpolitische Egalitätsprinzip und die geringe Spannbreite sprechen die nächsten Tabellen:

Durchschnittsverdienste in der Industrie¹⁾ (in Forint)

Zeit	Arbeiter	Ingenieur - technisches Personal	Angestellte
1949	586	1166	824
1955	1149	1979	1192
1960	1577	2466	1534
1964	1708	2618	1618

Während die Verdienste 1949 die Bewertung der geistigen und der administrativen Tätigkeit noch so widerspiegeln, wie sie im Vorkriegsungarn waren (der Verdienst des ingenieur-technischen Personals lag um das Zweifache, der der Angestellten um das 1,4-fache über dem der physischen Arbeiter), haben sie sich in den Jahren sozialistischer Einkommenspolitik einander tendenziell angepaßt. (Die Verdienste des ingenieur-technischen Personals betrugen 1964 nur noch das 1,5-fache der der Arbeiter bzw. haben letztere die Angestellten überflügelt.)

Streuung der Verdienste in der Industrie²⁾ (in %)

Monatsverdienst	1955	1960	1964	(1966)
unter 1.000 Ft.	40,3	7,2	4,3	(3,2)
1.001 - 1.500 Ft.	38,7	37,7	32,3	(27,9)
1.501 - 2.000 Ft.	14,7	31,7	32,9	(33,3)
2.001 - 2.500 Ft.	4,3	14,2	17,8	(19,9)
über 2.500 Ft.	2,0	9,2	12,7	(15,7)
Gesamt:	100,0	100,0	100,0	(100,0)

Die Entwicklung geht eindeutig in Richtung auf einen Ausgleich

1) Quelle: Magyar Statistikai Zsebkönyv, Budapest 1965, S. 118, und Stark, a.a.O., S. 205

2) Quelle: Magyar ..., a.a.O., S. 138, und Stark, a.a.O., S. 206

der Durchschnittsverdienste. Die Zahl derer, die der untersten Verdienstklasse angehören, verringerte sich zwischen 1955 - 64 um das Zehnfache, während sich die Zahl derer, die den beiden höchsten Klassen angehören, nur verfünffachte. In den letzten Jahren vor der Reform war die Tendenz ähnlich.

b) Die Prämie

Der gesamtwirtschaftliche Lohnfonds beinhaltete auch die Summe, die in Form von Prämien bei der Erfüllung bestimmter quantitativer und qualitativer Kennziffern (Übererfüllung des Produktionsplanes, Einsparung von Material, Verbesserung der Produktqualitäten, Erhöhung der Arbeitsproduktivität und des Exportanteils etc.) gezahlt werden durfte. Der gesamtwirtschaftliche Prämienfonds konnte als der bewegliche Teil des Lohnfonds angesehen werden.¹⁾ Die Prämienzahlungen wurden sowohl bei den im Akkordlohn wie auch bei den in Zeitlohn stehenden Arbeitern angewandt.

Das Prämiensystem hat sich seit seiner Einführung 1948 häufig geändert. In den letzten Jahren vor der Reform galt folgende Regelung:

Der globale Prämienfonds wurde auf die einzelnen Ministerien aufgeteilt, die ihren Anteil wiederum auf die ihnen unterstellten Betriebe aufschlüsselten. Der ministerielle Prämienfonds wurde zu 20-30% (höchstens 50%) bedingungslos an die Betriebe weitergegeben. Der Rest durfte erst bei der Erfüllung der vom Arbeitsministerium ausgearbeiteten Richtlinien den Betrieben zugeleitet werden.

Das betriebliche Prämiensystem wurde vom Direktor und von der Gewerkschaft gestaltet; in der Regel erfolgte die Prämienzahlung proportional zum Tariflohn.

Die dem Betrieb bedingungslos überlassenen Mittel konnte dieser in das nächste Jahr hinübernehmen, während die Mittel des ministeriellen Prämienfonds am Jahresende in den zentralen Prämienfonds zurückflossen. Der Prämienfonds betrug etwa 6 - 7% der gesamtwirtschaftlichen Lohnsumme.²⁾

1) Stark, a.a.O., S. 213

2) Berényi, a.a.O., S. 41

Der stimulierende Effekt der Prämie wurde dadurch stark herabgesetzt, daß seine "mögliche Schwankungsbreite ... durch das System des gebundenen Durchschnittslohnes eingeengt (war), mithin von vornherein eine starke Limitierung (erfuhr)".¹⁾ Linder weist darauf hin, daß sich aufgrund der Erfahrungen das Prämiensystem so eingespielt hat, daß die Abweichungen von den Vorausberechnungen am Jahresende höchstens $\pm 1\%$ betrugen und stellt die Frage, welchen Wert die Prämie noch hatte, wenn sie derart präzise kalkuliert werden konnte.²⁾

c) Der Direktorenfonds

Der Direktorenfonds existiert seit 1949. Aus ihm finanzierte der Betriebsdirektor nach seinem Ermessen Belohnung, Prämie und Preise im Arbeitswettbewerb.³⁾ Er wurde aus zwei Quellen gespeist:

(1) Für jeden Beschäftigten durfte der Betrieb vom Betriebsergebnis 120 - 180 Ft. pro Jahr (nach Industriezweigen verschieden) zurückbehalten;

(2) 5 - 15% des Mehrgewinns flossen ihm zu.

Die Mittel des Fonds durften zu 50% frei in Anspruch genommen werden, der Rest nur dann, wenn der Rentabilitätsplan erfüllt wurde.⁴⁾

B) Das neue System des materiellen Ansporns

1. Der Gewinn als Grundlage des neuen Systems

Das neue System der betrieblichen und persönlichen Interessiertheit am Wirtschaftsablauf ist ein recht komplizierter Mechanismus, der Regelungen umfaßt, die auf einkommens-, beschäftigungs-, finanz-, wachstums-, verteilungs-, sozialpolitische etc. Fragen gerichtet sind. Von den vielfältigen Problemen standen folgende im Vordergrund:

1) Linder, a.a.O., S. 71

2) Linder, a.a.O., S. 70

3) o.V.: Kádár und die Gewerkschaften, a.a.O., S. 121

4) Stark, a.a.O., S. 213 f.

- Das System mußte so beschaffen sein, daß einerseits der Teil der betrieblichen Einnahmen, der den Betrieben belassen wird, ihre finanzielle Unabhängigkeit gewährleistet; andererseits sollte der dem Staat abzuliefernde Teil - die Hauptquelle der Staatseinnahmen bleiben verschiedene Einzahlungen der Betriebe in den Staatshaushalt - das Gleichgewicht des Budgets sicherstellen und eine finanzielle Deckung für die Aufgaben schaffen, die in den Volkswirtschaftsplänen dem Staat zugedacht sind.¹⁾

Was den Teil der Mittel betrifft, der bei den Betrieben bleibt, so mußten wenigstens in zwei Fragen Lösungen gefunden werden, die für die gesamtwirtschaftlichen (Plan-) Aggregate von entscheidender Bedeutung waren.

- Einmal mußten die Mittel der betrieblichen Entwicklungsfonds so geregelt sein, daß sie - ergänzt durch den gesamtwirtschaftlichen Kreditfonds und staatlichen Investitionsfonds - mit den gesamtwirtschaftlichen Investitionsmöglichkeiten (Investitionsfonds) und Investitionszielen in Einklang stehen.
- Zum andern mußten die Mittel des Beteiligungsfonds so reguliert werden, daß sie stimulieren und daß die aus ihnen fließenden zusätzlichen Einkommen, die als Nachfrage wirksam werden, mit den gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten im Gleichgewicht bleiben und eine solche Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung gewährleisten, die den Vorstellungen des Volkswirtschaftsplanes entspricht.²⁾

Im Mittelpunkt des neuen Anreizsystems steht der Gewinn. Unter den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen wird er zum "Hauptrichtungsweiser und Maßstab der wirtschaftlichen Tätigkeit der sozialistischen staatlichen Unternehmen".³⁾ "Gewinn und Gewinnstreben der Unternehmen werden als wirksames Mittel zur Realisierung der wirtschaftlichen Ziele des Landes".

1) Földes, István: A nyereségadóztatás és a vállalati érdekeltségi alapok (Die Besteuerung des Gewinns und die betrieblichen Fonds), in: Népszabadság, 21.10.1967

2) Révész, a.a.O., S. 78

3) Hensel zitiert aus dem Beschluß der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei über die Reform des Wirtschaftsmechanismus. Hensel, a.a.O., S. 79

sierung des Gemeinschaftszieles betrachtet: der bestmöglichen Befriedigung der Bedürfnisse."¹⁾ Sowohl das Betriebsinteresse als auch die Interessiertheit des einzelnen richten sich auf den Gewinn. Die Entwicklungsmöglichkeiten eines Betriebes werden von der jeweiligen Gewinnsituation maßgebend beeinflusst, aber auch das persönliche Einkommen der Beschäftigten wird zu einer Funktion des Betriebsgewinnes.

2. Aufteilung des Gewinns zwischen Staat und Betrieb

Die Behandlung des neuen Preissystems hat schon gezeigt, wie die Betriebe bei ihrer Preiskalkulation gesellschaftliche Reineinkommensteile als Kostenfaktoren berücksichtigen müssen.²⁾ Diese Reineinkommensteile erscheinen in der betrieblichen Bilanz zuerst als Gewinn. Sie sind in der Betriebsrechnung aber nur durchgehende Posten, denn zum effektiven (netto) Betriebsgewinn kommt man erst, wenn diese Reineinkommensteile - genau wie die übrigen Kostenfaktoren - vom Umsatz abgezogen werden.

Dieser Nettogewinn wird nun versteuert. Der nach der Versteuerung dem Betrieb verbleibende Rest wird nach staatlichen Richtlinien in die einzelnen Betriebsfonds verteilt. Der ganze Vorgang wird im folgenden Schaubild dargestellt: (siehe S. 107).

a) Die Gewinnsteuer

Der beim Betrieb verbleibende Gewinn dient in erster Linie zwei Zwecken: Aus ihm sollen die Betriebsmittel erneuert und erweitert (Entwicklungsfonds) bzw. das Einkommen der Belegschaft erhöht werden (Beteiligungsfonds). Damit der Gewinn den Betrieb und seine Belegschaft diesen beiden Zielen entsprechend stimuliert, soll er vor der Versteuerung aufgeteilt und nach verschiedenen Gesichtspunkten besteuert werden. Die Aufteilung wird in der Relation des im Betrieb gebundenen Kapitals und der betrieblichen Lohnsumme vorgenommen.³⁾ Der dem Kapitalanteil entsprechende Ge-

1) Hensel, a.a.O., S. 79

2) Vgl. S. 85 f. dieser Arbeit.

3) Bokor, János: Nyereségadoztatás és vállalati alapképzés (Gewinnbesteuerung und die Bildung der Betriebsfonds), in: Figyelő, 26.4.1967

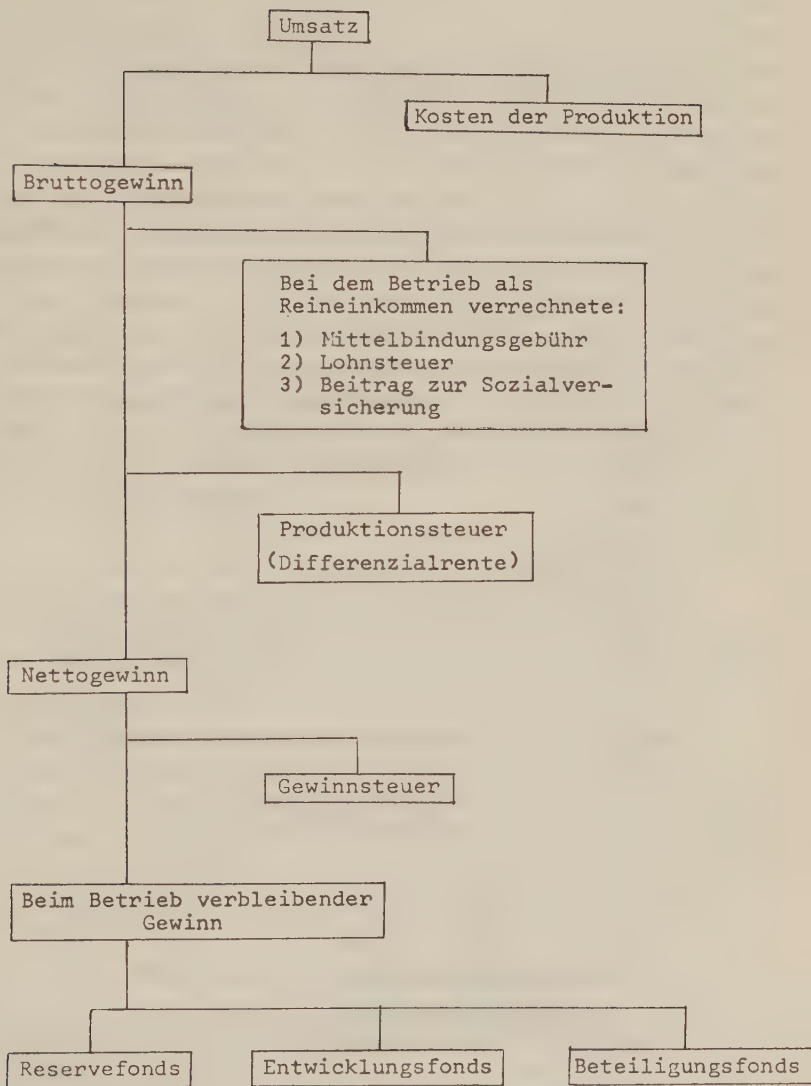


Abb. 5

winn wird proportional (linear) besteuert. Der proportionalen Besteuerung liegt die Überlegung zugrunde, daß einem Betrieb um so mehr Eigenmittel für seine Entwicklung zur Verfügung stehen sollen, je besser er arbeitet und je höher deshalb sein Gewinn ist. Der dem Lohnanteil entsprechende Gewinn dagegen soll progressiv besteuert werden, aus der Überlegung heraus, daß zwar der Betrieb mit dem höheren Gewinn auch höhere Einkommen zahlen kann, die Unterschiede zwischen den Betrieben jedoch nicht zu kraß werden.¹⁾ Weil die Relation zwischen Lohn- und Kapitalsumme von Betrieb zu Betrieb, von Industriezweig zu Industriezweig unterschiedlich ist, verwendet man, um der Lohnsumme gegenüber dem betrieblichen Kapitalstock ein größeres Gewicht zu verleihen, sogenannte Lohnmultiplikatoren.²⁾ Damit soll verhindert werden, daß zu viel von dem Gewinn in den Entwicklungsfonds und zu wenig in den Beteiligungsfonds fließt.

Zahlenbeispiel für die Teilung des Gewinns:

Gewinn	=	1,5 Mio.
Lohnsumme	=	2 Mio
Kapitalstock	=	30 Mio.
Lohnmultiplikator	=	2

Gewinnanteil, der auf den Beteiligungsfonds fällt:

$$= 1,5 \text{ Mio.} \frac{2 \times 2 \text{ Mio.}}{2 \times 2 \text{ Mio.} + 30 \text{ Mio.}} = 176.000 \text{ Ft.}$$

=====

Gewinnanteil, der auf den Entwicklungsfonds fällt:

1.500.000 Ft.	
./.	176.000 Ft.
1.324.000 Ft.	
=====	

1) Bokor, ebenda

2) Der allgemeine Lohnmultiplikator in der Industrie beträgt zwei. Ausnahmen: Bergbau = 6, Verkehr = 8, Nachrichtenübermittlung = 5, Hüttenindustrie = 4 usw.
Quelle: Földes, A nyereségadózás ..., ebenda

a1) Besteuerung des Gewinnanteils, der auf den Entwicklungsfonds fällt

Der dem Entwicklungsfonds zu Grunde liegende Gewinnanteil ist proportional, in der Regel mit 60% Gewinnsteuer belegt. Allerdings gibt es Industriezweige, in denen erhebliche Abweichungen vorkommen.¹⁾

a2) Besteuerung des Gewinnanteils, der auf den Beteiligungsfonds fällt

Für diesen Gewinnanteil wird ein progressiver Steuersatz angewandt. Die Progression erfolgt stufenweise. Wenn der in Prozenten der Lohnsumme gerechnete, auf den Beteiligungsfonds fallende Gewinnanteil von einer Stufe auf die andere steigt, dann wird der höhere Steuersatz nur auf den Gewinn angewandt, der in die höhere Stufe fällt.²⁾

Weil die Erhöhung der Durchschnittslöhne in Zukunft zu Lasten des Beteiligungsfonds geht und die erhöhten Löhne den Fonds kumulativ belasten werden, wird man die Grenzen der Steuerstufen in den nächsten Jahren nach oben verschieben. Das heißt also, daß bei gleichem Gewinn (auf die Lohnsumme bezogen) in den Jahren 1968 -70 die Steuerschuld geringer wird. Die nachfolgende Tabelle³⁾ ist folgendermaßen zu interpretieren: Wenn der Gewinnanteil nach dem Beteiligungsfonds X % der Lohnsumme beträgt, dann macht der Steuersatz in den Jahren 1968 - 70 = Y % aus.

1) Handel = 70%, Verkehr = 90%, Nachrichtenübermittlung = 50% etc.

Quelle: Oroszi, István: Milyen célt szolgál a fejlesztési alap? (Welchem Zweck dient der Entwicklungsfonds?), in: Népszabadság, 26.11.1967

2) Vgl. die Tabellen auf Seite 110 dieser Arbeit.

3) Quelle: Népszabadság, 21.10.1967

im Jahre 1966 (x)	im Jahre 1969 (x)	im Jahre 1970 (x)	Steuersatz (y)
0 - 3%	0 - 5%	0 - 7%	0%
3 - 5%	5 - 7%	7 - 9%	20%
5 - 7%	7 - 9%	9 - 11%	30%
7 - 9%	9 - 11%	11 - 13%	40%
9 - 11%	11 - 13%	13 - 15%	50%
11 - 13%	13 - 15%	15 - 17%	60%
über 13%	über 15%	über 17%	70%

Der vorhin als Beispiel gewählte Betrieb wird im Jahre 1968 folgende Gewinnsteuer zahlen müssen:

(a) nach dem Gewinn, der auf den Beteiligungsfonds fällt:

in % der Lohnsumme	Steuersatz	Gewinn	Steuerschuld
0 - 3	0%	60.000	-
3 - 5	20%	40.000	8.000
5 - 7	30%	40.000	12.000
7 - 9	40%	<u>36.000</u>	<u>14.000</u>
	Summe:	176.000	34.000 =====

Beteiligungsfonds nach der Besteuerung =

$$176.000 - 34.000 = 142.000$$

=====

(b) nach dem Gewinn, der auf den Entwicklungsfonds fällt:

$$60\% \text{ von } 1.324.000 = 794.000$$

=====

Entwicklungsfonds nach der Besteuerung =

$$1.324.000 - 794.000 = 529.600$$

=====

(c) Gewinnsteuer insgesamt = $34.000 + 794.000 = 828.000$

=====

$$(\text{ } = 55,2\%).$$

3. Bildung und Verwendung der betrieblichen Fonds

Zu dem bisher Gesagten ist in Bezug auf die einzelnen Betriebsfonds ergänzend folgendes nachzutragen:

a) Der Reservefonds

Er dient zur Abdeckung etwaiger Risiken. Aus ihm können die beiden anderen Fonds bei Bedarf ergänzt werden. Gebildet wird der Reservefonds aus je 10% des dem Beteiligungs- und dem Entwicklungsfonds zufließenden Gewinnanteils. Dem Reservefonds werden so lange Mittel zugeführt, bis dieser einen bestimmten v.H.-Satz der jährlichen Lohnsumme, bzw. des betrieblichen Kapitalstocks erreicht hat.¹⁾

b) Der Entwicklungsfonds

Er bildet sich neben dem Gewinn aus den Abschreibungsbeträgen der Betriebe, von denen diese 60% behalten können. Die restlichen 40% der Amortisation werden zentral verwaltet.²⁾

Aus dem Entwicklungsfonds werden die betrieblichen Investitionen durchgeführt, die kommunale Steuer bezahlt und die Investitionskredite bzw. staatlichen Anleihen getilgt. Aber auch die Erweiterung der Betriebsumlaufmittel und die Tilgung der Umlaufmittelkredite werden aus dem Fonds vorgenommen.³⁾

c) Der Beteiligungsfonds

Die Mittel des Beteiligungsfonds, die zur Stimulierung der materiellen Interessiertheit des Betriebes und der Belegschaft dienen, fließen aus zwei Quellen:

- (1) Der erste Teil ist der dem Fonds zustehende Gewinnanteil;
- (2) der zweite Teil ist eine Gutschrift.

zu (2): Die Betriebe erhielten vor der Reform außer dem Durch-

1) Földes, István: Hogyan képződnek a vállalati alapok? (Wie werden die betrieblichen Fonds gebildet?), in: Népszabadság, 28.10.1967

2) Oroszi, ebenda

3) Földes, Az új gazdasági ..., a.a.O., S. 65

schnittslohnsatz pro Beschäftigtem auch beträchtliche Zuschüsse aus zentralen Mitteln, die zur Deckung der Zuwendungen dienten, die über den Tariflohn hinausgingen (soziale Zuwendungen). Damit der Betrieb, der nunmehr die Entlohnung seiner Beschäftigten aus eigenen Einnahmen vornehmen muß, das alte Einkommensniveau halten kann, darf er den Betrag, den er 1957 aus zentralen Mitteln zur Deckung sozialer Zuwendungen erhielt, aus dem Nettogewinn (vor der Besteuerung also) abzweigen und dem Beteiligungsfonds zuführen.¹⁾

Um den stimulierenden Effekt des Beteiligungsfonds zu erhöhen, erhielten die Betriebe bezüglich der Verwendung der Fondsmittel eine weitreichende Autonomie. Die Fragen der Verwendungsmodalitäten werden in einem sogenannten Kollektivvertrag²⁾ geregelt, der zwischen der Betriebsleitung und dem betrieblichen Gewerkschaftsrat abgeschlossen wird. Der Katalog der Verwendungsmöglichkeiten ist vielfältig; er umfaßt

- lohnpolitische Maßnahmen (Lohnerhöhungen),
- Prämien,
- Belohnungen,
- Gewinnbeteiligung,
- Preise für Erneuerungen,
- Stipendien,
- Beihilfen und Kredite für Bauvorhaben der Arbeitnehmer,
- Kosten der Betriebskantine, der Kinderkrippe und des Kindergartens,
- Kosten für evtl. vorhandener Erholungsheime,
- Sportbeihilfen,
- andere soziale Leistungen.³⁾

c1) Betriebliche Lohnpolitik

Im neuen Mechanismus ist man von der zentralen Finanzierung der

1) Révész, a.a.O., S. 76

2) Außerdem enthält er die Regelung arbeitsrechtlicher Fragen (Einstellung, Arbeitszeit, Urlaub, Entlassung usw.). Vgl. Neues Arbeitsgesetz in Ungarn, in: WD-SOE, München 1967, Heft 9/10, S. 172

3) Hajós, András: Az átlagkeresetek számításának új rendje (Die neue Ordnung der Berechnung von Durchschnittsverdiensten), in: Figyelő, 23.8.1967

Löhne sowie von der Durchschnittslohnkontrolle abgekommen und hat in lohnpolitischen Fragen den Betrieben eine weitreichende Selbständigkeit zugestanden. Eine Beschränkung erfährt die betriebliche Lohnpolitik nur dadurch, daß die Grundlohntarife weiterhin zentral gestaltet werden. Allerdings haben die einzelnen Tarifklassen, die die Grundlöhne nach Berufen und nach der Art der Arbeit festhalten, so weite Grenzen, daß die Betriebe bei der Einstufung ihrer Beschäftigten die betriebsindividuellen Gegebenheiten leicht ins Spiel bringen können.¹⁾ Außerdem sind die Tarifklassen erweitert bzw. neue Tarifklassen geschaffen worden, die den Betrieben die Möglichkeit geben, die besten Arbeitskräfte (höchstens 10%) in eine Lohn- oder Gehaltsklasse einzustufen, die besser dotiert ist als die gewöhnliche Tarifklasse des betreffenden Berufsstandes.²⁾ Auch der Umstand, daß die Arbeitsnormen nicht mehr zentral, sondern von den Betrieben gestaltet werden, spricht für eine Zunahme der lohnpolitischen Autonomie der Betriebe.

Zur Grundlage der betrieblichen Lohnpolitik ist das Durchschnittslohniveau der Betriebe im Jahre 1967 bestimmt worden. Die Betriebe mußten erst den Basislohn pro Beschäftigtem ($\frac{\text{Lohnsumme des Betriebes}}{\text{Zahl der Beschäftigten}}$) für das Jahr 1967 errechnen. Dieser Lohnsatz ist ihnen für die nächsten Jahre insofern garantiert, als sie ihn in der Preiskalkulation einsetzen dürfen und er als effektiver Aufwand vor der Besteuerung des Betriebsergebnisses von diesem abgezogen werden kann.³⁾ Alle weiteren Lohnzahlungen an die Arbeitnehmer belasten in Zukunft aber den Beteiligungsfonds.

Die Entscheidung der Frage, ob die Mittel der Beteiligungsfonds zur Erhöhung des Basislohnes verwendet werden oder in anderer Form (Gewinnbeteiligung, Beihilfen usw.) ausgeschüttet werden sollen, liegt beim Betrieb und ist von größter Bedeutung. Eine Erhöhung der Durchschnittslöhne belastet den betrieblichen Beteiligungsfonds in Zukunft permanent, und zwar um die Höhe des zur

1) Révész, a.a.O., S. 79 f.

2) Földes, Az új gazdasági ..., a.a.O., S. 68 f.

3) Buda, ebenda

Lohnerhöhung verwendeten Betrages.¹⁾ Aus diesem Grunde ist hier größte Vorsicht geboten, denn wenn eines der nächsten Jahre ein schlechteres wirtschaftliches Ergebnis bringt, kann es vorkommen, daß der Betrieb die Grundlöhne nicht mehr zahlen kann. Und eine Senkung der Durchschnittslöhne dürfte aus politischen Gründen schwierig sein.²⁾ Es scheint deshalb vorteilhafter zu sein, in den ersten Jahren nach der Reform die Durchschnittslöhne nur in geringem Maße zu erhöhen - in der Regel dort, wo stabile wirtschaftliche Verhältnisse eine günstige langfristige Entwicklung erwarten lassen - und das Durchschnittseinkommen der Beschäftigten durch andere Zuwendungen aus dem Beteiligungsfonds zu heben.³⁾ Um in dieser Hinsicht nicht über das Ziel hinauszuschießen und die Tendenzen des neuen Mechanismus abzuwarten, hat die Wirtschaftskommission für das Jahr 1968 einer Erhöhung der Durchschnittslöhne um höchstens 4% zugestimmt.⁴⁾ Es muß betont werden, daß diese Regelung nur das durchschnittliche Lohnniveau betrifft; eine Erhöhung der Einkommen der Arbeitnehmer durch außertarifliche Zahlungen - soweit der Beteiligungsfonds eines Betriebes hierzu Möglichkeiten bietet - steht nichts im Wege.

c2) Die sozialen Zuwendungen aus dem Beteiligungsfonds

Außer zu Lohnzahlungen werden die Mittel des Beteiligungsfonds teilweise zur Deckung der Kosten von sozialen Leistungen an die Arbeitnehmer verwendet.⁵⁾ An erster Stelle sind die Zuschüsse zu

-
- 1) Földes, Az új gazdasági ..., a.a.O., S. 68. Als Lohnkosten dürfen nur die Basislöhne verrechnet werden.
 - 2) Révész, a.a.O., S. 74 f.
 - 3) o.V.: Vállalati jövedelemszabályozás (Betriebliche Einkommensregelung), in: Figyelő, 13.9.1967
 - 4) Buda, ebenda. Es wird befürchtet, daß ein höheres Lohnniveau die Preisentwicklung ungünstig beeinflussen würde.
 - 5) Ein Teil der Zuwendungen richtet sich unmittelbar nach der erbrachten Arbeitsleistung der Beschäftigten. Diese sind:
 - die Erstellung von Schutz- und Arbeitskleidung,
 - die Unterhaltung von Arbeiterwohnheimen,
 - die Beförderung der Arbeiter zum Arbeitsplatz.Die hier aufgeführten Zuwendungen kann der Betrieb als Kosten behandeln, d.h. sie belasten nicht den Beteiligungsfonds. Die Bestimmung der Arbeiter, die diese Leistungen in Anspruch nehmen können, wird im Kollektivvertrag geregelt. Sötér, Edit: Miből fedezik a béren felüli juttatásokat? (Aus welchen Quellen stammen die die Löhne überschreitenden Zuwendungen?), in: Népszabadság, 6.10.1967

nennen, die die Betriebe für das Betriebsessen der Arbeitnehmer gewähren. Bedeutend sind auch die Ausgaben für Kinderkrippe und Kindergärten, die von den Betrieben häufig in eigener Regie geführt werden. Grund für die hohe Zahl solcher Einrichtungen ist der relativ große Anteil der Frauen an der arbeitenden Bevölkerung (1950 = 30,5%, 1960 = 35,5% und 1966 = 39,2%).¹⁾ Die Kosten der betriebseigenen Erholungsheime bzw. die Zuschüsse für die Zeitdauer einer Kur belasten den Beteiligungsfonds. Kostenlose Erholungsaufenthalte, die häufig als Belohnung und Anerkennung für die geleistete Arbeit ermöglicht werden, werden ebenfalls aus dem Fonds finanziert. Auch für Beihilfen an den Sportbetrieb und für kulturelle Zwecke werden Mittel bereitgestellt.²⁾

Wie schon gezeigt wurde, sind dem Beteiligungsfonds Mittel zugeführt worden, die die Aufrechterhaltung der sozialen Leistungen, so wie sie im Jahre 1967 bestanden, auch in der Zukunft in etwa gewährleisten. Wenn der Betrieb an der Aufrechterhaltung dieses Niveaus an sozialen Zuwendungen nicht interessiert ist, kann er die freiwerdenden Mittel in anderer Form ausschütten. Diesbezügliche Regelungen enthält der Kollektivvertrag.³⁾

c3) Gewinnbeteiligung

Neben der Lohnerhöhung scheint die Gewinnbeteiligung am besten geeignet, das persönliche Einkommen der Arbeitnehmer zu erhöhen, denn mit ihr übt der Betrieb den größten stimulierenden Effekt auf diese aus. Die Gewinnbeteiligung hat der Lohnerhöhung gegenüber den Vorteil, daß sie den Beteiligungsfonds für die Zukunft nicht belastet und immer nur das tatsächliche Ergebnis an die Belegschaft weitergibt.⁴⁾ Die Höhe der absoluten Gewinnbeteiligungssumme ist davon abhängig, wieviel Mittel aus dem Beteiligungsfonds für andere Zwecke ausgegeben werden. Hinsichtlich der Gewinnbeteiligung muß der Betrieb - nach einer Verordnung der

1) Quelle: Magyar Statisztikai Zsebkönyv 1967, S. 137

2) Vgl. A reformról - népszereken (Allgemeinverständlich von der Reform), Verfasserkollektiv, Budapest 1967, S. 33

3) A reformról - népszereken, a.a.O., S. 32 f.

4) Buda, ebenda

Wirtschaftskommission - seine Belegschaft in drei Gruppen einteilen. Die Einstufung in die einzelnen Kategorien erfolgt unter dem Gesichtspunkt, welchen Einfluß der Betreffende auf die Gewinngestaltung des Betriebes hat.¹⁾ Diejenigen, von deren Tätigkeit das Betriebsergebnis in größerem Maße abhängt, sollen auch einen höheren Gewinnanteil erhalten. Die Einstufung der Belegschaft in die drei Kategorien wird - nach zentralen Richtlinien - im Kollektivvertrag geregelt.²⁾

In die I. Kategorie werden eingereiht: der Direktor und seine Stellvertreter, die Leiter der Hauptabteilungen, die Leiter von Betriebseinheiten, technische und wirtschaftliche Ratgeber des Betriebes.

Der II. Kategorie gehören an: die Abteilungsleiter, die Gruppenleiter und "alle diejenigen, die in wirtschaftlicher und technischer Hinsicht auf den Betriebserfolg einen wesentlichen Einfluß haben"³⁾ (Planer, Organisatoren, Ingenieure, Volks- und Betriebswirte).

Die III. Kategorie bilden die Angestellten und Arbeiter, die nicht der I. oder II. Kategorie angehören.

Die Höhe der Gewinnbeteiligung richtet sich nach der Summe der Grundlöhne der einer Kategorie angehörenden Personen. Nach den zentralen Richtlinien können der Kategorie I. angehörende Beschäftigte höchstens 80% ihres Grundlohnes als Gruppenmaximum in Form von Gewinnbeteiligung erhalten. Die entsprechenden Zahlen für die anderen Kategorien lauten: II. Kategorie = 50% des Grundlohnes, III. Kategorie = 15% des Grundlohnes.⁴⁾ Dieser Höchstsatz kann freilich nur ausgeschüttet werden, wenn der Beteili-

1) Hensel, a.a.O., S. 80

2) Nagy, László: A kollektív szerződészek előkészítése (Die Vorbereitung der Kollektivverträge), in: Figyelő, 15.11.1967

3) Földes, Az új gazdasági ..., a.a.O., S. 75 f.

4) Sötér, Edit: Hogyan osztható fel a részesedési alap? (Wie kann der Beteiligungsfonds aufgeteilt werden?), in: Népszabadság, 24.10.1967

gungsfonds Deckung bietet. Diese Regelung ist natürlich viel eher geeignet, einen echten Ansporn in der Gewinnbeteiligung zu schaffen, als die Regelung vor der Reform, nach der höchstens ein Monatslohn ausgeschüttet werden konnte. (Die 15% entsprechen etwa zwei Monatslöhnen.¹⁾ Die Relationen zwischen den einzelnen Kategorien bleiben auch dann bestehen, wenn die Ausschüttungssumme keine Gelegenheit zu den Gruppenmaxima gibt. Von der Hypothese ausgehend, die Beteiligungssumme entspräche gerade der Hälfte der höchstzulässigen Beteiligung, ergibt sich folgendes Bild:²⁾

Kategorie	Ausgezahlter Jahreslohn (in 1000 Ft.)	Höchstmögliche Beteiligung %	1000 Ft.	Effektive Beteili- gung %	1000 Ft.
I.	300	80	240	40	120
II.	1.000	50	500	25	250
III.	15.000	15	2.250	7,5	1.125
Gesamt:	16.300 =====		2.990 =====		1.495 =====

Die genannten Vorschriften bezüglich des Maximums der einzelnen Kategorien bedeuten freilich für den Betrieb nicht, daß innerhalb einer Kategorie jeder den gleichen Anteil erhält. Bei Einhaltung der Gruppendurchschnitte kann die Beteiligung des einzelnen den betriebsindividuellen Gegebenheiten entsprechend differenziert werden. Sie muß nur vorher im Kollektivvertrag niedergelegt werden.³⁾

Eine derartige Einstufung der Belegschaft soll für die leitenden Personen der Betriebe einen größeren Anreiz bieten, die Rentabilitätslage ständig zu verbessern, als für die einzelnen Arbeiter und Angestellten. Diese Regelung hat aber auch eine Kehrseite. Wenn sich die Rentabilität des Betriebes ungünstig entwickelt, sollen diejenigen, die dafür in erster Linie die Verantwortung tragen (die Angehörigen der Gruppe I. und II.) in ihren Einkom-

1) Sötér, Hogyan osztható ..., ebenda

2) Quelle: Földes, Az új gazdasági ..., a.a.O., S. 76

3) A reformról - népszereken, a.a.O., S. 26

men Einbußen erleiden. Einmal können die Kontrollbehörden (Ministerien) 25 - 75% der Beteiligungssumme der I. Kategorie sperren, zum anderen werden den Angehörigen der Gruppe I. nur 85% des Grundlohnes garantiert, wenn ein Betrieb defizitär wird. Der Grundlohn der der III. Gruppe angehörenden Personen muß in jedem Fall gezahlt werden.¹⁾

1) Hoch, Robert: Nyereség és a vezetők érdekeltsége (Der Gewinn und die Interessiertheit der leitenden Personen), in: Figyelő, 22.3.1967

IV. Kapitel:

DER AUßENHANDELSMECHANISMUS

A) Der Außenhandel im zentralistischen Modell

Auf eine Darstellung des Außenhandelsmechanismus des zentralistischen Modells kann verzichtet werden, denn dieser zeigt in seinem Aufbau und in seiner Entwicklung in Ungarn die gleichen Züge und Tendenzen auf, wie er aus der einschlägigen Literatur über die Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs hinlänglich bekannt ist.¹⁾ Die Stellung des Außenhandels in den zentralen Planwirtschaften der sozialistischen Staaten Ost- und Südost-Europas war etwa die gleiche, und erst die jüngsten Reformbestrebungen haben das einheitliche Bild verändert. Über den Außenhandel im zentralistischen Modell wird nur so viel zu berichten sein, wie es notwendig ist, um die Maßnahmen und Veränderungen, die die Wirtschaftsreform in Ungarn hinsichtlich des Außenhandels brachte, verständlich zu machen.

1. Die Planung im Außenhandel

Da die zentralistische Planung auf Totalität drängt, muß konsequenterweise auch der Außenhandel im Volkswirtschaftsplan integriert sein. Die zentrale Planung des Außenhandels ist systemnotwendig, denn eine zentral geleitete Volkswirtschaft kann es sich nicht erlauben, daß von einem Sektor Störungen in die gesamte Wirtschaft hineingetragen werden, die die Verwirklichung der Planziele gefährden können. Die Außenhandelsplanung kann also sinnvollerweise nur simultan mit der binnenwirtschaftlichen Planung erfolgen.²⁾

1) U.a.: Klinkmüller, Erich: Organisation und Planung der Außenwirtschaft, in: Osteuropa-Handbuch, Sowjetunion - Das Wirtschaftssystem, Köln - Graz 1965; Kieseewetter, Bruno: Der Ostblock, Außenhandel, Berlin 1960; Hermes, Theodor: Der Außenhandel in den Ostblockstaaten, Hamburg 1958

2) Vgl. Neumann, Manfred: Der Preisausgleich im Außenhandel zentral geleiteter Volkswirtschaften, Marburg 1966, S. 8 ff. (Dissertation)

Ausgangspunkt des Außenhandelsplanes in Ungarn war der volkswirtschaftliche Importbedarf. Die Bedürfnisse der inländischen Wirtschaft mußten mit ihren Ausfuhrmöglichkeiten in Einklang gebracht werden.¹⁾ Auch politische Motive spielten bei der Aufstellung des Außenhandelsplanes eine wichtige Rolle.²⁾

Die Planung des Außenhandels unterlag dem Planungsamt, das den Außenhandelsplan mit den anderen Teilplänen koordinierte. Die Durchführung und Kontrolle oblag dem Außenhandelsministerium.³⁾

Unmittelbare Träger der Außenhandelsgeschäfte waren die staatlichen Außenhandelsgesellschaften, über die der Staat sein Außenhandelsmonopol ausübte. In der Regel repräsentierten die Gesellschaften einen bestimmten Produktionszweig, dessen sämtliche kommerzielle Transaktionen mit dem Ausland über die gleiche Gesellschaft liefen. Sie wickelten den Export und Import ab und vermittelten gleichzeitig neue Geschäfte zwischen ausländischen und inländischen Kunden. Diese Organisationsform wurde nicht nur gewählt, um die Einflüsse der Außenmärkte auf die Binnenwirtschaft kontrollieren zu können, sondern auch, weil die meisten ungarischen Betriebe im Außenhandel wegen der geringen Konkurrenzfähigkeit ihrer Erzeugnisse hilflos gewesen wären. Es mußte Sammelstellen geben, die die Produkte aussortierten und die, über entsprechende Mengen verfügend, an den Außenmärkten eine Preispolitik treiben konnten, zu der die einzelnen Betriebe keine Möglichkeit gehabt hätten.⁴⁾

1) Da der Exportplan die Grundlage der fälligen Zahlungen an das Ausland war, konnte bei der Aufstellung des Exportplanes wenig Rücksicht auf eine sinnvolle Warenstruktur gelegt werden, obwohl Rentabilitätsuntersuchungen im Außenhandel den Zweck hatten, die optimale Struktur der Ausfuhren herauszufinden. Siehe hierzu Faude, E.: Zu den Rentabilitätsuntersuchungen im Außenhandel der Volksrepublik Ungarn, in: Der Außenhandel, Berlin (Ost) 1960, Nr. 12, S. 20 ff.

2) Über die Probleme, welche die Außenhandelsplanung im einzelnen zu lösen hatte, gibt Klinkmüller, Organisation ..., a.a.O., S. 494 ff., einen ausführlichen Überblick.

3) Zur Durchführung der Außenhandelsplanung und zur Gliederung des Außenhandelsplanes siehe Hermes, Der Außenhandel ..., a.a.O., S. 28 ff. und Klinkmüller, Organisation ..., a.a.O., S. 499 f.

4) Redei, Jenő: Die Reform der Wirtschaftslenkung in Ungarn und der Außenhandel, in: Osteuropa-Wirtschaft, Stuttgart 1967, Heft 1, S. 7 f.

Die übliche Form der Außenhandelsbeziehungen waren bilaterale, langfristige Handelsabkommen, die sich auf detaillierte Warenlisten stützten und auf Kompensationsgeschäften beruhten.

2. Die Preise im Außenhandel

a) Der Wechselkurs

Auch die Außenhandelsbeziehungen eines sozialistischen Staates spiegeln sich in der Zahlungsbilanz wider. Da aber die Gold-, Kapital- und Dienstleistungsbilanz, sowie die Bilanz der unentgeltlichen Leistungen nur relativ geringe Transaktionen aufweisen,¹⁾ ist die Handelsbilanz von erhöhter Bedeutung. Sie setzte sich in der Zeit der zentralen Planung aus zwei Teilen zusammen, die voneinander scharf getrennt waren: aus einer "inneren" und einer "äußeren" Handelsbilanz. Erstere basierte auf Inlandspreisen und wurde in Inlandswährung ausgewiesen, während die andere auf der Basis von Weltmarktpreisen in Devisen aufgestellt wurde. Die Verbindung zwischen den Preisen der inneren und der äußeren Handelsbilanz wurde durch verschiedene, von der Nationalbank im Einvernehmen mit dem Planungsamt festgesetzte Wechselkurse²⁾ hergestellt. Bei diesen Wechselkursen schlug sich der Saldo zwischen den beiden Bilanzen im Staatshaushalt nieder (Preisausgleich) und zeigte an, ob der internationale Warenaustausch gesamtwirtschaftlich gesehen gewinn- oder verlustbringend war.³⁾ Die Institution "Preisausgleich" hatte den Zweck, die inländischen Preise gänzlich von den Preisstrukturen anderer Volkswirtschaften abzuschirmen.

Die Außenhandelsgeschäfte erfolgten in der Weise, daß die Außenhandelsgesellschaften die Exportgüter von den inländischen Produzenten zu inländischen Preisen übernahmen und sie an den Außenmärkten zu Weltmarktpreisen absetzten. Die Importgüter wurden an den Außenmärkten zu Weltmarktpreisen eingekauft und an die in-

1) Eine Belebung ist in jüngster Zeit durch die Intensivierung des Tourismus zu verzeichnen.

2) Vgl. auch Seite 122 ff. dieser Arbeit.

3) Klinkmüller, Organisation ..., a.a.O., S. 505 f.
Vgl. zum Preisausgleich auch Neumann, a.a.O., S. 38 ff.

ländischen Abnehmer zu Binnenpreisen verkauft. Zu den festgesetzten Wechselkursen mußten die Außenhandelsgesellschaften die für die Exporte erlangten Devisen an die Nationalbank¹⁾ verkaufen bzw. erhielten sie zu diesen Kursen Devisen für die zu tätigenden Importe. Wenn nun der über die Wechselkurse umgerechnete Exportwert der äußeren Bilanz höher war als der Importwert der inneren Handelsbilanz bzw. der Importwert der äußeren Bilanz niedriger als der Exportwert der inneren Bilanz, so wies das Preisausgleichskonto einen Aktivsaldo auf. Umgekehrt war der Saldo negativ und belastete den Staatshaushalt.

Die ungelösten Preisbildungsfragen der Binnenwirtschaft hatten auch für die Außenhandelspreise weitreichende Konsequenzen. Das dualistische Preissystem und die administrativen Einzelpreise erschwerten außerordentlich die Festsetzung eines "richtigen" Wechselkurses für die ausländischen Währungen.

Der amtliche Wechselkurs des Forint richtete sich nach der Goldparität (0,0757002 Feingoldgehalt) und wurde seit der Währungsreform 1946 nur dann geändert, wenn ein Land den Goldgehalt seiner Währung änderte. Abgesehen davon, daß der Goldgehalt des Forint nur fiktiv war, er also gegen Gold nicht konvertibel war und somit als internationales Zahlungsmittel nicht in Frage kam, überbewertete dieser Kurs den Forint gegenüber den ausländischen Währungen, die als Zahlungsmittel im internationalen Handel fungierten, in dem Maße, wie die inländische Geldentwertung rascher war als die im Ausland.

Damit die volkswirtschaftlichen Kosten der Produktion - deren Bestand auch die Preise importierter Güter waren - realistischer bewertet werden konnten, hat man neben dem Wechselkurs nach der Goldparität auch einen zweiten Wechselkurs gebildet, der auf der Grundlage der Kaufkraftparität²⁾ die in- und ausländischen Preise

1) Das Recht, Devisen zu besitzen, einzukaufen und zu verkaufen, war ein Monopol der Nationalbank.

2) Zur Problematik der Anwendung der Kaufkraftparitäten bei der Wechselkursbildung siehe Rose, Klaus: Theorie der Außenwirtschaft, Berlin - Frankfurt 1964, S.87 ff.

umrechnete.¹⁾

In den inländischen Preisen kam der Umstand, daß es zwei Wechselkurse für den Forint gab, dadurch zum Ausdruck, daß sich die Preise der importierten Rohstoffe, Produktionsgüter und Halbfabrikate nach dem Goldparitäten-Kurs, die Preise der importierten Verbrauchsgüter nach dem Kaufkraftparitäten-Kurs des Forints richteten.²⁾

Die Anwendung zweier Wechselkurse bei der Bewertung ausländischer Währungen war eigentlich eine konsequente Folge des dualistischen Preissystems: die Folge der These, nach der die Industrialisierung auch mit niedrigen Preisen für Rohstoffe und Investitionsgüter animiert werden mußte.³⁾

b) Die Zahlungsabkommen

Den bilateralen Handelsverträgen waren jeweils noch Zahlungsabkommen beigelegt, die die Zahlungsmodalitäten enthielten. Innerhalb des sozialistischen Lagers wurde immer bilateraler Clearingshandel betrieben (Ware gegen Ware), wobei die Preise von den Handelspartnern individuell für jede Ware ausgehandelt wurden. In den jeweiligen Preisen, die auf der Grundlage der Weltmarktpreise vereinbart wurden und die in sogenannten "Verrechnungsrubel"⁴⁾ ihren Ausdruck fanden, spiegelten sich die Machtpositionen der Handelspartner wider. Sie galten nur für die beteiligten Länder, d.h. für

1) Der so gebildete Wechselkurs war, aber immer noch unreal, denn die politisch manipulierten und starren Inlandspreise eigneten sich nicht zum echten Kaufkraftvergleich. So gab es dann auch in der Praxis eine Vielfalt von Verrechnungskursen, die für die verschiedenen Zwecke, Warengruppen und sogar für einzelne Geschäfte maßgeschneidert wurden. Amtlich notiert wurden jedoch nur der Goldparitäten- und der Kaufkraftparitäten-Kurs. Vgl. o.V.: Neuer Kurs für den ungarischen Forint?, in: F.A.Z., 30.5.1967

2) Nach 1959 wurde zwar das Preisniveau der importierten Rohstoffe etc. nach oben korrigiert, erreichte aber nicht das Niveau, das bei der Anwendung des Kaufkraftparitätenkurses entstanden wäre.

3) Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 87

4) Zu den Funktionen des Verrechnungsrubels siehe Kiesewetter, a.a.O., S. 243 ff.

dieselbe Ware konnte in einem anderen Zahlungsabkommen auch ein anderer Preis vereinbart werden.¹⁾ Die Preise hatten meistens für ein Jahr Gültigkeit und wurden den Preisverschiebungen am Weltmarkt mit einem time lag angepaßt.

Die Zahlungsabkommen mit nichtkommunistischen Ländern basierten auf freien oder beschränkt konvertierbaren Währungen.

c) Die Zölle

Im System des staatlichen Außenhandelsmonopols hatten die Zölle ihre eigentliche Funktion, nämlich als preisbestimmender Faktor zu fungieren, verloren. Sie waren gegenstandslos, weil sich die Voraussetzungen für ihre Anwendung gewandelt hatten. An die Stelle der Ein- und Ausfuhrzölle traten Ein- und Ausfuhrgenehmigungen sowie Subventionen und Abschöpfungen des Preisausgleichsfonds.

3. Materieller Anreiz und Außenhandel

Der Umstand, daß sich die Außenhandelspreise und die inländischen Preise voneinander lösten bzw., daß die Verbindung zwischen ihnen über zwei unrealistische Wechselkurse hergestellt wurde, hat die Betriebe in ihren ökonomischen Entscheidungen falsch orientiert. Darüber hinaus machte sich die Tatsache nachteilig bemerkbar, daß die Bereiche Erzeugung und Verwertung voneinander getrennt und Aufgaben verschiedener Betriebe waren. Da in den inländischen Preisen die eigentlichen Beschaffungskosten der Importgüter nicht ersichtlich waren, kam es oft vor, daß die Preise die Betriebe zur Verwendung und Verarbeitung von Importwaren anregten, deren Devisenpreise höher lagen als die der inländischen Substitutionsgüter (z.B. Rohstoffe, Investitionsgüter).²⁾ Andererseits wurde der Binnenpreis billig eingekaufter Waren (Verbrauchsgüter) so hoch festgesetzt, daß die vergleichsweise teuer produzierenden inländischen Betriebe ihre Erzeugung nicht einzustellen brauchten.³⁾

Für die Exportgüter erhielten die Erzeuger die von den Behörden

1) Klinkmüller, a.a.O., S. 510

2) Bognár, a.a.O., S. 160

3) Révész, a.a.O., S. 26

fixierten inländischen Preise, unabhängig davon, ob diese Waren im Ausland zu einem hohen oder einem niedrigen Preis verkauft werden konnten. Weil mit der Vermarktung ihrer Erzeugnisse andere Unternehmungen beschäftigt waren, spürten die Produktionsbetriebe von den Preiseinbußen, die als Folge mangelnder Qualität, unpünktlicher Lieferung usw. entstanden, nichts. Allerdings beteiligte man sich auch nicht an den Gewinnen, die in Folge günstiger Entwicklung auf dem Weltmarkt zu erzielen waren.¹⁾

Die für den Export arbeitenden Betriebe wurden nach dem gleichen Anreizsystem stimuliert wie die Betriebe, deren Waren am Binnenmarkt abgesetzt wurden. Dies machte sich insofern nachteilig bemerkbar, als auf den Außenmärkten die Anforderungen bezüglich der Qualität, Präzision und termingerechten Lieferung viel höher waren als auf dem Binnenmarkt.²⁾

B) Der Außenhandel nach der Reform

1. Planung und Lenkung des Außenhandels

Mit dem neuen Wirtschaftsmechanismus soll auch im Bereich des Außenhandels eine Liberalisierung durchgeführt werden, die das Ziel hat, die bisherigen administrativen Methoden der Lenkung abzuschwächen und durch ökonomische Lenkungsmittel zu ersetzen.

In den Außenhandelsbeziehungen werden die langfristigen Handelsabkommen weiterhin eine zentrale Stelle einnehmen. Während aber früher die Verpflichtungen aus den zwischenstaatlichen Verträgen einfach auf die Betriebe aufgeschlüsselt wurden, sollen in der Zukunft die zwischen in- und ausländischen Firmen zustandekommenen Verträge - die sie in Kenntnis ihres Bedarfs abschließen - die Grundlage der zwischenstaatlichen Abkommen bilden.³⁾

1) Die Einrichtung eines Devisenbonus, wie sie in der DDR den Betrieben, die ihren Exportplan erfüllen, gewährt wird, wurde in Ungarn nicht angewandt. Vgl. Christ, Ursula: Praktische und theoretische Probleme der Lenkung des Außenhandels in einer Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, Diss., Marburg 1961, S. 114 ff.

2) Népszabadság, 23.8.1963

3) Biró, Külkereskedelmünk ..., ebenda

"Die primäre Aufgabe des Volkswirtschaftsplanes ist es, im Interesse des ausgewogenen wirtschaftlichen Wachstums ein Gleichgewicht der Zahlungsbilanz zu gewährleisten."¹⁾ Daraus folgt, daß der Volkswirtschaftsplan außer der Bestimmung des Export- und Importvolumens und ihrer wesentlichsten Relationen keine detaillierten Angaben enthalten wird. Die ausführlichen Warenlisten mit Mengen- und Preisangaben werden von Globalkontingenten abgelöst. Innerhalb dieser Kontingente werden die Betriebe selbst über Mengen und Preise bestimmen dürfen. In ihren Entscheidungen werden sie von den volkswirtschaftlichen Lenkungsmitteln beeinflusst.²⁾

Die wichtigsten ökonomischen Lenkungsmittel im Bereich des Exports und des Imports sind:

- der Wechselkurs,
- das Export- und Importrecht,
- die Export- und Importgenehmigungen,
- die Devisenbewirtschaftung,
- die Preisstützung (Subventionen) im Export,
- die Zölle.

2. Der Wechselkurs

In konsequenter Anlehnung an den Versuch, im Inland ein einheitliches Preissystem bilden zu wollen (Annäherung der Produzentenpreise an die Verbraucherpreise), sollen im Zuge der Reform auch die Außenhandelspreise den inländischen Preisen organisch angegliedert werden. Dies soll durch die Abschaffung des Preisausgleichs und durch die Bestimmung eines einheitlichen Wechselkurses für den Handelsverkehr erreicht werden.³⁾ Der einheitliche Wechselkurs bestimmt die Umtauschrelation des Forints zum Dollar (1 Dollar = 60 Forint) und zum Rubel (1 Rubel = 40 Forint). Die Umrechnung der anderen konvertierbaren Währungen erfolgt auf der Grundlage ihrer Bewertung gegenüber dem Dollar.

1) Csapó, Tervgazdálkodás ..., a.a.O., S. 51

2) Biró, József: Hogyan alakul az ország külkereskedelmi mérlege? (Wie gestaltet sich die Zahlungsbilanz des Landes?), in: Népszabadság, 26.2.1967

3) Für den Nichtwarenverkehr gilt der sog. Touristenkurs, der den Forint - entsprechend seiner inländischen Kaufkraft - höher bewertet (1 Dollar = 30 Forint).

Bei der Festsetzung dieses einheitlichen Wechselkurses ging man von der Überlegung aus, daß die Bewertung der ausländischen Devisen nach den Kosten zu erfolgen habe, die die inländische Wirtschaft aufzuwenden hat, um durch Warenexporte in den Besitz der für den Import benötigten Devisen zu gelangen. Dabei wurde heftig die Frage diskutiert, ob bei der Bewertung der Devisen die zu ihrem Erwerb aufgewendeten volkswirtschaftlichen Grenz- oder Durchschnittskosten zugrunde gelegt werden sollen.¹⁾ Die Beantwortung dieser Frage ist deshalb von großer Bedeutung, weil der Ausgleich der Zahlungsbilanz (schon immer ein allergischer Punkt der ungarischen Wirtschaft) - zumindest in der ersten Zeit - leichter wird, je stärker die Abwertung des Forints ist, d.h. je mehr Betriebe rentabel exportieren können. Zur Zeit der Ausarbeitung des Reformkonzepts wollte man eine so starke Abwertung vornehmen, daß etwa 85% aller ungarischen Warenexporte im Jahre 1968 rentabel werden. Bei dem nun gültigen Wechselkurs ist allerdings nur etwa die Hälfte des Gesamtexports rentabel.²⁾

Die Anwendung des einheitlichen Wechselkurses soll bewirken, daß die Außenhandelspreise in der inländischen Preisbildung eine Rolle spielen.³⁾ Die Importeure müssen die durch den einheitlichen Wechselkurs umgerechneten Ft.-Preise für die Importgüter bezahlen, während die Exporteure den Ft.-Gegenwert ihres Exporterlöses erhalten. Hierdurch will man den Betrieben die Möglichkeit geben, ihre Entscheidungen nach Abwägung der Marktchancen - sowohl auf den Binnen- wie auf den Außenmärkten - zu fällen.

Freilich ist dieses Bild, wonach allein der Wechselkurs darüber entscheiden soll, ob ein Betrieb im In- oder Ausland verkauft oder ob er seinen Bedarf an Materialien und Investitionsgütern

1) Csikós-Nagy, Die ungarische ..., a.a.O., S. 217

2) Czeitler, Sándor: Gazdasági szabályozók és a külkereskedelem (Ökonomische Lenkungsmittel und der Außenhandel), in: Figyelő, 1.11.1967. Als Grund dafür gibt Csikós-Nagy an, daß auch die Inlandspreise der Exportgüter auf den Durchschnittskosten kalkuliert sind, weiterhin den Umstand, daß sich die gegenwärtige ungarische Exportstruktur in einer Periode herausgebildet hat, als der Wechselkurs noch kein bestimmender Faktor des Außenhandels war. Vgl. Csikós-Nagy, Die ungarische ..., a.a.O., S. 217

3) Csikós-Nagy, Die ungarische ..., a.a.O., S. 217 f.

am in- oder ausländischen Markt deckt, utopisch.¹⁾ Das Problem ist wegen der geringen Exportfähigkeit und der hohen Importneigung der ungarischen Wirtschaft sowie wegen der minimalen Devisenreserven des Landes vielfältiger. Bis zur vollen Liberalisierung des Außenhandels ist noch ein gutes Stück Wegs übrig. Die noch zu besprechenden anderen ökonomischen Lenkungsmittel (die schon wie echter staatlicher Dirigismus anmuten) und direkten administrativen Maßnahmen werden zeigen, daß im Außenhandel die staatliche Aufsicht noch stark ist und daß der Entscheidungsfreiheit der Betriebe noch enge Grenzen gesetzt sind.

3. Das Export- und Importrecht (Erweiterung des Kreises der am Außenhandel beteiligten Unternehmen)

Der Außenhandel bleibt auch nach der Reform staatliches Monopol und auch in Zukunft werden sich nur die Betriebe am Außenhandels-geschäft beteiligen können, die dazu ausdrücklich ermächtigt werden. Diese sind neben den spezialisierten Außenhandelsgesellschaften in zunehmendem Maße Produktionsbetriebe.²⁾ Bei der Erteilung des Rechts auf selbständige Geschäftsabschlüsse im Außenhandel soll darauf geachtet werden, daß sich ungarische Unternehmen nicht gegenseitig Konkurrenz machen.³⁾

Das selbständige E x p o r t r e c h t wird denjenigen produzierenden Betrieben zugestanden,

- deren produktionstechnische Verflechtung mit den ausländischen Partnern es zweckmäßig erscheinen läßt,
- die in der Herstellung einer Ware (Sortiment) eine Monopolstellung haben,
- deren Ertrag in überwiegendem Maße aus der Außenhandelsaktivität resultiert.

1) In diesem Sinne äußern sich Révész, a.a.O., S. 39 ff., und Csikós-Nagy, Szocialista ..., a.a.O., S. 93

2) Am 1.1.1968 wurde 25 neuen Unternehmen die Genehmigung zur selbständigen Abwicklung ihrer Außenhandelsgeschäfte erteilt. Damit erhöhte sich die Zahl der am Außenhandel beteiligten Unternehmen auf 67, wovon 38 nicht spezialisierte Außenhandelsgesellschaften sind. Gesamtzahl der für den Export arbeitenden Betriebe: 520, Vgl. Biró, Külkereskedelmünk ..., ebenda

3) Révész, a.a.O., S. 40

Von den inländischen Handelsgesellschaften erhalten diejenigen das selbständige Exportrecht, die mit dem Handel von Investitionsgütern beschäftigt sind, sofern ihre Tätigkeit auf Kooperationsverträgen mit dem Ausland beruht.¹⁾

Das selbständige I m p o r t r e c h t wird denjenigen produzierenden Betrieben erteilt,

- die alleiniger Verbraucher einer bestimmten Importware im Inland sind,
- deren produktionstechnische Verflechtung (Kooperation) mit dem Ausland es begründet.

Den Handelsgesellschaften der Investitionsgüter kann ebenfalls selbständiges Importrecht eingeräumt werden, wenn ihr Kundenkreis in fachlicher Hinsicht eine geschlossene Einheit²⁾ darstellt.

Das Export- und Importrecht kann, wenn wirtschafts- und handelspolitische Gründe dafür sprechen, wieder abgesprochen werden.

Das Ziel ist jedoch, immer mehr produzierende Unternehmen direkt in das Außenhandelsgeschäft einzuschalten.³⁾

4. Export- und Importgenehmigungen

Die mit selbständigem Export- und Importrecht ausgestatteten Unternehmungen haben, bevor sie konkrete Geschäftsabschlüsse tätigen können, weitere Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Der Abschluß eines Handelsvertrages darf erst nach einer Export- und/oder Importgenehmigung durch das Außenhandelsministerium erfolgen, mit dem Zweck, die Außenhandelsaktivität der Unternehmungen in dem Rahmen zu halten, der durch die außenhandelspolitischen Zielsetzungen des Volkswirtschaftsplanes bzw. durch den jeweiligen Devisenbestand gezogen sind.⁴⁾ Die Genehmigungen er-

1) Nach einem Beschluß der Wirtschaftskommission (1/1967 III.9.), aus: Népszabadság, 15.3.1967

2) Was eine "fachlich geschlossene Einheit" ist, wird in dem Beschluß nicht ausgeführt.

3) Földés, Az új gazdasági ..., a.a.O., S. 82

4) Czeitler, Sándor: A vállalati és népgazdasági érdekek az importgazdálkodásban (Importbewirtschaftung aus betrieblicher und aus volkswirtschaftlicher Sicht), in: Népszabadság, 31.5.67

strecken sich entweder auf ein einmaliges Geschäft oder auf Kontingente, wobei letztere die vorherrschende Form sein sollen.¹⁾

5. Devisenbewirtschaftung

Das Devisenmonopol der Nationalbank blieb bestehen. Sie bewirtschaftet die ausländischen Devisen nach folgenden Richtlinien:

a) Devisenbewirtschaftung bei der Ausfuhr

Das mit selbständigem Exportrecht und mit einer Exportgenehmigung ausgestattete Unternehmen muß die vereinnahmten Devisen an die Nationalbank abliefern. Diese hat das Recht, zu kontrollieren, ob dieser Ablieferungspflicht restlos nachgekommen wurde. Die Betriebe erhalten den Ft.-Gegenwert erst im Augenblick der Ablieferung der Devisen. Alle handelspolitischen Risiken werden von den Exportunternehmen getragen.

Die Exportfähigkeit der ungarischen Unternehmen soll durch Erleichterungen in der Gewährung von **E x p o r t k r e d i t e n** gesteigert werden. Hierzu haben das Finanzministerium, das Außenhandelsministerium und die Nationalbank Richtlinien ausgearbeitet.²⁾

Kurzfristige Exportkredite können die Betriebe zu Lasten ihrer Eigenmittel ohne Genehmigung gewähren. Falls sie vor Ablauf der Kreditfrist den Gegenwert ihrer Lieferung benötigen, können sie die Dokumente des Außenhandelsgeschäftes der Bank verkaufen. Die zu zahlenden Kosten sind niedriger als der jeweils gültige Grundzins.

Die mittel- und langfristigen Exportkredite müssen vom Außenhandelsministerium genehmigt werden. Entsprechend den Richtlinien werden die Exportkredite für die gleiche Laufzeit von der Bank finanziert. Gegen die Risiken (Wechselkursrisiko) der langfristigen Exportkredite können sich die Unternehmen durch **K r e d i t - v e r s i c h e r u n g** schützen.

1) Czeitler, A vállalati ..., ebenda

2) Vgl. Fekete, János: A külkereskedelem pénzügyi vonatkozásai (Finanzwirtschaftliche Aspekte des Außenhandels), in: Figyelő, 15.11.1967

Für die sogenannten direkten Nebenkosten (Transport, Versicherung, Provision usw.) können die Betriebe uneingeschränkt Devisen erhalten. Bezüglich der indirekten Nebenkosten (Reise, Werbung usw.) sind für die Gewährung konvertierbarer Devisen Normen festgesetzt.

b) Devisenbewirtschaftung bei der Einfuhr

Zum Importgeschäft sind Importrecht, Importgenehmigung und der Forintbetrag nötig, mit dem man die Devisen von der Bank kaufen kann. Die frühere, strenge Kontingentierung der Devisenzuteilung ist aufgehoben. Die Ankaufsbestimmungen von Devisen für Importzwecke sind allerdings nicht einheitlich. Die einzuführenden Güter werden je nach Verwendungszweck differenziert:¹⁾

- (a) Roh- und Hilfsstoffe, Halbfabrikate, Ersatzteile etc., die der laufenden Produktion dienen,
- (b) Investitionsgüter und Lizenzen,
- (c) Verbrauchsgüter zur Verbesserung des Konsumgüterangebots.

Zu (a): Für diese Güter sind Devisen ohne Beschränkung erhältlich.

Zu (b): Der Ankauf von Rubel ist auch hier frei. Der Kauf von konvertiblen Devisen wird - als vorübergehende restriktive Maßnahme gedacht - dadurch erschwert, daß die Betriebe außer dem Gegenwert der Devisen einen Ft.-Betrag bei der Bank zinslos hinterlegen müssen, der das Mehrfache der Summe ausmachen kann, die zum eigentlichen Import benötigt wird.²⁾ Hiermit will man die zu starke Nachfrage nach Devisen eindämmen.

Zu (c): Für die Einfuhr von Verbrauchsartikeln aus Ländern mit frei konvertierbaren Währungen werden vorerst nur Devisenkontingente, wie sie im Wirtschaftsplan vorgesehen sind, bereitgestellt. Darüber hinaus ist der Ankauf von konvertierbaren Devisen nicht

1) Erös, Gyula: A devizagazdálkodás új rendszere (Das neue System der Devisenbewirtschaftung), in: Figyelő, 16.8.1967

2) Die Höhe und Zeitdauer der Hinterlegung ist von der gesamtwirtschaftlichen Devisennachfrage und vom gesamtwirtschaftlichen Devisenangebot abhängig. Erös, A devizagazdálkodás ..., ebenda

möglich. Der Kauf von Rubeln für gleiche Zwecke ist frei.

Die Befriedigung des kurzfristigen Kreditbedarfs der mit Importrecht und Importgenehmigung versehenen Unternehmungen erfolgt in Forint nach den im Inland geltenden kreditpolitischen Konditionen. Die Wahrnehmung der kreditpolitischen Möglichkeiten am internationalen Geldmarkt ist Aufgabe der Nationalbank. Diese Chancen sollen genutzt werden. An mittel- und langfristigen Kapitalimport in größerem Maße ist auch für die Zukunft nicht gedacht. Diesbezügliche Entscheidungen werden nach Abwägung ökonomischer und politischer Gesichtspunkte in enger Zusammenarbeit mehrerer Instanzen (Bank, Finanzministerium, Wirtschaftskommission etc.) getroffen.¹⁾

6. Die Preisstützung (Subvention) im Export

Die Festlegung eines Wechselkurses, der die Bewertung der Devisen nach den volkswirtschaftlichen Durchschnittskosten eines als wünschenswert angesehenen Ausfuhrvolumens (nach Maßgabe des Wirtschaftsplanes) vornimmt, impliziert, daß ein Teil dieses Exportvolumens, nämlich der, dessen Erzeugungskosten über den Durchschnittskosten liegen, unrentabel ist. Die Aufrechterhaltung des wünschenswerten Exportvolumens ist bei dem gegebenen Wechselkurs nur möglich, wenn die Betriebe, deren Produkte auf den ausländischen Märkten nur mit Verlust abzusetzen sind, für die Weiterführung der Produktion eine Entschädigung erhalten. Diesem Tatbestand wird in Ungarn mit der "staatlichen Rückerstattung zum Ausgleich der Produktivitätsunterschiede"²⁾ begegnet. Demnach können Exportbetriebe, deren Erzeugnisse auf den Außenmärkten nur zu einem niedrigeren Preis abzusetzen sind, als sie vergleichsweise im Inland erzielen könnten, eine Preisstützung beantragen, die ihre Einnahmen wenigstens auf ein Niveau anhebt, als hätten sie ihre Produkte am Binnenmarkt verkauft. Die Preisstützung wird auf das ganze Exportsortiment eines Betriebes gewährt und ist in der Regel auf die Jahre 1968 - 70 begrenzt. Außerdem soll sie

1) Fekete, A külkereskedelem ..., ebenda

2) Darvas, László: Az exportszerkezet javításáért (Um die Verbesserung der Exportstruktur), in: Népszabadság, 22.11.1967

sich in vielen Fällen jährlich verringern.¹⁾

Da die Betriebe mit diesen "Einnahmen" fest rechnen können, wird sich jede Kostensenkung bzw. jede Verschiebung innerhalb ihres Exportsortiments von den weniger rentablen zu den rentableren Produkten hin im Betriebsergebnis niederschlagen.²⁾ In Folge dieser Wirkung wird erwartet, daß erstens das gewünschte Ausfuhrvolumen aufrechterhalten werden kann und zweitens die Exportstruktur sich zu Gunsten rentablerer Produkte verschieben wird.³⁾ Die Exportbetriebe sollen bis 1970 Zeit haben, im Schutze der Preisstützungen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Nach 1970 erhalten sie dann (über den Wechselkurs umgerechnet) nur noch die Preise für ihre Erzeugnisse, die im Ausland effektiv erzielt wurden.

7. Das Zollsystem

Die Abschaffung des Preisausgleichs und die Absicht der Reformer, in der Lenkung des Außenhandels mehr "ökonomische" Regler anzuwenden, haben den Zöllen zu neuen Ehren verholfen. Die neue Zollpolitik soll, gegenüber der früheren Praxis, als die Zölle weniger aus handelspolitischen Gründen, sondern vielmehr mit Rücksicht auf das eigene Preisgefüge festgesetzt wurden, ein wirksames Instrument der Außenhandelspolitik werden. Dabei dürften den zollpolitischen Maßnahmen insbesondere im Handel mit den nicht-kommunistischen Ländern ein größeres Gewicht zufallen. Folgende Ziele werden mit der Zollpolitik verfolgt:⁴⁾

- Beeinflussung des Importvolumens und der Importstruktur,
- Schutz der einheimischen Produktion,
- Intensivierung des Außenhandels durch gegenseitige Zollbegünstigungen,
- Begünstigung der Importe aus den Entwicklungsländern.

1) Fekete, János: A vállalati devizagazdálkodás rendszere (Das System der betrieblichen Devisenbewirtschaftung), in: Népszabadság, 24.1.1968

2) Erös, ebenda

3) Czeitler, Gazdasági szabályozók ..., ebenda

4) Hacsovszky, László: Aktiv vámpolitika (Aktive Zollpolitik), in: Figyelő, 10.1.1968

Der neue ungarische Zollltarif stützt sich auf die international anerkannte Brüsseler Zollnomenklatur und kennt drei verschiedene Zollsätze:¹⁾

(a) Die Präferenzzölle werden den Entwicklungsländern eingeräumt, soweit die Unterschreitung der Meistbegünstigungssätze von den internationalen Gremien gestattet wird.

(b) Die Normalzölle beruhen auf dem Prinzip der Meistbegünstigung und werden allen Ländern eingeräumt, die Ungarn gegenüber die Meistbegünstigung anwenden.

(c) Prohibitive Zölle werden den Ländern gegenüber angewandt, die Ungarn im Außenhandel diskriminieren.²⁾

8. Neuartige Beziehungen zwischen den Produktionsbetrieben und den Außenhandelsgesellschaften

Die bisherige Form der Abwicklung der Außenhandelsgeschäfte - hier der Produzent, dort die Außenhandelsgesellschaft - hatte die Erzeugerbetriebe völlig von den Auslandsmärkten abgeschirmt. Hauptzweck der Reform auf dem Gebiet des Außenhandels ist es deshalb, "daß die Güterproduktion und die Außenhandelsaktivität eine wirtschaftliche Einheit werden".³⁾

Der einheitliche Wechselkurs, der die in- und ausländischen Preise verbindet, weist in diese Richtung. Eine weitere Maßnahme stellt die Verordnung (1/1967, III/9 GB) über die Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Unternehmungen der Produktion und des Außenhandels dar. Sinn der Neuregelung ist es, die materielle Interessiertheit der produzierenden und der handeltreibenden Unternehmungen zu synchronisieren, um damit ihre Tätigkeit wirkungsvoller zu gestalten.⁴⁾

1) Biró, Külkereskedelműnk ..., ebenda

2) Vgl. o.V., Realistische Zollltarife, in: O.R., München 1968, Heft 1, S. 34

3) Népszabadság, 15.3.1967

4) Czeitler, Sándor: Exportérdekeltség az új mechanizmusban (Exportinteressiertheit im neuen Mechanismus), in: Figyelő, 5.10.1966

Während die Außenhandelsgesellschaften früher eine eigene Preispolitik betrieben, die den Gewinn im Bereich der Produktion nicht beeinflusste, werden nunmehr verschiedene Formen der Verrechnung und der Zusammenarbeit zwischen den Handelsgesellschaften und den Produktionsbetrieben ermöglicht, die das Betriebsergebnis der Erzeugerbetriebe von den Vermarktungsmöglichkeiten und/oder Beschaffungsmöglichkeiten abhängig machen. Die Unternehmen können sich frei für die eine oder andere Form entscheiden oder neue vereinbaren. Die nachfolgende Aufzählung bezieht sich nur auf die Grundformen.¹⁾

a) Die Kommission

Nach dieser Form der Zusammenarbeit und Verrechnung verpflichtet sich der Kommissionär (Außenhandelsgesellschaft) in eigenem Namen, aber auf Rechnung des Auftraggebers (Produktionsbetrieb) Geschäfte abzuschließen. Die Außenhandelsgesellschaft und der Erzeuger disponieren gemeinsam in allen Fragen der Beschaffung und des Absatzes. Für die Kooperation - die aus der gemeinsamen materiellen Interessiertheit resultiert - bieten sich verschiedene Verfahren an:

aa) Der Auftraggeber schreibt dem Kommissionär einen Limitpreis vor und zahlt ihm für seine Leistung eine Gebühr. Kann die Ware nur zu einem niedrigeren Preis abgesetzt werden, belastet die Preisdifferenz die Gebühr des Kommissionärs.²⁾ Erzielt er einen über dem Limit liegenden Preis, kann er an den Mehreinnahmen prozentual oder progressiv beteiligt werden.

ab) Die Leistungsgebühr des Kommissionärs wird relativ niedrig gehalten; dafür wird er an dem aus dem Außenhandelsgeschäft resultierenden Gewinn des Produktionsbetriebes in vereinbarter Weise beteiligt. Er trägt also auch einen Teil des Produktionsrisikos.

1) Als Quelle dienten: Földes, Az új gazdasági ..., a.a.O., S. 83 ff., und Népszabadság, 15.3.1967

2) Es wird nur die Absatzseite (Export) behandelt. Im Import gilt es analog.

b) Die Vereinigung

Sie stellt eine noch engere Form der Zusammenarbeit dar. Hierbei wird in einem Vertrag geregelt, in welchem Maße die Außenhandels-gesellschaft am Gesamtgewinn des Produktionsbetriebes beteiligt wird. Beide tragen gemeinsam das Risiko der Erzeugung und des Ab-satzes. Außer der Gewinnbeteiligung erhält die Außenhandelsge-sellschaft keine weitere Vergütung.

c) Die Vermittlung

Diese Form wird zweckmäßigerweise zwischen Unternehmen angewandt, die mit Export- und Importrecht ausgestattet sind. Man möchte die guten Verbindungen einer Außenhandels-gesellschaft auf einem bestimmten Markt in Anspruch nehmen und zahlt ihr für die Ver-mittlung von Geschäftsabschlüssen eine Vermittlungsgebühr.

d) An- und Verkauf in eigenem Namen und auf eigene Rechnung

Diese früher typische Form der Außenhandelstätigkeit wird zurück-gedrängt und nur dort angewandt, wo die anderen Formen der Zusam-menarbeit und Verrechnung nicht erfolgversprechend sind.¹⁾ Dabei wird der Preis, zu dem das Außenhandelsunternehmen die Produkte vom Erzeuger übernimmt, Gegenstand von Verhandlungen sein. Vor der Reform galten hier staatliche Fixpreise.

1) In dieser Form werden noch etwa 3 - 4% des Import- und 10 - 12% des Exportumsatzes verrechnet. Erős, A devizagazdálkodás ..., ebenda

V. Kapitel:

BEURTEILUNG DER VERÄNDERUNGEN IM WIRTSCHAFTSMECHANISMUS UNGARNS IM HINBLICK AUF EINE ANNÄHERUNG DER WIRTSCHAFTSSYSTEME ZWISCHEN OST UND WEST

In Abhandlungen, die sich mit ökonomischen Reformmaßnahmen in den sozialistischen Staaten Osteuropas beschäftigen, taucht regelmäßig die Frage auf, inwieweit die neuen Methoden der Wirtschaftslenkung eine Liberalisierung in Form einer Annäherung an marktwirtschaftliche Ordnungsprinzipien bedeuten. Diese Frage soll auch in Bezug auf die Entwicklung des ungarischen Wirtschaftsmechanismus gestellt werden. Dabei soll die Frage einer Annäherung an Kriterien gemessen werden, wie sie Tinbergen, Thalheim und Meimberg in ihren diesbezüglichen Arbeiten entwickelt haben.

1. Beurteilung der Reform aufgrund der Tinbergen'schen Kriterien

Tinbergen¹⁾ glaubt, grundsätzlich einen objektiven Zwang für die Annäherung der Wirtschaftssysteme in Ost und West erkennen zu können. Seiner Meinung nach schwächen sich die Unterschiede in den Zielsetzungen der Sozial- und Wirtschaftspolitik des Westens wie des Ostens ab, "und in beiden Ordnungen setzt sich immer mehr das Ziel durch, den Volkswohlstand zu maximieren, bei einer möglichst gleichmäßigen Einkommensverteilung"²⁾ "Und wenn darüber hinaus in Ost und West immer mehr einander entsprechende Theorien über Wirkungen des Wirtschaftsprozesses gehandhabt werden, werden sich auch die Vorstellungen über eine anzustrebende Optimalstruktur ... angleichen."³⁾ Das Ergebnis wird eine Mischstruktur zwischen zentralisierten und dezentralisierten Entscheidungen sein.

-
- 1) Tinbergen, Jan: Die Rolle der Planungstechniken bei einer Annäherung der Strukturen in Ost und West, in: Wirtschaftsplanung im Ostblock, Beginn einer Liberalisierung?, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1966, S. 35 ff. Die nachfolgenden Seitenangaben beziehen sich ausschließlich auf diesen Aufsatz.
 - 2) Tinbergen, S. 48
 - 3) Tinbergen, S. 48

Als Beweis für eine Annäherung der Wirtschaftstheorie in Ost und West führt Tinbergen die Bedeutung der Planung für die Lenkung des Wirtschaftsprozesses an. Die Planungsbemühungen sowohl im Osten wie im Westen haben zur Entwicklung einer nüchternen Wirtschaftstheorie geführt, die gewisse negative Auswirkungen beider Wirtschaftsordnungen nachwies, die weder die Vertreter und ursprünglichen Befürworter der vollständig freien noch die der vollkommen zentralistischen Wirtschaft hinnehmen wollen. "Das allein schon beinhaltet einen wichtigen nicht zu unterschätzenden Beitrag für eine Annäherung."¹⁾ Den Einwand, daß zentrale Planung und Unternehmerfreiheit unvereinbar sind, schwächt Tinbergen mit der Bemerkung ab, daß die indikative Planung - die Tendenz zeigt auch im Osten in diese Richtung - der Unternehmerfreiheit und dem Wettbewerb genug Spielraum läßt, und "daß freie Konkurrenz ... einen Rahmenplan ausfüllen kann, hängt damit zusammen, daß sie unter zahlreichen Umständen geradezu zu jenem Optimum führt, das auch das Ziel eines Planes sein soll."²⁾

Von westlichen Kritikern wird oft betont, daß im Osten an die Stelle der Ziele privater Wirtschaftssubjekte die Ziele des Planes getreten sind. "Was sind aber diese Ziele des Planes, der hier als autonomer Begriff eingeführt wird?" fragt Tinbergen. Das primäre Ziel ist, die Vermeidung von Überkapazität, dann die Bestimmung der Relation zwischen Investitionen und Verbrauch oder Korrektur der Bedürfnisse der Bevölkerung, indem beispielsweise gesundheitsschädigende Genußmittel stärker besteuert werden.³⁾ Sind das nicht durchaus vernünftige, auch in der westlichen Ordnung akzeptierbare Zielsetzungen?

Einwände, die darauf zielen, daß im Osten die Interessen gewisser politischer Kreise gegen die Durchführung der geplanten Wirtschaftsreformen stehen, räumt Tinbergen zur Seite und betont, daß wahrscheinlich wirtschaftliche Kräfte zu Reformen und damit zur Annäherung zwingen werden.⁴⁾ Und durch die Änderungen in den Methoden des Wirtschaftens wird sich "auch allmählich die Menta-

1) Tinbergen, S. 48

2) Tinbergen, S. 52

3) Tinbergen, S. 53

4) Tinbergen, S. 49

lität ändern; eine schon beobachtbare Versachlichung wird dazu beitragen, die Unterschiede zwischen Ost und West zu verringern."¹⁾

Die ungarischen Reformmaßnahmen - wie sie diese Arbeit gezeigt hat - passen gut in den Trend, der nach Tinbergen zu einer generellen Annäherung zwischen den Wirtschaftssystemen der Staaten in Ost und West führt. Den Tinbergen'schen Gedankengängen folgend, müssen die ökonomischen Veränderungen in Ungarn als ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Annäherung der Wirtschaftsstrukturen gewertet werden.

2. Die Beurteilung der Reform aufgrund der Thalheim-Thesen

Thalheim²⁾ greift von den für das Wesen und die Funktionsweise eines Wirtschaftssystems seiner Meinung nach wesentlichen Elementen fünf Punkte heraus, an denen er die Frage eines Systemwandels untersucht. Diese Elemente sind:

- a) die Frage nach der Eigentumsverfassung,
- b) die Frage, wer Träger der Initiative im Wirtschaftsleben ist,
- c) die Frage nach dem Lenkungssystem der Wirtschaft,
- d) die Frage nach Existenz und Bedeutung des Wettbewerbs in der Wirtschaft,
- e) die Frage, welche Ziele dem Wirtschaften gesetzt werden und wer diese Ziele setzt.

Zu a): Bezüglich der Eigentumsform brachte die Reform in Ungarn keine Veränderung. Es bleibt bei der Dreiteilung des Eigentums (Öffentliches, genossenschaftliches und privates), wobei die Bedeutung des Privateigentums an den Produktionsmitteln verschwindend gering ist. Es handelt sich im wesentlichen um das Handwerk und die Hoflandwirtschaften der Kollektivbauern, die in ihrer "ergänzenden Rolle" Daseinsberechtigung genießen.

1) Tinbergen, S. 50

2) Thalheim, Karl C.: Bedeuten die Wirtschaftsreformen in den Ostblockländern einen Systemwandel?, in: Wirtschaftsplanung im Ostblock, Beginn einer Liberalisierung?, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1966, S. 54 ff.
ders.: Liberalisierungstendenzen im Ostblock?, in: Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft?, Berlin 1967, S. 31 ff.

Dennoch könnte die Ausstattung der Betriebe mit dem der Staatsgewalt entzogenen Kapital als bedeutsam im Hinblick auf einen Systemwandel gewertet werden. Diese der Form nach staatlichen Produktionsmittel gehören, was die Verfügungsgewalt betrifft, den Betrieben, die sie, ihrer Geschäftsentwicklung entsprechend, erweitern, aber auch - durch Veräußerung - verringern können.¹⁾ Theoretisch ist die Umleitung staatlichen Eigentums von einem Verwendungszweck in einen anderen - wie früher möglich und auch üblich war - dem Staat nicht mehr gegeben. Die Verfügungsgewalt über das Betriebseigentum stärkt den Rücken der Betriebsdirektoren (Manager) und trägt wesentlich zu der angestrebten Selbständigkeit der Betriebe bei. Dieser Umstand ist auch dann noch positiv zu werten, wenn die staatlichen Eingriffsmöglichkeiten - etwa nach einer zuungunsten des Betriebes ausgefallenen Prüfung der Finanzlage durch die staatliche Kontrolle - in der Praxis gegeben sind.

Zu b): Die Frage nach den Trägern der Initiative im Wirtschaftsleben hängt eng mit der den Wirtschaftseinheiten eingeräumten Selbständigkeit und Dispositionsfreiheit zusammen. Diesbezüglich trat eine größere Wandlung ein, denn innerhalb des vom Volkswirtschaftsplan und von den ökonomischen Lenkungsmitteln gezogenen Rahmens wurde den freien betrieblichen Entscheidungen ein viel größerer Spielraum als vor der Reform gewährt. Stellvertretend für eine ganze Reihe von Entscheidungsmöglichkeiten, die den Betrieben gegeben sind, soll hier nur ihre Dispositionsfreiheit bezüglich der Investitionen erwähnt werden.

Aber nicht nur die Betriebsleitungen besitzen ein größeres Maß an Entscheidungsfreiheit, sondern auch ein Teil der Belegschaften. In diese Richtung zeigt das neue Anreizsystem, das mit der Differenzierung der Einkommen der Beschäftigten gerade das Ziel der Weckung der Initiative all derer verfolgt, die einen maßgeblichen Einfluß auf die Höhe des Betriebsergebnisses nehmen können.²⁾

1) Vilcsek, Jenő: Vállalati tervezés a gazdaságirányítás új rendszereiben (Betriebliche Planung im neuen System der Wirtschaftslenkung), Budapest 1967, S. 25 f.

2) Man denke nur an die neuen Regelungen der Gewinnbeteiligung (S.S. 115ff.).

Man könnte geneigt sein, in diesem Punkt von einer grundlegenden Änderung zu sprechen. Die Frage ist allerdings komplizierter und es gibt Argumente, die einige Bedenken rechtfertigen. Mit der Gewährung gewisser Freiheiten ist noch nicht sichergestellt, daß sie auch genutzt werden, und zwar in dem Maße, wie es notwendig wäre, um das reibungslose Funktionieren des neuen Wirtschaftsmechanismus zu gewährleisten. Hatte nicht gerade das alte Wirtschaftssystem einen Betriebsleiter herangebildet, der sich dadurch auszeichnete, daß er die von den zentralen Lenkungsorganen erhaltenen ausführlichen Direktiven zuverlässig befolgte und sich niemals durch übermäßige persönliche Initiative hervortat?¹⁾ Wird der neue Betriebsdirektor so stark am Erfolg seines Betriebes interessiert sein wie der westliche Manager? Wird er, der vom Staat ernannt wird, nicht Vorsicht vor echtem unternehmerischen Wagemut walten lassen, nicht die Sicherung seines Postens einer eventuellen Suspendierung vorziehen? Und auch wenn er die erforderliche Qualifikation mitbringt: wird ihm ein fachmännisch geschultes kaufmännisches Personal zur Seite stehen? "Daß die ungarischen Wirtschaftshochschulen seit der Etablierung des Kommunismus keine Unternehmerpersönlichkeiten mehr herangebildet haben, wird heute offen eingestanden. 'Doch wir hoffen und bauen auf die unternehmerischen Instinkte und das gesunde, natürliche Gewinnstreben der Menschen' - so sagt man jetzt in Budapest in entwaffnender Umkehrung dessen, was bisher offiziell gelehrt werden mußte."²⁾

Zu c): Das Lenkungssystem hat sich weitgehend gewandelt. Zwar vollzieht sich die Lenkung der Wirtschaft immer noch bzw. erst recht auf Grund eines Planes, aber man muß hinsichtlich der Planung eine Unterscheidung treffen, die früher nicht notwendig war. Man trennt heute in Ungarn

- (1) die Planung des Wirtschaftsprozesses von der
- (2) Planung der Wirtschaftspolitik.

Diese Unterscheidung ist deshalb wichtig, weil ihr eine Verschie-

1) Gamarnikow, Michael: Schlechte Zeiten für Apparatschiks, in: O.R., München 1966, Heft 1, S. 3 ff.

2) Konitzer, ebenda

bung in den Planungskompetenzen zugrunde liegt. Die Planung der Wirtschaftsabläufe wird nämlich neuerdings den Betrieben überlassen, während zentral nur noch die Wirtschaftspolitik geplant werden soll. Von größter Tragweite ist die Beseitigung der verbindlichen Plananweisungen in der Lenkung der Betriebe. Die Aufteilung der Planungsaufgaben in eine Makro- und eine Mikrosphäre kommt der indikativen Planung, wie sie auch im Westen angewandt wird, sehr nahe. Der Unterschied ist darin zu sehen, daß die wirtschaftspolitischen Eingriffe, mit denen das Marktgeschehen beeinflußt werden soll, im Westen überwiegend mit marktkonformen Methoden geschieht, während die sogenannten volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel in Ungarn oft dirigistische Züge aufweisen, (z.B. Exportsubventionen, Genehmigungspflicht einer Preisänderung, Regelungen, die die Aufteilung des Unternehmensgewinns betreffen etc.).

Zu d): Die Wiederherstellung des Marktmechanismus ist eines der wesentlichsten Ziele des Reformkonzepts. Für seinen Erfolg oder Mißerfolg wird es ausschlaggebend sein, ob es gelingt, für einen funktionsfähigen Wettbewerb zu sorgen. Dabei dürfen die Konkurrenzbeziehungen nichts mit dem sozialistischen Wettbewerb früherer Jahre zu tun haben, dessen Grundgedanke der Anreiz zur besseren Planerfüllung war. Sie müssen vielmehr in der offenen Rivalität der Anbieter um die effektive Nachfrage der Konsumenten auf der Basis des Leistungsprinzips zum Ausdruck kommen.¹⁾

Wie ist es mit dem Preiswettbewerb bestellt? Zwar heißt es in dem Beschluß über die Wirtschaftsreform: "Die Werturteile der Märkte müssen in den Preisen zum Ausdruck kommen, damit einerseits die sich derart differenzierenden Gewinne auf die Gestaltung des Produktionsgefüges (des Angebots) wirken und andererseits diese Preise auch durch ihre anregende bzw. hemmende Wirkung auf die Nachfrage die Herstellung des Marktgleichgewichts begünstigen."²⁾ Andererseits aber wurden in der Praxis gerade auf den

1) Burkhardt, Dietrich: Das Experiment mit dem Markt, in: Der Volkswirt, Nr. 46, 17.11.1967, S. 2538

2) Hensel, Sind die Wirtschaftsordnungen ..., a.a.O., S. 82

Teilmärkten freie Preise eingeführt, wo der Volkswirtschaftsplan ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage schon geschaffen hatte. Das Gleichgewicht kam also unabhängig von Preisbewegungen zustande. Welche Funktion aber soll ein freier Preis kurzfristig auf einem Markt haben, auf dem Gleichgewicht herrscht? Wäre es nicht die primäre Aufgabe der freien Preise, das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen? Sollte es nicht in einem Marktmodell mit einem Rahmenplan den freien Preisen überlassen werden, innerhalb des vom Plan geschaffenen Globalgleichgewichts das Gleichgewicht auf den Teilmärkten durch Preisbewegungen herzustellen? Wenn die Preise in der Steuerung der Wirtschaft eine aktive Rolle spielen sollen, darf man nicht davon ausgehen, was man haben möchte (nämlich Gleichgewicht), sondern davon, womit dies erreicht werden kann (mit freien Preisen).

Das Zustandekommen eines wirksamen Preiswettbewerbs wird auch durch die vom Preisamt erlassenen Kalkulationsvorschriften, durch die Anmelde- und Genehmigungspflicht bestimmter Preisbewegungen sowie durch die strenge Preiskontrolle behindert.

Der Wettbewerb muß, wenn er systemverändernd sein soll, auch das Mittel zur Ausschaltung nicht leistungsfähiger Betriebe sein. Die Möglichkeit des Gründens und der Auflösung von Betrieben ist notwendiges Element einer marktwirtschaftlichen Ordnung.¹⁾ Deshalb ist die Frage begründet, wie es mit der Gründung und Auflösung der Betriebe in Ungarn nach der Reform aussieht.

Neugründungen sind weiterhin dem Staat vorbehalten. Es stellt sich aber die Frage, ob die Möglichkeit der bestehenden Betriebe, Erweiterungsinvestitionen durchzuführen bzw. die Möglichkeit, die Produktion neuer Güter aufzunehmen, nicht mit Neugründungen gleichzusetzen sei. Die Frage muß insofern verneint werden, als ein Betrieb nur dann miteinander konkurrierende Produkte herstellen wird, wenn er dadurch latente Nachfrage wecken kann. Deshalb wird dann auch der Wettbewerb nicht die Intensität erreichen, als wenn die Chance gegeben wäre, daß ein völlig neuer Anbieter auf den Markt kommen kann.

1) Thalheim, Bedeuten die Wirtschaftsreformen ..., a.a.O., S. 65

Bezüglich der Sanierung unrentabler Betriebe wurde folgende Regelung getroffen:

Erster Schritt zur Auffüllung der finanziellen Lücken ist die Verwendung des betrieblichen Reservefonds. Kann das Defizit auf diese Weise nicht aus dem Weg geschafft werden, dann wird ein Teil der Grundgehälter der Betriebsangehörigen der Gehaltskategorie I und II (Manager und leitende Angestellte) herangezogen. Reicht auch diese Maßnahme nicht aus, so muß eine Reorganisationskommission eingesetzt werden, die eine strukturelle Sanierung ins Auge faßt und entsprechende Pläne unterbreitet. Die Umstellung des Betriebes soll nach drei Jahren abgeschlossen sein, d.h. nach Ablauf dieser Frist muß er rentabel arbeiten. Zur finanziellen Bewältigung dieser Aufgabe können Kredite aufgenommen werden. Scheitert die Reorganisation auch in diesem Falle, so hat die Auflösung des Betriebes zu erfolgen. Der Ausgleich eines Defizits aus dem Staatshaushalt kann nur bei für die Volkswirtschaft lebenswichtigen Betrieben und nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Rentabilität in der Zukunft gesichert ist.¹⁾

Indirekt also führt der Wettbewerb zur Liquidierung unrentabler Betriebe.

Der Entfaltung eines echten Leistungswettbewerbs werden sich auch organisatorische Hindernisse entgegenstellen. Zur Gesundung der industriellen Struktur Ungarns wurde Anfang der sechziger Jahre eine Konzentration gleichprofilierter Betriebe durchgeführt. Dieser Maßnahme gingen sorgfältige Überlegungen bezüglich der betriebswirtschaftlich optimalen Betriebsgröße voraus. Die Zusammenlegung von Betrieben ließ bei der Enge des ungarischen Marktes Monopolunternehmen entstehen, die ganze Industriezweige beherrschten. Die Reformer standen in vielen Fällen vor dem Problem, zwischen produktionstechnisch optimaler Betriebsgröße und ausreichender Wettbewerbsintensität wählen zu müssen. Die Entscheidung fiel zu Gunsten der betriebswirtschaftlich optimalen Betriebsgröße aus. Die Konzerngebilde wurden nur dort aufgelockert, wo sie aus vertikalen Zusammenschlüssen entstanden. Weitere organisatorische Maßnahmen und Betriebsauseinanderlegungen im Inter-

1) Vgl. o.V.: Unrentable Betriebe nach drei Jahren liquidiert, in: O.R., München 1968, Heft 3, Seite 33

esse der Belebung des Wettbewerbs wurden verschoben. Sie sollen erst erfolgen, wenn aufgrund der praktischen Erfahrungen mit dem neuen Mechanismus konkrete Anhaltspunkte dafür gegeben sind, welche Organisationsform der Betriebe den produktionstechnischen und wettbewerbspolitischen Erfordernissen am besten entspricht.¹⁾

Ein weiterer schwacher Punkt ist der Geld- und Kapitalmarkt. Das Geld-, Spar- und Kreditwesen wird von der Ungarischen Nationalbank beherrscht. Sie besitzt auf der Angebotsseite eine lückenlose Monopolstellung. Der Wettbewerb spielt nur auf der Nachfrageseite eine Rolle. Aber welchen Intensitätsgrad wird dieser Wettbewerb erreichen? Der Plan bestimmt ja schon die Prioritätszweige der Wirtschaft, die mit den knappen Mitteln vorrangig versorgt werden. Die Konkurrenz wird sich in diesem Rahmen abspielen müssen.

Dann könnte man fragen, wie weit die staatlichen Investitionen die Wiederherstellung eines Konkurrenzmechanismus behindern. Wenn die Betriebe auf die vom Markt empfangenen Impulse nicht auch mit entsprechenden Investitionen reagieren könnten, würde der Marktmechanismus zu einer Farce. Die Berücksichtigung des Selbstfinanzierungsgedankens in der Reproduktion und sein Einbau in die betriebliche Preiskalkulation sowie die Schaffung des betrieblichen Entwicklungsfonds sollten den Betrieben in dieser Hinsicht die notwendige Bewegungsfreiheit gewähren. Es wird aber auch in Zukunft darüber zu wachen sein, daß das Volumen der staatlichen Investitionen diese Freiheit nicht beschneidet; wenn im Interesse des Funktionierens des neuen Mechanismus nötig, sollte sie noch erweitert werden.

Schließlich ist die Frage interessant, wie es mit der Importkonkurrenz bestellt ist. Einer sprunghaften Ausweitung der Importe steht der Devisenmangel des Landes im Wege, ebenso die Vorsicht, die es verhindern wird, daß die einheimische Industrie sofort der harten ausländischen Konkurrenz ausgesetzt wird. "Aber auch später könnte eine allzu große Freizügigkeit bei der Zulassung von Importen durch das politische Argument der Siche-

1) Burkhardt, a.a.O., S. 2538, und Révész, a.a.O., S. 97 f.

rung der Arbeitsplätze gerade in einem sozialistischen Land verhindert werden."¹⁾

Als Ergebnis wird man den Reformern die Absicht, einen Wettbewerb zuzulassen, nicht versagen dürfen. Daß er jedoch in seiner Bedeutung und in seiner Intensität nicht mit marktwirtschaftlichen Maßstäben gemessen werden darf, muß deutlich herausgestellt werden.

Zu e): Vor der Reform wurden die dem Wirtschaften gesetzten Ziele von den politischen Instanzen bestimmt und fanden in den Plänen ihren Ausdruck. Der Unterschied zwischen marktwirtschaftlichen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Systemen war der, daß in der zentral geplanten Wirtschaft Bedürfnisse befohlen werden konnten.²⁾ Wer aber setzt die Ziele im dezentralisierten Modell der Planwirtschaft Ungarns? Die globalen Planziele werden immer noch eindeutig von den für die politische Willensbildung maßgebenden Instanzen gesetzt. Aber es wird betont, daß die zentrale Planung nicht mehr im Sinne einer Hierarchie der Pläne von oben nach unten aufgefaßt werden darf. "Es muß in Rechnung gestellt werden, daß die dezentralisierten Entscheidungen und die Marktvorgänge auch auf den Volkswirtschaftsplan rückwirken, ihn formen und kontrollieren."³⁾ "Die Verwirklichung ursprünglicher Planziele dürfe in solchen Fällen nicht durch regulative Mittel erzwungen werden."⁴⁾ Wenn diesen Rückwirkungen von Verbraucherwünschen auf die Pläne Raum gelassen wird, wenn sie Planziele modifizieren können, kann man dann noch von einer ausschließlich autoritativen Zielsetzung sprechen?

Die Instrumente Thalheims, mit denen er die Frage eines Systemwandels untersucht, auf die ungarische Wirtschaftsreform angewandt, kann man zusammenfassend sagen, daß sich in Ungarn ein Wandel des Wirtschaftssystems abgespielt hat. Die entscheidende

1) Burkhardt, a.a.O., S. 2538

2) Thalheim, Bedeuten die Wirtschaftsreformen ..., a.a.O., S. 65 f

3) Hensel zitiert aus dem Beschluß der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns über die Wirtschaftsreform. Sind die Wirtschaftsordnungen ..., a.a.O., S. 77 f

4) ders., a.a.O., S. 78

Frage allerdings lautet: Bedeutet dieser Wandel eine tatsächliche Annäherung an eine marktwirtschaftliche Ordnung im anspruchsvolleren Sinne des Wortes oder handelt es sich um eine "Modernisierung", um eine Vervollkommenung des Wirtschaftssystems. Auf diese Frage kann mit den Argumenten Meimbergs geantwortet werden.

3. Beurteilung der Reform aufgrund der Meimberg-Thesen

Meimberg untersucht in einer Abhandlung¹⁾ die Frage, ob eine Annäherung bzw. ein IneinanderÜbergehen östlicher und westlicher Wirtschaftsordnungen möglich erscheint. Zur Fragestellung wurde er durch die Auflockerung der Zentralisierung von Entscheidungen im Wirtschaftsleben Jugoslawiens angeregt, welches Land 1965 bekanntlich bedeutsame Schritte in diese Richtung eingeleitet hat. Man geht nicht fehl in der Annahme, daß die jugoslawischen Maßnahmen auch den ungarischen und tschechoslowakischen Reformern als Vorbild dienten.

Nach einer skizzenhaften Aufzeichnung der jugoslawischen Verhältnisse fragt Meimberg, wo das gegenwärtige Wirtschaftssystem Jugoslawiens nun im Ganzen steht: mehr in der Nähe westlicher Staaten oder mehr in der Nähe der Staaten, in denen die Zentralisierung von Entscheidungen im Wirtschaftsleben vorherrscht.

Zwar ist, so konstatiert er, eine Annäherung festzustellen, aber damit entspricht die Wirtschaft des Landes noch nicht einer Marktwirtschaft im anspruchsvolleren Sinne des Wortes. Den Grund dafür sieht er im Aufbau der gesellschaftlichen Ordnung. Besondere Aufmerksamkeit verdienen in diesem Zusammenhang die Einparteienherrschaft und die Vergesellschaftung der Produktionsmittel.²⁾

1) Meimberg, Rudolf: Zur Frage einer Annäherung östlicher Wirtschaftssysteme an diejenigen westlicher Industriestaaten, in: Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft?, Berlin 1967, S. 87 ff.

2) Meimberg, a.a.O., S. 90
Diese Charakteristika der politischen und wirtschaftlichen Ordnung hatten auch für Thalheim ihre Bedeutung. Vgl. die Ausführungen auf Seite 140 f. und 139 f. dieser Arbeit.

Der Anspruch der Einheitspartei, "maßgeblicher Mittler zwischen Bevölkerung und Regierung, überlegener Interpret der politisch als bedeutsam angesehenen Belange zu sein",¹⁾ wirkt sich mittelbar oder unmittelbar auf die Gestaltung sozialökonomischer Zielsetzungen aus. Die Aktivität der Staatspartei beeinflusst die individuelle Entscheidungsfreiheit von Konsumenten, Sparern, Investoren und Verteilern in einem Maße, wie es für das Funktionieren einer marktwirtschaftlichen Ordnung nicht bekömmlich ist.

Diese Tendenz zur Zentralisierung der Entscheidungen wird durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel verstärkt. Der Grund liegt darin, daß die öffentlichen Stellen mehr Gebrauch von ihren Rechten und Pflichten als Eigentümer machen, als das bei privaten Eignern kleiner Anteile von Konzerneigentum üblich ist. "Welcher Sinn würde der Vergesellschaftung von Eigentum zuzuerkennen sein, wenn der Staat sich entsprechend, wie die eben erwähnten privaten, verhielte?"²⁾

Der ideologische Hintergrund, wonach Privateigentum an Produktionsmitteln Ausdruck einer Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist, erfordert, daß ein relativ großer Teil der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel bei außerbetrieblichen Stellen liegt. Würden die Betriebsleitungen genau so viel Freiheit besitzen, als wenn sich das Eigentum an Produktionsmitteln in privaten Händen befände, könnte hier ebenfalls von Ausbeutung gesprochen werden.³⁾

Meimberg kommt zu dem Schluß, daß einer Annäherung oder gar einem allmählichen Ineinanderübergehen der Wirtschaftsordnungen in Ost und West Grenzen gesetzt sind. Dieser Prozeß "setzte auch eine Annäherung der politischen Systeme und der sie prägenden Ideologie voraus".⁴⁾

Nach der Meimbergschen Argumentation kann der reformierte ungarische Wirtschaftsmechanismus eine graduelle Annäherung an west-

1) Meimberg, a.a.O., S. 90

2) ders., a.a.O., S. 94

3) ders., a.a.O., S. 94

4) Meimberg, Zur Frage ..., a.a.O., S. 97

liche Wirtschaftsordnungen für sich in Anspruch nehmen, obwohl im Vergleich zu Jugoslawien in Ungarn die Preise in größerem Umfang der staatlichen Regelung und Kontrolle unterliegen, der Außenhandel weniger liberalisiert ist, die Investitionen mehr zentralisiert sind, die Betriebe weniger frei über die erwirtschafteten Gewinne verfügen können und die Konkurrenz der Unternehmungen und Banken weniger intensiv ist. Von einer marktwirtschaftlichen Ordnung im anspruchsvolleren Sinne des Wortes kann allerdings keine Rede sein. Die beiden Charakteristika der gesellschaftlichen Ordnung, die in Jugoslawien keine echte Marktwirtschaft bisher haben entstehen lassen, haben auch für Ungarn Gültigkeit. Dabei kann erstens angenommen werden, daß die ungarische Parteiführung weniger frei in der Delegation politischer und wirtschaftspolitischer Entscheidungsbefugnisse auf die unteren Ebenen¹⁾ als die jugoslawische ist, und zweitens muß auffallen, daß der private Sektor in Ungarn eine noch geringere Bedeutung hat als in Jugoslawien. Damit fällt aber die Eigentums- und Verfügungsfunktion an den Produktionsmitteln in einer geringeren Zahl der Fälle in eine Hand, was aber wichtiger Wesenszug einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist.²⁾

Was mit dem Einparteiensystem und mit dem vergesellschafteten Eigentum an Produktionsmitteln in Zukunft geschehen wird, dürfte für die Würdigung der ungarischen Wirtschaftsreform unter dem Gesichtspunkt einer Annäherung an die marktwirtschaftlichen Ordnungen westlicher Prägung von vorrangiger Bedeutung sein.

4. Einige offen gebliebenen Fragen der Wirtschaftsreform

Zuletzt sei noch auf einige Fragen hingewiesen, die sich dem kritischen Beobachter stellen und von deren Beantwortung durch die

1) In diesem Zusammenhang schreibt der Wissenschaftliche Dienst Südosteuropas: "Dennoch wagen sich die Parteiführungen der übrigen sozialistischen Staaten bei ihren reformerischen Experimenten nicht über die politische Risikogrenze hinaus, wobei speziell den ungarischen Kommunisten zugute gehalten werden kann, daß sie noch immer unter der Schockwirkung der Katastrophe von 1956 stehen." (Reformiert Budapest die Wirtschaftsmechanismen?, a.a.O., S. 7)

2) Thalheim, Bedeuten die Wirtschaftsreformen ..., a.a.O., S. 60 f

Reformwirklichkeit der Erfolg oder Mißerfolg des neuen ungarischen Wirtschaftsmechanismus sicher entscheidend abhängt.

(1) Das Nebeneinander von zentralplanerischen und marktwirtschaftlichen Elementen enthält eine Fülle von Reibungsmöglichkeiten und wird zwangsläufig zu Richtungskämpfen in der Wirtschafts- und Parteiführung führen. Wird dann die Zahl der Einsichtigen, die erkennen, daß dem ersten Schritt zu einer echten Dezentralisierung weitere folgen müssen, groß genug sein? Wird der mögliche Mißerfolg auf manchen Gebieten den Marktwirtschaftlern oder den Planern angekreidet werden?

(2) Der Gewinn wurde in dem neuen System in den Mittelpunkt des Wirtschaftsgeschehens gestellt. Außer dem Durchschnittslohn wird die Gewinnbeteiligung einen nicht unwesentlichen Teil der persönlichen Einkommen der Beschäftigten in den produktiven Zweigen der Volkswirtschaft ausmachen. Aber die große Masse der unproduktiven Berufe, wie der Einzelhandel, das Dienstleistungsgewerbe, der Gesundheitsdienst, das Erziehungs- und Verkehrswesen sowie der riesige Apparat der Bürokratie, hat vorläufig keine Hoffnung auf höhere Einkünfte. Ein Ausgleich aus dem Staatshaushalt dürfte nicht in Frage kommen, denn der Staat hat auf eine Reihe seiner Einnahmen zu Gunsten der Betriebe verzichtet und muß selbst unter neuen Gesichtspunkten wirtschaften. Wie will man mit den möglichen Folgen, mit den sozialen Spannungen und/oder der Fluktuation von Arbeitskräften fertig werden?

(3) Im neuen System werden die Betriebsführungen ihre wichtigste Aufgabe in der Sicherung und Verbesserung der Rentabilität ihrer Betriebe sehen. Dazu bieten sich zwei Wege an: entweder die Steigerung der Verkaufserlöse oder die Senkung der Kosten. Die Anhebung der Preise wird bei dem bestehenden Preissystem nur wenigen gelingen. Hinsichtlich der Kosteneinsparungen durch niedrigere Beschaffungspreise gilt das Gleiche. Im Grunde bleiben für Einsparungen nur die Arbeitskosten übrig. Es ist - soweit die arbeitsrechtlichen Bestimmungen dazu Gelegenheit bieten - zu erwarten, daß der vorhandene Trend zur Reduzierung der Belegschaften¹⁾ mit der Ent-

1) o.V.: Ungarn entläßt Beamte, in: F.A.Z., 20.6.1967, und o.V.: Weitere Ministerien reorganisiert, in: O.R., München 1967, Heft 8, S. 29 f.

faltung des neuen Mechanismus noch zunehmen wird. Die Frage lautet daher, was mit den überschüssigen Arbeitskräften geschehen soll. Ein Teil der Entlassenen wird wohl Beschäftigung in den expandierenden Betrieben (Konsumgüterindustrie?) finden. Ein anderer Teil wird in die DDR und evtl. auch in die CSSR exportiert.¹⁾ Sollte aber die ungarische Arbeitslosigkeit etwa jugoslawische Ausmaße annehmen, so wird dieses Problem die Wirtschaft des Landes noch erheblich belasten.

(4) Wohl von der jugoslawischen Entwicklung²⁾ abgeschreckt, wurden bei der ungarischen Reform zahlreiche Maßnahmen getroffen (Einkommensregelungen, Fix- und Höchstpreise, Preiskontrollen, Kreditbedingungen), um eine inflationäre Entwicklung zu unterbinden. Es stellt sich die Frage, ob die Reformer ihre Furcht vor jeglichen Preisauftriebstendenzen nicht mit einer Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums bezahlen müssen. Nach westlichen Erfahrungen läßt sich eine Geldwertstabilität nur auf Kosten des Wachstums erreichen. Wird die dortige straffere Planung in dieser Konfliktsituation evtl. eine Lösung herbeiführen können?

(5) Annähernd 40% des ungarischen Sozialprodukts wird für den Export verwendet. Für ein Land, dessen Wirtschaft derartig eng mit den Außenmärkten verflochten ist, dürfen die Wirkungen und Impulse aus den Außenhandelsbeziehungen nicht unterschätzt werden. Diese Impulse dürften für die Entfaltung des neuen Wirtschaftsmechanismus so lange nicht positiv wirken, bis Ungarn seinen Außenhandel vorwiegend (70%) mit Ländern abwickelt, die an dem zentralistischen Modell ihrer Planwirtschaften festhalten. Die "langfristigen Handelsverträge mit den sozialistischen Ländern, die aus politischen Gründen auch in der neuen Wirtschaftsära fortgesetzt werden, dürfen ... eine alleinige Ausrichtung der Handelsströme nach dem wirtschaftlichen Rationalprinzip verhindern"³⁾ und damit für den Entwicklungsprozeß, der sich im Wirtschaftsmechanismus vollzieht und sich weiter vollziehen soll, einen erheblichen Störungsfaktor darstellen.

1) o.V.: Arbeitskräfte in die SBZ, in: O.R., München 1967, Heft 12, S. 33 f

2) o.V.: Die Liberalisierung der jugoslawischen Wirtschaft, Eine Studie der OECD, in: Neue Zürcher Zeitung, 22.12.67, Blatt 9

3) Burkhardt, a.a.O., S. 2538

Abkürzungen und Erklärungen

F.A.Z.	=	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Ft.	=	Forint (ungarische Währungseinheit)
K.Sz.	=	Közzgazdasági Szemle (Volkswirtschaftliche Rundschau)
O.R.	=	Osteuropäische Rundschau
o.V.	=	ohne Verfasser
WD-SOE	=	Wissenschaftlicher Dienst- Südosteuropa
Figyelő	=	Eine wöchentlich erscheinende Fachzeitschrift (Verlagsort: Budapest)
Népszabadság	=	Amtliche Tageszeitung der Sozia- listischen Arbeiterpartei Ungarns (Verlagsort: Budapest)

Literaturverzeichnis

- Ács, L., Bankhitel az új mechanizmusban (Bankkredit im neuen Mechanismus), in: Figyelő, 17.5.1967
- Arrow, J.K., Social Choice and Individual Values, 2.ed., New York, London, Sidney 1963
- Backe-Dietrich, B., Der Lebensstandard in Ungarn, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Berlin 1966
- Badacsonyi, Gy., Belső ellenőrzés (Innere Kontrolle), in: Figyelő, 6.2.1966
- Bakonyi, Gy., A gazdasági ellenőrzés az új mechanizmusban (Die Wirtschaftskontrolle im neuen Mechanismus), in: Népszabadság, 29.3.1967
- Balassa, J., Vegyipari gazdaságtan (Wirtschaftslehre der Chemie), Veszprém 1963, (Manuskript der Technischen Hochschule zu Veszprém)
- Berényi, J., Bérek az iparban (Löhne in der Industrie), Budapest 1966
- Biró, J., Hogyan alakul az ország külkereskedelmi mérlege? (Wie gestaltet sich die Zahlungsbilanz des Landes?), in: Népszabadság, 26.2.1967
- Biró, J., Külkereskedelmünk és az új mechanizmus (Der Außenhandel und der neue Mechanismus), in: Népszabadság, 23.12.1967
- Boettcher, E., Die Planwirtschaft im Wandel, in: Wirtschaftsplanung im Ostblock, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1966
- Bognár, J., Új mechanizmus és külkereskedelmi koncepció (Der neue Mechanismus und das Außenhandelskonzept), in: K.Sz., Budapest 1967, Heft 2
- Bokor, J., Nyereségadóztatás és vállalati alapképzés (Gewinnbesteuerung und die Bildung der Betriebsfonds), in: Figyelő, 26.4.1967
- Brus, W., A szocialista gazdaság működésének általános problémái (Allgemeine Probleme des Funktionierens der sozialistischen Wirtschaft), Budapest 1966, (Übersetzung aus dem Polnischen)

- Burkhardt, D., Das Experiment mit dem Markt, in: Der Volkswirt, Nr. 46, 17.11.1967
- Christ, U., Praktische und theoretische Probleme der Lenkung des Außenhandels in einer Zentralverwaltungsverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs, Diss., Marburg 1961
- Csapó, L., A népgazdasági tervezés és központi irányítás szabályozott piaci modellben (Volkswirtschaftsplanung und zentrale Leitung im geregelten Marktmodell), in: K.Sz., Budapest 1967, Heft 9
- Csapó, L., Tervgazdálkodás és központi irányítás az új gazdasági mechanizmusban (Planwirtschaft und zentrale Leitung im neuen Wirtschaftsmechanismus), Budapest 1967
- Csikós-Nagy, B., A termékforgalmazás 1968. évi új rendjéről (Von der neuen Ordnung des Warenverkehrs im Jahre 1968), in: Figyelő, 28.6.1967
- Csikós-Nagy, B., Die ungarische Preisreform, in: Osteuropa-Wirtschaft, Stuttgart 1967, Heft
- Csikós-Nagy, B., Hol tartanak az árreform előkészületei? (Wo stehen die Vorbereitungen zur Preisreform?), in: Népszabadság, 14.12.1967
- Csikós-Nagy, B., Miért szükséges, milyen változásokat hoz a fogyasztói árreform? (Warum ist die Reform der Konsumentenpreise notwendig und welche Änderungen wird sie bringen?), in: Népszabadság, 21.12.1967
- Csikós-Nagy, B., Szocialista árrelmélet és árpolitika (Sozialistische Preistheorie und Preispolitik), Budapest 1966
- Czeitler, S., A vállalati és népgazdasági érdekek az importgazdálkodásban (Importbewirtschaftung aus betrieblicher und aus volkswirtschaftlicher Sicht), in: Népszabadság, 31.5.1967
- Czeitler, S., Exportérdekelttség az új mechanizmusban (Exportinteressiertheit im neuen Mechanismus), in: Figyelő, 5.10.1966
- Czeitler, S., Gazdasági szabályozók és a külkereskedelem (Ökonomische Lenkungsmittel und der Außenhandel), in: Figyelő, 1.11.1967
- Dániel, T., Az állóeszköz-gazdálkodás időszerű kérdései (Aktuelle Fragen der Anlagepolitik), in: Népszabadság, 13.12.1967

- Darvas, L., Az exportszerkezet javításáért (Um die Verbesserung der Exportstruktur), in: Népszabadság, 22.11.1967
- Erös, Gy., A devizagazdálkodás új rendszere (Das neue System der Devisenbewirtschaftung), in: Figyelő, 16.8.1967
- Esze, Zs., Az árképzés közgazdasági alapjai (Die volkswirtschaftliche Grundlage der Preisbildung), in: Népszabadság, 23.4.1966
- Faluvégi, L., Reform és pénzügyi politika (Geldpolitik und die Reform), in: Figyelő, 20.7.1966
- Faude, E., Zu den Rentabilitätsuntersuchungen im Außenhandel der Volksrepublik Ungarn, in: Der Außenhandel, Berlin (Ost) 1960
- Fekete, J., A külkereskedelem pénzügyi vonatkozásai (Finanzwirtschaftliche Aspekte des Außenhandels), in: Figyelő, 15.11.1967
- Fekete, J., A vállalati devizagazdálkodás rendszere (Das System der betrieblichen Devisenwirtschaft), in: Népszabadság, 24.1.1968
- Filipszky, Z., Reform és bank (Die Reform und die Bank), in: Figyelő, 31.8.1966
- Földes, I., A gazdasági és a pénzügyi ellenőrzés új rendszere (Das neue System der Wirtschafts- und Finanzkontrolle), in: Népszabadság, 11.5.1967
- Földes, I., A népgazdaság tervezésének új rendje (Die neue Ordnung der Volkswirtschaftsplanung), in: Népszabadság, 14.6.1967
- Földes, I., A nyereségadózás és a vállalati érdekeltségi alapok (Die Besteuerung des Gewinns und die betrieblichen Fonds), in: Népszabadság, 21.10.1967
- Földes, I., A tanácsi gazdálkodás új rendje (Die neue Ordnung der Rätewirtschaft), in: Népszabadság, 4.6.1967
- Földes, I., Az új beruházási rendszer (Das neue Investitionssystem), in: Népszabadság, 12.4.1967
- Földes, I., Az új gazdasági mechanizmus működésének fontosabb szabályai (Die wichtigsten Regeln des Wirkens des neuen Wirtschaftsmechanismus), Budapest 1967

- Földes, I., Hogyan képződnek a vállalati alapok?
(Wie werden die betrieblichen Fonds ge-
bildet?), in: Népszabadság, 28.10.1967
- Földes, I., Termékforgalmazás az új mechanizmusban
(Warenverkehr im neuen Mechanismus), in:
Népszabadság, 26.4.1967
- Gadó, O., -
Hoch, R., -
Révész, G., A tervek átárazása és a rugalmas árendszer
(Die Umrechnung der Pläne auf neue Preis-
basen und das flexible Preissystem) in:
Pénzügyi Szemle (Finanzrundschau), Budapest
1965, Nr. 4
- Gamarnikow, M., Preise und Markt, in: O.R., München 1966,
Heft 6
- Gamarnikow, M., Schlechte Zeiten für Apparatschiks, in:
O.R., München 1966, Heft 1
- Hacsovszky, L., Aktív vámpolitika (Aktive Zollpolitik),
in: Figyelő, 10.1.1968
- Haffner, F., Principles and Methods of Price-Formation
for Producer-Goods, in: Planungsprobleme
im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin
1964
- Haffner, F., Probleme der zentralen Preisbildung, in:
Osteuropa-Handbuch, Band Sowjetunion -
Das Wirtschaftssystem, Köln - Graz 1965
- Hajós, A., Az átlagkeresetek számításának új rendje
(Die neue Ordnung der Berechnung von Durch-
schnittsverdiensten), in: Figyelő, 23.8.67
- Havas, P., A piac megszervezése (Marktorganisation),
in: K.Sz., Budapest 1966, Heft 7/8
- Hensel, K.P., Einführung in die Theorie der Zentralver-
waltungswirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart
1959
- Hensel, K.P., Sind die Wirtschaftsordnungen der sowjeti-
schen Länder auf dem Wege zur Marktwirt-
schaft?, in: Der Osten auf dem Wege zur
Marktwirtschaft?, Berlin 1967
- Hermes, T., Der Außenhandel in den Ostblockstaaten,
Hamburg 1958
- Hirsch, H., Mengenplanung und Preisplanung in der Sow-
jetunion, Basel - Tübingen 1957
- Hoch, R., Nyereség és a vezetők érdekeltsége (Der
Gewinn und die Interessiertheit der leiten-
den Personen), in: Figyelő, 22.3.1967

- Huszár, I., -
Meixner, L., A gazdasági mechanizmus reformja és az információs rednszer (Reform des Wirtschaftsmechanismus und das Informationssystem), in: K.Sz., Budapest 1966, Heft 7/8
- Jávorka, E., Új árak - új forgalmiadó - rendszer (Neue Preise - neues Umsatzsteuersystem), in: Népszabadság, 16.12.1967
- Joó, F., Entstehung und Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems in Ungarn, in: Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Berlin 1962
- Kemenes, E., Der Markt in Ungarn und die Möglichkeiten seiner Beeinflussung, in: Österreichische Osthefte, Wien 1966, Heft 3
- Kiesewetter, B., Der Ostblock, Außenhandel, Berlin 1960
- Klima, Gy., A terv és a piac kapcsolata (Der Zusammenhang zwischen Plan und Markt), in: Népszabadság, 18.12.1965
- Klinkmüller, E., Organisation und Planung der Außenwirtschaft, in: Osteuropa-Handbuch, Band Sowjetunion - Das Wirtschaftssystem, Köln - Graz 1965
- Knirsch, P., Die Planung des technischen Fortschritts, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin 1964
- Konitzer, H., Auf der Suche nach Unternehmern, in: F.A.Z., 21.4.1967
- Kovács, J., Tények és érvek az új gazdasági mechanizmusról (Tatsachen und Argumente über den neuen Wirtschaftsmechanismus), Budapest 1966
- Lakos, S., A gazdasági mechanizmus reformjának egyes kérdései (Einige Fragen der Reform des Wirtschaftsmechanismus), Budapest 1966
- Leptin, G., Probleme der material-technischen Versorgung, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin 1964
- Linder, W., Die kommunistische Planwirtschaft am Beispiel Ungarns, Zürich 1964
- Márton, M., A bank és a vállalati önállóság (Die Bank und die betriebliche Selbständigkeit), in: Népszabadság, 12.5.1967

- Márton, M., Árreform a fogyasztó érdekében (Preisreform im Interesse des Verbrauchers), in: Népszabadság, 23.9.1967
- Márton, M., Beruházás - gazdasági kötelezettségekkel (Investition - mit wirtschaftlichen Verpflichtungen), in: Népszabadság, 20.8.1966
- Márton, M., Fontos lépés a reform útján (Ein wichtiger Schritt am Weg zur Reform), in: Népszabadság, 18.12.1966
- Márton, M., Hogyan készül a termelői ár? (Wie entsteht der Produzentenpreis?), in: Népszabadság, 2.12.1967
- Mehrere Verfasser A reformról - népszereken (Allgemeinverständliches über die Reform), Budapest 1967
- Meimberg, R., Zur Frage einer Annäherung östlicher Wirtschaftssysteme an diejenigen westlicher Industriestaaten, in: Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft?, Berlin 1967
- Molnár, L., A beruházási módszer változásai 1967-ben (Die Änderungen der Investitionsmethoden im Jahre 1967), in: Figyelő, 15.2.1967
- Molnár, L. - Tiszai, I., Beruházási változások (Änderungen bei den Investitionen), in: Figyelő, 19.4.1967
- Nagy, L., A kollektiv szerződések előkészítése (Die Vorbereitung der Kollektivverträge), in: Figyelő, 15.11.1967
- Nagy, T., Az ár és a társadalmilag szükséges ráfordítások a szocializmusban (Der Preis und die gesellschaftlich notwendigen Aufwendungen im Sozialismus), in: K.Sz., Budapest 1967, Heft 2/3
- Náwrocki, J., Orthodoxe gegen Reformer, Die wirtschaftspolitische Diskussion im Ostblock, in: F.A.Z., 7.9.1968
- Neumann, M., Der Preisausgleich im Außenhandel zentralgeleiteter Volkswirtschaften, Diss., Marburg 1966
- Nove, A., Some Key Problems of Soviet Planning, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin 1964
- Oroszi, I., Milyen célt szolgál a fejlesztési alap? (Welchem Zweck dient der Entwicklungsfonds?), in: Népszabadság, 26.11.1967

- Papandrecu, A.S., Fundamentals of Model Contruktion, in: Macro-Economics, Athen 1962
- Pirityi, G., Az ármechanizmusról (Vom Preismechanismus), in: K.Sz., Budapest 1965, Heft 10
- Politische Ökonomie, Lehrbuch, 5. Aufl., Berlin (Ost) 1964
- Ránki, Gy., Magyarország gazdasága az első 3 éves terv időszakában (Ungarns Wirtschaft im ersten Dreijahresplan), Budapest 1963
- Redei, J., Die Reform der Wirtschaftslenkung in Ungarn und der Außenhandel, in: Osteuropa-Wirtschaft, Stuttgart 1967, Heft 1
- Reimann, G., Der rote Profit, Frankfurt/M., 1968
- Révész, G., A vállalatok az új gazdasági mechanizmusban (Die Betriebe im neuen Wirtschaftsmechanismus), Budapest 1967
- Rose, K., Theorie der Außenwirtschaft, Berlin - Frankfurt 1964
- Sebestyén, T., A vállalatfejlesztés új szabályai (Die neuen Regeln der Unternehmensentwicklung), in: Figyelő, 22.11.1967
- Sebestyén, T., Az új szerződési rendszer fél éve (Das erste Halbjahr des neuen Vertragssystems), in: Figyelő, 3.5.1967
- Sebestyén, T., Beruházás vállalati erőből (Investition aus Eigenmittel der Betriebe), in: Figyelő, 4.1.1967
- Sötér, E., Hogyan osztható fel a részesedési alap? (Wie kann der Beteiligungsfonds aufgeteilt werden?), in: Népszabadság, 24.10.1967
- Sötér, E., Miből fedezik a béren felüli juttatásokat? (Aus welchen Quellen stammen die die Löhne überschreitenden Zuwendungen?), in: Népszabadság, 6.10.1967
- Stark, A., A magyar ipar (Die ungarische Industrie), Budapest 1966
- Szabó, J., Gazdasági demokrácia és a reform (Wirtschaftsdemokratie und die Reform), in: Figyelő, 25.10.1967
- Szöllösy, I., Bevált a szállítási szerződések új rendszere (Das neue System der Lieferverträge hat sich bewährt), in: Népszabadság, 26.7.1967

- Thalheim, C.K., Bedeutung der Wirtschaftsreformen in den Ostblockländern einen Systemwandel?, in: Wirtschaftsplanung im Ostblock, Beginn einer Liberalisierung?, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1966
- Thalheim, K.C., Grundzüge des sowjetischen Wirtschaftssystems, Köln 1962
- Thalheim, C.K., Liberalisierungstendenzen im Ostblock?, in: Der Osten auf dem Wege zur Marktwirtschaft?, Berlin 1967
- Thalheim, C.K., Probleme der Produktion und Verteilung von Konsumgütern in der Sowjetunion, in: Planungsprobleme im sowjetischen Wirtschaftssystem, Berlin 1964
- Tinbergen, J., Die Rolle der Planungstechniken bei einer Annäherung der Strukturen in Ost und West, in: Wirtschaftsplanung im Ostblock, Beginn einer Liberalisierung?, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1966
- Varga, St., Planwirtschaftliche Reformgedanken in Ungarn, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen 1959, Band 115
- Vilcsek, J., Vállalati tervezés a gazdaságirányítás új rendszereiben (Betriebliche Planung im neuen System der Wirtschaftslenkung), Budapest 1967
- Vincze, I., A szocialista árszabályozás alapkérdései (Grundfragen der sozialistischen Preisregelung), Budapest 1963
- Wessely, K., Bemerkungen zum Preis - und Steuersystem sozialistischer Staaten, in: Österreichische Osthefte, Wien 1964, Heft 2
- Zala, J., A gazdasági előrejelzés szerepe és jelentősége (Die Rolle und Bedeutung der Wirtschaftsprognose), in: K.Sz., Budapest 1967, Heft 7/8,
- o.V., A fogyasztói árreform (Reform der Konsumentenpreise), in: Figyelő, 28.12.1967
- o.V., A gazdasági mechanizmus reformja (Reform des Wirtschaftsmechanismus), Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns über die Wirtschaftsreform, Budapest 1966
- o.V., Arbeitskräfte in die SBZ, in: O.R., München 1967, Heft 12

- o.V., Az árszabályozásról (Von der Preisregelung), in: Népszabadság, 13.12.1967
- o.V., Az irányítás közgazdasági eszközeinek koordinált alkalmazása (Die koordinierte Anwendung der volkswirtschaftlichen Lenkungsmittel), Unveröffentlichtes Manuskript des Ausschusses für den Wirtschaftsmechanismus, Arbeitsgemeinschaft Planung, Budapest Januar 1966
- o.V., Das Normen- und Lohnsystem in Ungarn, in: WD-SOE, München 1957
- o.V., Die ungarische Preisreform, in: O.R., München 1966, Heft 4
- o.V., Freie Preisbildung in Ungarn?, in: F.A.Z., 30.4.1966
- o.V., Investitionsprobleme in Ungarn, in: WD-SOE, München 1964, Heft 4/5
- o.V., Kádár und die Gewerkschaften, in: WD-SOE, München 1963, Heft 7/8
- o.V., Liberalisierung der jugoslawischen Wirtschaft, Eine Studie der OECD, in: Neue Zürcher Zeitung, Zürich 22.12.1967
- o.V., Magyar Statisztikai Zsebkönyv (Ungarisches Statistisches Taschenbuch), Budapest 1965, 1966, 1967
- o.V., Neuer Kurs für den ungarischen Forint?, in: F.A.Z., 30.5.1967
- o.V., Realistische Zolltarife, in: O.R., München 1968, Heft 1
- o.V., Reformiert Budapest die Wirtschaftsmechanismen?, in: WD-SOE, München 1966, Heft 1/2
- o.V., Ungarn entläßt Beamte, in: F.A.Z., 20.6.67
- o.V., Unrentable Betriebe nach drei Jahren liquidiert, in: O.R., München 1967, Heft 3
- o.V., Vállalati jövedelemszabályozás (Betriebliche Einkommensregelung), in: Figyelő, 13.9.1967
- o.V., Weitere Ministerien reorganisiert, in: O.R., München 1967, Heft 8
- o.V., Wird auf den Märkten des Ostens auch der Kunde König?, in: Die Welt, 11.6.1967

Lebenslauf

Am 10.7.1937 wurde ich als erstes Kind des Notars András Keszegh und seiner Ehefrau Berta Keszegh geb. Zsemlye in Marcelová (CSSR) geboren. Von 1943 bis 1947 ging ich in Marcelová und von 1948 bis 1952 in Tata (Ungarn) zur Volksschule. Von 1952 bis 1956 besuchte ich dann ebenfalls in Tata das Realgymnasium, an dem ich 1956 die Reifeprüfung ablegte.

1956 verließ ich Ungarn und begann im Wintersemester 1957/58 das Studium für Bauingenieurwesen an der TH Darmstadt. Dieses brach ich 1959 ab und wechselte nach Mainz, wo ich mich an der hiesigen Universität dem Studium der Wirtschaftswissenschaften widmete. 1965 legte ich das Diplomexamen für Volkswirte ab. Ein Stipendium der Stiftung Volkswagenwerk ermöglichte es mir, in der folgenden Zeit meine Doktorarbeit anzufertigen.

György Keszegh

